



Bericht

der Landesregierung

**Ostseeaktivitäten der Landesregierung 2007/2008
(Ostseebericht 2008)**

Federführend ist der Minister für Justiz, Arbeit und Europa

Inhalt

	Seite
<u>A. Allgemeiner Teil</u>	
1. Einleitung: Chancen der Ostseezusammenarbeit	4
2. Aktuelle Entwicklungen im Bereich der Ostseepolitik	8
<u>B. Schwerpunkte der Ostseeaktivitäten der Landesregierung 2007/2008</u>	
1. Ostseepolitisches Leitziel: Standortpolitik für Schleswig-Holstein	19
1.1. Präsenz im Ostseeraum	19
1.2. Bildung politischer Allianzen	20
1.3. Mitgestaltung und Nutzung der EU-Programme zur territorialen Zusammenarbeit	24
1.4. Nutzung regionaler Kooperationen	28
2. Fachpolitische Leitziele	44
2.1. Ausbau kultureller Begegnung und Zusammenarbeit im Ostseeraum	44
2.2. Entwicklung des Ostseeraums zur maritimen Modellregion Europas	48
2.3. Ostseezusammenarbeit im Bereich der schulischen und beruflichen Bildung	51
2.4. Entwicklung der Ostseeregion zu einer Region ziviler Sicherheit	55
2.5. Entwicklung der Ostsee zum weltweit sichersten Seeverkehrsgebiet	57
2.6. Profilierung der Ostseeregion als Modell nachhaltiger Entwicklung	61
2.7. Gezielte Nutzung wirtschaftlicher Chancen im Ostseeraum	66
2.8. Nutzung der Hochschulkooperation zum Ausbau der „Wissensregion Ostsee“	69
2.9. Positionierung Schleswig-Holsteins als Transportdrehscheibe im Ostseeraum	78
2.10. Stärkung der Ostseezusammenarbeit im Bereich Gesundheitswirtschaft und Verbraucherschutz	84
2.11. Stärkung der Jugendbegegnung im Ostseeraum	86
Anhang	
1. Projekte mit schleswig-holsteinischer Beteiligung im Rahmen des EU-Förderprogramms INTERREG III B Ostsee	88
2. Ein- und Ausfahren Schleswig-Holsteins in/aus dem Ostseeraum	94

Vorbemerkung

Durch Beschluss des Landtages vom 10. September 1992¹ ist die Landesregierung aufgefordert, dem Landtag mindestens sechs Wochen vor Beginn der jährlichen Ostseeparlamentarierkonferenz einen Bericht über ihre Ostseeaktivitäten vorzulegen.

Die Vorlage des Berichts wurde 2001 in Abstimmung zwischen Landtag und Landesregierung auf einen Zweijahresrhythmus umgestellt. Den letzten Ostseebericht hat die Landesregierung dem Landtag im Juni 2006² vorgelegt. Die nächste Ostseeparlamentarierkonferenz findet am 1./2. September 2008 im schwedischen Visby statt.

Der Bericht gibt den Kenntnisstand von Ende Mai 2008 wieder. Soweit im Bericht genannte Projekte durch Landesmittel kofinanziert werden, stehen dafür benötigte Mittel unter dem Vorbehalt der Veranschlagung im Haushalt.

¹ Landtags-Drucksache 13/306

² Landtags-Drucksache 16/890

A. Allgemeiner Teil

1. Einleitung: Chancen der Ostseezusammenarbeit

Nach der politischen Neuordnung Europas Anfang der 90er Jahre, nach der Osterweiterung der Europäischen Union im Mai 2004 und nach gut 20 Jahren Ostseezusammenarbeit sind die wesentlichen strategischen Ziele aus der Entstehungszeit der Ostseezusammenarbeit - Stärkung der politischen Stabilität in der Region, Erleichterung der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Zusammenarbeit und die Unterstützung von Transformationsprozessen in den EU-Beitrittsstaaten - in weiten Teilen erreicht. Die Diskussion um eine Neuorientierung der Ostseezusammenarbeit hat begonnen.

Politische Situation

Heute sind acht der zehn Ostseestaaten Mitglied der Europäischen Union, Norwegen ist durch den Europäischen Wirtschaftsraum und die Russische Föderation über die strategische EU-Russland-Partnerschaft in die Ostseezusammenarbeit eng eingebunden. Die grenzüberschreitenden Arbeitsmärkte der Region wachsen zusammen. Spätestens 2011 werden Niederlassungsfreiheit und Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU vollständig umgesetzt sein.

Von den direkten Ostsee-Anrainern ist lediglich die Russische Föderation nicht EU-Mitglied. Die hierdurch entstandene Außenseiterposition der nordwestrussischen Regionen und Kaliningrads lässt die Integration Russlands in die Ostseekooperation umso dringlicher erscheinen. Eine erfolgreiche Ostseezusammenarbeit ist ohne Russland nicht denkbar, denn jede Aktivität Nordwest-Russlands mit maritimem Bezug hat unmittelbare Auswirkungen auf alle Ostseeanrainer. Die angespannten politischen Beziehungen der baltischen Staaten zur Russischen Föderation erschweren diese Bemühungen gegenwärtig. Die Einbeziehung Russlands in die Ostseezusammenarbeit ist ein wesentliches strategisches Ziel der Ostseezusammenarbeit nach der EU-Osterweiterung.

Die Ostseeregion umfasst gleichzeitig einige der ärmsten und einige der reichsten Regionen Europas. Dieses große sozio-ökonomische Gefälle zwischen westlichem und östlichem Ostseeraum ist eine weitere politische Herausforderung der Ostseezusammenarbeit.

Auch durch die weiter voranschreitende Globalisierung kommt der regionalen Zusammenarbeit - nicht nur im Ostseeraum - neue politische Bedeutung zu. Einzelne Regionen haben es im globalen Wettbewerb zunehmend schwer, sich zu profilieren und zu behaupten. Die Bildung von wettbewerbsfähigen Großregionen ist die Folge.

Diese Entwicklung wird von der europäischen Regionalpolitik unterstützt. Die Ausstattung der Programme für die transnationale Zusammenarbeit in der Förderperiode 2007 - 2013 wurde gegenüber dem letzten Programmzeitraum spürbar erhöht: So wurden die Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für die transnationale Zusammenarbeit im Ostseeraum (EU-Ostseeprogramm/ INTER-REG IV B) gegenüber der letzten Förderperiode um mehr als 70 % von 121 Mio. EUR (für die Jahre 1999 - 2006) auf 208 Mio. EUR (für die Jahre 2007 - 2013) aufgestockt.

Mit zunehmenden Regionalisierungstendenzen nimmt aber auch der Wettbewerb zwischen den Großregionen zu. Der Ostseeraum ist eine der am stärksten integrierten transnationalen Regionen Europas. Das bestehende Netzwerk von staatlichen und nicht staatlichen Akteuren unterschiedlichster Handlungsfelder ist beispielhaft und einmalig in Europa. Die politische Unterstützung der Ostseezusammenarbeit durch die bestehenden Ostseeorganisationen ist vielfältig und tragfähig. Dies verschafft dem Ostseeraum einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Regionen.

Ökonomische Situation

Der vom Baltic Development Forum (BDF)¹ veröffentlichte Ostsee-Jahreswirtschaftsbericht (State of the Region Report) 2007² attestiert dem Ostseeraum ein solides Niveau wirtschaftlicher Leistung und Wettbewerbsfähigkeit. Das Wachstum des BIP bleibe über dem EU-15- Durchschnitt und beginne das der nordamerikanischen NAFTA-Region zu übersteigen.

2006 konnte in der Ostseeregion mit 4,5 % die größte Wachstumsrate des BIP seit dem Jahr 2000 verzeichnet werden. Die Region lag damit 92 % über dem Durchschnitt aller EU-Mitgliedstaaten. Gleichzeitig wird zu bedenken gegeben, dass sich die Ostseeregion auf einen verschärfenden globalen Wettbewerb und sich verschlechternde demographische Rahmenbedingungen einstellen müsse, die den gegenwärtigen Wettbewerbsvorteil aufzehren könnten.

¹ mehr zum BDF s. S. 18

² State of the region Report 2007 - The Baltic Sea Region as a Place to Do Business; Hg.: Baltic Development Forum in Zusammenarbeit mit Nordic Investment Bank und Nordic Council of Ministers; Kopenhagen/Helsinki November 2007; Bericht im Internet über: www.bdforum.org

Die größten BIP Wachstumsraten im Ostseeraum können die drei baltischen Staaten verbuchen, gefolgt von Russland und Polen. Der größte Wohlstand im Vergleich der Subregionen ist in den Metropolregionen von Hamburg, Oslo, Stockholm und Helsinki zu verzeichnen. (Kopenhagen gehört sicherlich auch in diese Aufzählung, da Dänemark jedoch nur nationale Daten an die europäische Statistikbehörde Eurostat meldet, ist dies statistisch nicht belegt.) In den führenden Metropolregionen wird ca. ein Drittel des BIP der Ostseeregion erwirtschaftet.

In dem vom Weltwirtschaftsforum herausgegebenen „Global Competitiveness Report 2007-2008“¹ werden Dänemark (3), Schweden (4), Deutschland (5) und Finnland (6) zum wiederholten Mal unter den TOP 10 im Ranking der weltweit wettbewerbsfähigsten Staaten geführt (Global Competitiveness Index). Norwegen ist von Platz 8 (2006) auf Platz 16 gerutscht. Estland nimmt Platz 27, Litauen Platz 38, Lettland Platz 45, Polen Platz 51 und Russland Platz 58 unter den 131 Staaten der Welt ein. Den größten Sprung nach vorne gegenüber 2006 haben Polen (von Platz 64 auf Platz 51) und Russland (von Platz 68 auf 58) gemacht.

Als vorrangige Stärke des Ostseeraums wird im State of the Region Report 2007-2008 seine Innovationsleistung bezeichnet. Das Qualifikationsniveau ist demnach weiterhin hoch, gut ausgebildete Beschäftigte eine Schlüsselstärke der Region. Gleichzeitig werden aber in allen Staaten des Ostseeraums Qualifizierungslücken identifiziert. Der globale Wettbewerb erfordert einen weiteren Ausbau des Bildungs- und Qualifikationsniveaus.

Laut europäischem Innovationsranking (European Innovation Scoreboard 2007²) gehören Schweden (Platz 1), Finnland (3), Dänemark (5) und Deutschland (7) neben der Schweiz (2), Israel (4), Japan (6), Großbritannien (8) und den Vereinigten Staaten (9) zu der Gruppe der internationalen Innovationsführer.

Der Bildung von Clustern aus Unternehmen, Forschungseinrichtungen und anderen Organisationen verwandter ökonomischer Aktivitäten wird eine entscheidende Bedeutung zur Steigerung von Produktivität und Innovationsleistung im Ostseeraum beigemessen. Cluster bieten im Ostseeraum die Möglichkeit, hoch spezialisierte Un-

¹ The Global Competitiveness Report 2007-2008; Hg.: World Economic Forum; Oktober 2007; Bericht im Internet über: www.weforum.org

² European Innovation Scoreboard 2007; Maastricht Economic and social Research and Training Centre on Innovation and Technology (MERIT) in Zusammenarbeit mit Joint Research Centre of the European Commission; Februar 2008, im Auftrag der Generaldirektion Unternehmen und Industrie der EU-Kommission

ternehmen auch sehr geringer Größe zu wettbewerbsfähigen und hochkompetenten Einheiten zusammenzubinden.

Besondere Herausforderungen

Das deutliche Einkommensgefälle zwischen westlichem und östlichem Ostseeraum, die hiermit einhergehenden hohen Migrationsverluste in den neuen Mitgliedstaaten und die Folgen des demographischen Wandels stellen besondere politische Herausforderungen für die Region und die europäische Regional- und Nachbarschaftspolitik dar.

Als logistischer Nachteil des Ostseeraums sind die geographische Randlage und die räumliche Ausdehnung im Verhältnis zu seiner geringen Bevölkerungsdichte zu bezeichnen, die Verbesserung der infrastrukturellen Erreichbarkeit nach Überwindung der politischen Teilung der Region ist eine Notwendigkeit.

Die besondere Empfindlichkeit des Ökosystems der Ostsee als austauscharmes und flaches Binnenmeer ist eine weitere Herausforderung. Natürliche Salz- und Sauerstoffarmut erhöhen die Empfindlichkeit gegenüber Belastungen durch menschliches Wirtschaften. Schad- und Nährstoffeinträge sowie der Rückgang der Artenvielfalt und die Einschleppung gebietsfremder Arten stellen weiterhin erhebliche Probleme für das Ökosystem der Ostsee dar. Die ökologische Situation der Ostsee ist immer noch Besorgnis erregend.

Die prognostizierte Zunahme des Seeverkehrs birgt vor diesem Hintergrund ein hohes Gefahrenpotenzial: Nach Schätzungen des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie wird sich das Transportaufkommen in der Ostsee bis 2015 gegenüber 2006 verdoppeln, der Öltransport sogar vervierfachen.

Der Ostseeraum ist darüber hinaus in besonderer Weise von den Folgen des Klimawandels bedroht. Ein interdisziplinäres Forschungsprojekt unter Federführung des GKSS Forschungszentrums¹ kommt zu dem Ergebnis, dass die Ostsee überproportional vom globalen Klimawandel betroffen sein wird, da sich die Ostsee deutlich stärker erwärmen werde als andere Meere.

¹ Assessment of Climate Change for the Baltic Sea Basin (BACC), BACC Author Team, Springer Verlag 2008

Schlussfolgerungen

Der Ostseeraum gehört zu den Wachstumsregionen Europas und die Prognosen zeigen weiter aufwärts. Im Benchmarking der Regionen steht der Ostseeraum sehr gut da, auch wenn er mit einigen besonderen Herausforderungen konfrontiert ist.

Ostseezusammenarbeit stärkt den Ostseeraum und seine Regionen im globalen Wettbewerb. Ostseezusammenarbeit nutzt damit jeder der beteiligten Regionen. Die Mitwirkung in den Gremien der Ostseezusammenarbeit sichert politische Einflussmöglichkeiten auf die Rahmenbedingungen und Prioritäten der Zusammenarbeit. Ostseezusammenarbeit ist Standortpolitik für Schleswig-Holstein.

Eine Fokussierung der Ostseezusammenarbeit auf prioritäre Handlungsfelder und die Erzeugung eines sichtbaren Mehrwerts durch projekt- und praxisorientierte Zusammenarbeit sind strukturelle Ziele einer neu ausgerichteten Ostseezusammenarbeit, die gleichberechtigte Integration der Russischen Föderation strategisches Ziel.

Vor diesem Hintergrund engagiert sich die Landesregierung für eine effektive, zielorientierte und praxisbezogene Ostseezusammenarbeit.

2. Aktuelle Entwicklungen im Bereich der Ostseekooperation

Die Diskussion um eine Neuorientierung der Ostseezusammenarbeit nach der EU-Osterweiterung hat die Arbeit in den Gremien der Ostseezusammenarbeit der letzten zwei Jahre geprägt. Im Vordergrund der Debatten stand und steht sowohl die Frage der programmatischen Neuausrichtung als auch die Frage nach zukünftigen inhaltlichen Prioritäten. Strukturelle Überlegungen zielen auf eine stärkere Fokussierung, Projektorientierung und Koordinierung der Gremien untereinander ab. Insbesondere die Arbeit des Ostseerats war von entsprechenden Grundsatzdebatten geprägt.

Von besonderer Bedeutung für die Ostseezusammenarbeit sind die Weichenstellungen auf europäischer Ebene für die Entwicklung einer EU-Ostseestrategie, die der Europäische Rat im Dezember 2007 gesetzt hat¹.

¹ Ausführlicheres zum Thema EU-Ostseestrategie s. S. 16 ff.

Die im Folgenden dargestellten Entwicklungen beschränken sich in der Darstellung auf die Organisationen/Institutionen der Ostseezusammenarbeit, die für die Ostseezusammenarbeit der Landesregierung von besonderer Bedeutung sind.

Ostseerat

Die Landesregierungen von Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein werden durch das Auswärtige Amt in die Arbeit der Gremien des Ostseerates einbezogen und haben Mitwirkungsmöglichkeiten¹.

Am **12./13. Juni 2007** fand in Malmö das zweijährlich angesetzte **Treffen der Außenminister des Ostseerates** statt. Lediglich mit Ausnahme Norwegens waren alle Mitgliedstaaten auf Ministerebene vertreten. Deutschland war neben dem Bundesaußenminister durch den schleswig-holsteinischen Europaminister als Repräsentant der norddeutschen Länder vertreten.

Zentrales Thema des Außenministertreffens war die Reform des 1992 gegründeten Ostseerates vor dem Hintergrund der neuen politischen Rahmenbedingungen durch die EU-Osterweiterung im Jahr 2004 und die Reform der EU-Politik der Nördlichen Dimension im Jahr 2006. Die Reformbestrebungen betreffen die zukünftigen thematischen Prioritäten des Ostseerates sowie interne und externe Arbeitsstrukturen.

Weiteres Thema war der **Rückblick auf die Arbeit des Ostseerates unter schwedischem Vorsitz (1. Juli 2006 - 30. Juni 2007)**, der mit einem **Gemeinsamen Communiqué**² abgeschlossen wurde. Wesentliche Handlungsfelder unter schwedischer Präsidentschaft waren:

- **Energie und Umwelt:** Verbesserung des Schutzes und Erhalts der Umwelt im Ostseeraum, insbesondere durch Maßnahmen zur Förderung regenerativer Energien, generell zur Minderung des energiebezogenen Klimawandels
- **zivile Sicherheit:** Förderung von Demokratie, Menschenrechten, sozialer Sicherheit und Wohlstand im Ostseeraum insbesondere durch Maßnahmen gegen Kriminalität, Menschenhandel, Missbrauch und Ausbeutung von Kindern, den illegalen Handel mit Kulturgütern und Korruption

¹ vgl. S. 21

² Communiqué im Internet: www.cbss.st/documents/cbsspresidencies/15swedish/dbaFile14624.html

- **Handel und Investitionen:** Förderung von Handel und Investitionen im Ostseeraum durch Maßnahmen zum Abbau von Handelshemmnissen und zur besseren Vernetzung der Unternehmen in der Ostseeregion

Mit seiner **Abschlussklärung**¹ erteilten die Außenminister des Ostseerats dem lettischen Vorsitz des Ostseerats (1. Juli 2007 - 30. Juni 2008) das Mandat, unter Beteiligung der Mitgliedstaaten und der EU bis zum **Ostseerats-Gipfel**² **im Juni 2008** einen **Reformvorschlag** vorzulegen, der zukünftige Prioritäten, Strukturen und die Beziehung zu anderen Ostseeorganisationen und zur EU-Politik umfasst.

Darüber hinaus sprachen sich die Außenminister des Ostseerats für die Entwicklung einer EU-Strategie für den Ostseeraum aus und griffen hiermit eine Forderung des Europäischen Parlaments vom November 2006 auf.³

Der Reformvorschlag wird zunächst auf der Ebene der Hohen Beamten des Ostseerates, unter Beteiligung aller Mitgliedstaaten und der EU-Kommission, diskutiert und erarbeitet.⁴ Deutschland hat in Abstimmung mit den Ländern Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein in diese Diskussion ein **deutsches Positionspapier** eingebracht, das folgende zukünftige Prioritäten vorschlägt:

- Nachhaltige Entwicklung
- Meerespolitik
- Maritime Wirtschaft
- Jugend
- Zusammenarbeit mit der Europäischen Union
- Zusammenarbeit mit anderen Regionalräten in Nordeuropa

Der lettische Ostseeratsvorsitz hat im Februar 2008 auf Basis aller nationalen Stellungnahmen einen Reformvorschlag erarbeitet, der bis zum Ostseerats-Gipfel im Juni 2008 zwischen den Außenministerien abgestimmt sein muss. Nach diesem Vorschlag sollen zukünftig langfristige Prioritäten festgelegt werden und hierzu Expertengruppen mit klarem Mandat und zeitlicher Begrenzung eingerichtet werden. Dem Vorsitzland soll es vorbehalten bleiben, zusätzliche eigene Prioritäten zu setzen.

¹ Declaration of the Council of the Baltic Sea States in Malmö on 13 June 2007 on a Renewed Baltic Sea States Cooperation; im Internet über: www.cbss.org

² zweijährlich in den Jahren zwischen den Treffen der Außenminister stattfindendes Treffen der Regierungschefs des Ostseerats

³ Ausführlicheres zur EU-Ostseestrategie s. S. 16 ff.

⁴ Der Ausschuss der Hohen Beamten bereitet in regelmäßigen Sitzungen die Treffen der Außenminister und Regierungschefs des Ostseerates vor. Deutschland ist durch einen Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes vertreten.

Bei Redaktionsschluss dieses Berichts sah der Vorschlag als zukünftige langfristige Prioritäten folgende Themenfelder vor:

- Umwelt und nachhaltige Entwicklung
- Energie
- Bildung
- wirtschaftliche Entwicklung und Innovation
- zivile Sicherheit

Die langfristigen Prioritäten sollen auch Basis für querschnittsorientierte Ansätze sein und die Grundlage für den Input des Ostseerates zur EU-Ostseestrategie bilden.

Die Zusammenarbeit in den **thematischen Arbeitsgruppen des Ostseerats** wurde im Berichtszeitraum fortgeführt, die Aktivitäten werden in jährlichen Berichten dokumentiert und sind im Internet verfügbar.¹ Sämtliche Arbeitsgruppen stehen im Rahmen des Reformprozesses auf dem Prüfstand.

Auf Projektebene engagiert sich der Ostseerat u.a. im Bildungsbereich in Nordwest-Russland. Das Projekt **Eurofakultät Kaliningrad** wurde Ende 2007 erfolgreich abgeschlossen. Ausbildungsstruktur und Infrastruktur im Bereich der juristischen und der betriebswirtschaftlichen Fakultät wurden an internationale Maßstäbe angeglichen. Ende Dezember 2007 fiel die Entscheidung für ein weiteres **Eurofakultät-Projekt im nordwestrussischen Pskov**. Beabsichtigt sind Zusammenarbeit und Beratung zweier Institute im Bereich Fern- und Abendstudium mit dem Ziel der Vermittlung internationaler Standards im Bereich der Wirtschaftswissenschaften. Schweden wird als Projektkoordinator fungieren².

Der lettische Ostseeratsvorsitz misst dem Thema Bildung besondere Bedeutung zu. Auf Initiative des lettischen Außenministeriums fand im Februar 2008 ein Treffen regionaler Netzwerke und Organisationen aus dem Bildungsbereich in Riga statt, um Ideen für die zukünftige Priorität Bildung des Ostseerates zu sammeln.

Ostseeparlamentarierkonferenz³

Die **15. Ostseeparlamentarierkonferenz** fand vom **3. - 5. September 2006 in Reykjavik/Island** statt und befasste sich vorrangig mit den Themen Europäische Mee-

¹ www.cbss.org/structure

² weitere Informationen im Internet über: www.cbss.org/structure/ef-pskov

³ Ostseeparlamentarierkonferenz im Internet: www.bspsc.net

respolitik, Eutrophierung der Ostsee und Politik der Nördlichen Dimension. Der Ostseerat wurde um eine intensivere Zusammenarbeit und verbesserten Informationsaustausch gebeten.

Dieses Anliegen wurde vom lettischen Ostseeratsvorsitz konstruktiv aufgenommen, deutliches Zeichen hierfür waren Teilnahme und Rede des lettischen Außenministers als Vorsitzender des Ostseerats im Rahmen der **16. Ostseeparlamentarierkonferenz**, die am **27./28. August 2007 in Berlin** stattfand. Die steigende Bedeutung der Ostseezusammenarbeit für die Bundesregierung wurde durch Teilnahme zweier Bundesminister unterstrichen. Damit wurden in Berlin deutliche Signale für eine Stärkung der interparlamentarischen und zwischenstaatlichen Kooperation im Ostseeraum gesetzt.

Resultat der Konferenz¹ ist eine Aufforderung an die Regierungen der Ostseeregion, den Ostseerat und die Europäische Union, gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, den Ostseeraum zu einer Modellregion vor allem in Bezug auf die Bereiche Energie, integrierte Meerespolitik, Arbeitsmarkt und soziale Wohlfahrt zu entwickeln. Konkrete Forderungen betreffen die Beseitigung von Hindernissen für die Arbeitsmarktmobilität, die Schaffung fairer Arbeitsbedingungen im Ostseeraum, konkrete Schritte zur Entwicklung der Ostseeregion zur maritimen Modellregion Europas, verschärfte Maßnahmen gegen illegale Fischerei und wirksame Schritte für erhöhte Schiffssicherheit. Zum Thema Eutrophierung der Ostsee wurde ein umfangreiches Maßnahmenpaket verabschiedet und die Annahme und Umsetzung des HELCOM Ostsee-Aktionsplans² gefordert. Darüber hinaus wurde die Einsetzung zweier Arbeitsgruppen beschlossen: Arbeitsgruppe Energie und Klimawandel und Arbeitsgruppe Arbeitsmarkt und Soziales.

Das Thema Energie und Klimawandel wird Schwerpunkt der **17. Ostseeparlamentarierkonferenz** sein, die am **1./2. September 2008 in Visby/Schweden** stattfindet.

Konferenz der Subregionen des Ostseeraums (BSSSC)³

Die schleswig-holsteinische Landesregierung ist Mitglied im Vorstand der Konferenz der Subregionen des Ostseeraums (Baltic Sea States Subregional Cooperation - BSSSC).

¹ Resolution der 16. Ostseeparlamentarierkonferenz im Internet über: www.bspc.net

² zum HELCOM Ostsee-Aktionsplan s. S. 15

³ BSSSC im Internet: www.bsssc.com

Im September 2006 hat Norwegen/Eastern Norway County Network für zwei Jahre den Vorsitz von Skane (Südschweden) übernommen. Der **norwegische Vorsitz** hat durch Konsultation aller ‚nationalen Plattformen‘ (Zusammenschluss der Regionen in den beteiligten Mitgliedstaaten) die Grundlage für eine seit langem diskutierte strukturelle und inhaltliche Neuausrichtung der zukünftigen Zusammenarbeit geschaffen.

Die Ende 2007 **geänderten Zielvorgaben** (Terms of Reference)¹ machen deutlich, dass BSSSC sich als politisches Netzwerk der Ostseeregionen versteht, das die Interessen der Ostseeregionen gegenüber der nationalen Ebene und den EU-Institutionen vertritt und hierbei gezielt die Zusammenarbeit mit anderen Ostseeorganisationen sucht. BSSSC versteht sich als regionaler Partner des Ostseerats und hat diesem seit 2008 Beobachterstatus (mit Rederecht) im Rahmen der BSSSC Vorstandssitzungen eingeräumt. Die Ostseekommission der Konferenz der peripheren Küstenregionen Europas (KPKR)², die Union der Ostseestädte (Union of the Baltic Cities)³ und das Netzwerk der Ostseeinseln (B 7 - Baltic Islands Network)⁴ haben ebenfalls die Möglichkeit bekommen, Repräsentanten ihrer Organisation als Beobachter in die Vorstandssitzungen von BSSSC zu entsenden. Mit den anderen Organisationen und Initiativen im Ostseeraum wird eine enge Zusammenarbeit angestrebt. Seit November 2007 sind zwei Vertreter/innen der BSSSC Jugendgruppe stimmberechtigte Mitglieder im BSSSC Vorstand.

Im Februar 2007 haben **BSSSC und der Ausschuss der Regionen** der EU eine **Vereinbarung zur Zusammenarbeit** unterzeichnet (Declaration of Common Interests). Damit hat BSSSC erstmals die offizielle Zusammenarbeit mit einer EU-Institution etabliert. Der Ausschuss der Regionen wird Mitgastgeber der BSSSC Jahreskonferenz im September 2008 in Kaunas (Litauen) sein.

Der **Arbeitsplan für die Jahre 2006 - 2008**⁵ unterstreicht die Absicht, konkrete und praxisbezogene Ergebnisse und damit sichtbaren Mehrwert für den Ostseeraum zu erzielen. Zur Erreichung der Ziele werden Möglichkeiten und Chancen des EU-Ostseeprogramms⁶ zur transnationalen Zusammenarbeit (INTERREG B) genutzt. Foren zur Partnersuche für transnationale Projekte sind Bestandteil der Jahreskonferenzen. Prioritäre Aktionsfelder waren im Berichtszeitraum:

¹ Zielvorgaben im Internet über: www.bsssc.com/section.asp?id=77&pid=77

² KPKR Ostseekommission im Internet: www.balticseacommission.org

³ Union der Ostseestädte im Internet: www.ubc.net

⁴ Netzwerk der Ostseeinseln im Internet: www.b7.org

⁵ BSSSC Arbeitsplan im Internet über: www.bsssc.com/section.asp?id=83&pid=83

⁶ zum EU-Programm INTERREG III B / IV B Ostsee s. Kapitel 1.3

- **Transport und Infrastruktur**

Ein BSSSC Vorstandsmitglied hat den Vorsitz der High Level Group für Transport und Nachhaltiges Wachstum im Ostseeraum übernommen, die in gemeinsamer Initiative mit dem Baltic Development Forum (BDF)¹ im Rahmen des BDF Gipfels im Oktober 2006 in Helsinki gegründet wurde. Hauptanliegen ist die Entwicklung eines integrierten Transportsystems im Ostseeraum, gefördert durch das EU-Ostseeprogramm. Ein Projektantrag ist unter dem Projekttitel „TransBaltic“ gestellt.

- **Meerespolitik²**

Auf Initiative der Landesregierung fand die BSSSC Jahreskonferenz 2006 im September in Kiel statt. In Abstimmung mit der Europäischen Kommission wurde sie als Konsultationskonferenz des Ostseeraums zum Grünbuch Europäische Meerespolitik durchgeführt. Ergebnis war auch eine Selbstverpflichtung, den Ostseeraum bis 2015 zur maritimen Modellregion Europas zu entwickeln. BSSSC beteiligt sich aktiv an der Umsetzung dieses Ziels und hat zu diesem Zweck eine Arbeitsgruppe Meerespolitik unter Vorsitz Schleswig-Holsteins eingerichtet. Der Dialog mit der EU-Kommission soll fortgesetzt werden, eine vom Europaministerium initiierte BSSSC-Stellungnahme zum Aktionsplan Meerespolitik wurde der EU-Kommission übermittelt.

- **Nachhaltige Entwicklung**

Der Fokus der Aktivitäten liegt hier in den Bereichen Energie und Klimawandel, Gesundheitswesen und Lebensqualität sowie in der Umsetzung des HELCOM Ostsee-Aktionsplans (Baltic Sea Action Plan)³. Im Rahmen des Konsultationsprozesses zum Grünbuch Klimawandel der EU-Kommission hat BSSSC gemeinsam mit Ostseekommission⁴ und Nordseekommission⁵ der Konferenz der peripheren Küstenregionen Europas (KPKR) eine Stellungnahme⁶ eingereicht.

BSSSC ist seit August 2007 Partner in der Partnerschaft für Gesundheitswesen und soziales Wohl der Nördlichen Dimension (Northern Dimension Partnership in Public Health and Social Well-being - NDPHS)⁷ und hat eine BSSSC Arbeitsgruppe Gesundheitswesen eingerichtet, die sich an der Umsetzung beteiligen wird.

¹ zum BDF s. S. 18

² vgl. Kapitel 2.2

³ zum HELCOM Ostsee-Aktionsplan s. S. 15

⁴ KPKR Ostseekommission im Internet: www.balticseacommission.org

⁵ KPKR Nordseekommission im Internet: www.northsea.org

⁶ Stellungnahme zum Grünbuch Klimawandel im Internet über:
www.bsssc.com/news.asp?id=6273&pid=79

⁷ zum Thema Nördliche Dimension s. S. 17 f.

Darüber hinaus konzentrierten sich die Aktivitäten von BSSSC auf die Bereiche

- **zivile Sicherheit** (insbesondere Prävention gegen Menschenhandel),
- **Nördliche Dimension und Zusammenarbeit mit Russland** (mit dem Ziel der verstärkten Einbeziehung nordwestrussischer Regionen in Politik und Projekte) und
- **Jugendpolitik** (Förderung der Begegnung mit dem Ziel der Stärkung von Solidarität und Zusammenarbeit, Demokratie und Teilhabe sowie Mobilität).

Die **BSSSC Jahreskonferenz 2008 findet vom 17. - 19. September in Kaunas** (Litauen) statt. Übergeordnetes Thema der Konferenz wird die Positionierung der Ostseeregionen zu der geplanten EU-Ostseestrategie¹ sein. Es ist beabsichtigt, unter diesem Dach in verschiedenen Konferenzteilen Beiträge zu den Themen Europäische Meerespolitik, Energie / Klimaschutz und Innovation zu erarbeiten.

Helsinki-Kommission (HELCOM)²

Von besonderer Bedeutung für den Ostseeraum ist die Verabschiedung des **Ostsee-Aktionsplans³** (Baltic Sea Action Plan) im November 2007 durch die Vertragsstaaten der Helsinki-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseeraums (HELCOM). Der HELCOM Baltic Sea Action Plan beinhaltet eine Selbstverpflichtung der Vertragsstaaten, konkrete Maßnahmen zum Schutz und zur Verbesserung der Meeresumwelt in der Ostsee zu ergreifen. Im Vordergrund stehen Maßnahmen zur Minimierung der Nährstoffeinträge und des Eintrags gefährlicher Stoffe, zur umweltfreundlichen Seeschifffahrt und zum Schutz der Biodiversität. Diese Maßnahmen müssen nun von den Unterzeichnerstaaten umgesetzt werden. Die gleichberechtigte Beteiligung der Russischen Föderation gibt dem Aktionsplan eine besondere politische Bedeutung.

Ostseepolitik der Europäischen Union

Die transnationale Zusammenarbeit im Ostseeraum im Rahmen des europäischen Förderprogramms **INTERREG / EU-Ostseeprogramm⁴** wird von der EU-Kommission als vorbildlich gelobt. Das Programmvolumen für das Ostseeprogramm 2007 - 2013 wurde gegenüber der Förderperiode 2000 - 2006 von ca. 200 Mio. EUR auf 300 Mio. EUR aufgestockt und damit politisch weiter aufgewertet.

¹ zum Thema EU-Ostseestrategie s. S. 16 ff.

² HELCOM im Internet: www.helcom.fi

³ Informationen zum HELCOM Ostsee-Aktionsplan im Internet: www.helcom.fi/BSAP/en_GB/intro

⁴ zum EU-Programm INTERREG III B / IV B Ostsee s. Kapitel 1.3

Das Europäische Parlament hat im November 2006 die EU-Kommission aufgefordert, eine **EU-Strategie für die Ostseeregion** im Rahmen der Nördlichen Dimension¹ zu entwickeln und eine eigene Haushaltlinie einzurichten. Politisch-strategisches Ziel ist die Stärkung der Integration des Raums und damit des EU-internen Pfeilers der Nördlichen Dimension. Inhaltliche Prioritäten sollen aus Sicht des Parlaments die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Region und die Verbesserung des ökologischen Zustands der Ostsee haben. Ziel ist, die Region als eine der attraktivsten und wettbewerbsfähigsten Regionen der Welt zu positionieren. Die Strategie soll aus Sicht des Parlaments Maßnahmen umfassen, die die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten sowohl allein, als auch in Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation umsetzen.² Die Außenminister des Ostseerats haben die Forderung nach Entwicklung einer EU-Ostsee-Strategie im Juni 2007 unterstützt.

Der Europäische Rat hat im Dezember 2007 die EU-Kommission aufgefordert, bis spätestens Juni 2009 eine EU-Strategie für den Ostseeraum vorzulegen und explizit darum gebeten, dass die Strategie dazu beitragen soll, die dringenden Umweltprobleme der Ostsee zu bewältigen.

Die schwedische Regierung hat angekündigt, die Initiative im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft (2. Hälfte 2009) aufzunehmen. Nach den konzeptionellen Vorstellungen Schwedens wird eine integrative transnationale Strategie angestrebt, mit der grenzübergreifende Herausforderungen im Ostseeraum leichter bewältigt werden können. Mit einer klaren Prioritätensetzung und in enger Zusammenarbeit der Ostseestaaten soll auch aus Sicht der schwedischen Regierung die Integration des Ostseeraums weiter vertieft und die Wettbewerbsfähigkeit der Region gestärkt werden. Das Herzstück der Strategie sollte aus Sicht Schwedens die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Region und die gemeinsame Bewältigung umweltrelevanter Herausforderungen sein. Als weitere wichtige Themenbereiche werden Energie, Transport und Innovation sowie Bekämpfung internationaler Kriminalität und die Vollendung des Binnenmarktes angesehen.

Die Europäische Kommission hat die Arbeit aufgenommen, federführend ist die Generaldirektion für Regionalpolitik. Die Kommission wird wie bei der Europäischen Meerespolitik einen integrativen Politikansatz wählen, der die einzelnen Politikberei-

¹ zum Thema Nördliche Dimension s. S. 17 f.

² Bericht und Entschließung des Europäischen Parlaments im Internet:
www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A6-2006-0367+0+DOC+XML+V0//DE#top

che nicht nebeneinander betrachtet, sondern gemeinsam und koordiniert an den Zielen der vorzulegenden Strategie ausgerichtet.

Die EU-Kommission wird im zweiten Halbjahr 2008 einen Konsultationsprozess eröffnen, um die Erwartungen der Regionen, Nationen, Organisationen und Interessenvertreter des Ostseeraums zu ermitteln. Die interregionale Gruppe Ostseeregionen im Ausschuss der Regionen hat sich mit ihrem Positionspapier vom April 2008 hierzu frühzeitig positioniert.¹ Der Europaminister konnte durch maßgebliche inhaltliche Ausgestaltung des Positionspapiers frühzeitig schleswig-holsteinische Interessen in den Meinungsbildungsprozess einbringen.

Die Konferenz der Subregionen des Ostseeraums (Baltic Sea States Subregional Cooperation - BSSSC) wird ihre Jahreskonferenz im September 2008 in Kaunas nutzen, um sich ebenfalls zu positionieren. Das Europaministerium ist in die inhaltlichen Vorbereitungen involviert. Auch das Baltic Development Forum wird sein Gipfeltreffen im November/ Dezember 2008 nutzen, um seine Vorstellungen und Erwartungen zu formulieren.²

Politik der Nördlichen Dimension

Mit der EU-Osterweiterung 2004 stand auch in der EU-Politik der Nördlichen Dimension eine Neuorientierung an. Die Partner der Politik der Nördlichen Dimension (Europäische Union, Island, Norwegen, Russische Föderation) haben im November 2006 im Rahmen eines Gipfeltreffens zwei neue Grundlagenpapiere verabschiedet und damit eine **Reform der Zusammenarbeit** mit Wirkung ab 1. Januar 2007 beschlossen. Es wurde vereinbart, die Aktivitäten im Rahmen der Nördlichen Dimension zunehmend auf Nordwest-Russland zu konzentrieren. Als vorrangige Regionen der Zusammenarbeit wurden neben den bisherigen (Kaliningrad und Arktis) Ostsee und Barentssee benannt. Die Zusammenarbeit mit den Regionalräten (Ostseerat, Euro-Arktischer Barentsseerat, Nordischer Ministerrat, Arktischer Rat) soll gestärkt werden.

Die Politik der Nördlichen Dimension (Northern Dimension - ND) soll zukünftig die **regionale Umsetzung der vier ‚Gemeinsamen Räume‘ der EU-Russland-Politik** (Gemeinsamer Wirtschaftsraum, Gemeinsamer Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, Gemeinsamer Raum der Äußeren Sicherheit und Stabilität, Gemeinsamer Bildungs-, Forschungs- und Kulturraum) beinhalten. Die finanzielle Förderung erfolgt über das **Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstru-**

¹ Ausführlicheres s. S. 23

² vgl. S. 18

ment (**ENPI**), das Anfang 2007 das EU-Förderprogramm TACIS¹ abgelöst hat. Die beiden **ND Partnerschaften** - ND Umweltpartnerschaft (ND Environmental Partnership - NDEP) und ND Partnerschaft für Gesundheitswesen und soziales Wohl (ND Partnership in Public Health and Social Wellbeing) werden fortgesetzt, eine ND Partnerschaft Transport und Logistik (ND Partnership Transport and Logistics) soll voraussichtlich im Herbst 2008 gegründet werden.

Baltic Development Forum (BDF)²

Das Baltic Development Forum ist ein Netzwerk von Organisationen, Unternehmen und Institutionen aus Wirtschaft und Politik im Ostseeraum. Jährlich im Herbst finden die Gipfeltreffen (Summit) des Baltic Development Forum statt. Anlässlich der Gipfeltreffen wird ebenfalls jährlich der ‚State of the Region Report‘ herausgegeben, der Aufschluss über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Ostseeraums gibt³. Thema des **Helsinki Summits 2006** war die Wettbewerbsfähigkeit des Ostseeraums im globalen Wettbewerb⁴. Der Europaminister war mit einem Beitrag zum Thema Europäische Meerespolitik - Chancen für Meeresumwelt und maritime Technologien vertreten.

Das **Gipfeltreffen 2007 in Tallinn** widmete sich der Frage, wie der Ostseeraum seine Wettbewerbsposition verteidigen kann. Der **Summit 2008** - gleichzeitig zehnjähriges Jubiläum der Organisation und ihrer Gipfeltreffen - findet vom 30. November bis 2. Dezember in der Öresund-Region (Gastgeber: **Kopenhagen und Malmö**) statt und wird sich auf die Themenkomplexe EU-Ostseestrategie, Energie und Klima und Arbeitsmarkt fokussieren.

¹ TACIS = Technical Aid to the Commonwealth of Independent States

² BDF im Internet: www.bdforum.org

³ vgl. S. 5 f.

⁴ BDF Summit Report 2006 im Internet über: <http://www.bdforum.org>

B. Schwerpunkte der Ostseeaktivitäten der Landesregierung 2007/2008

1. Ostseepolitisches Leitziel: Standortpolitik für Schleswig-Holstein

Die Landesregierung engagiert sich in verschiedenen Gremien und Kooperationen der Ostseezusammenarbeit mit dem Ziel, die Ausrichtung der politischen und Projekt bezogenen Zusammenarbeit so mitzugestalten, dass Interessen und Stärken des Landes optimal eingebracht werden können und einen sichtbaren Mehrwert im Land erzeugen.

1.1. Präsenz im Ostseeraum

Notwendig ist die kontinuierliche Präsenz und die Pflege der politischen Kontakte des Landes im Ostseeraum. Dies wird u. a. durch Besuchsreisen des Ministerpräsidenten, von Fachministern und Vertretern des Landtages gewährleistet.

Delegationsreisen

Im Berichtszeitraum zählte hierzu die Delegationsreise des Ministerpräsidenten nach Tallinn (März 2007) in Begleitung der Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium anlässlich der Teilnahme an der Jahrestagung der Deutsch-Baltischen Handelskammer. Die Ostsee-Reisen des Europaministers führten nach Kaliningrad (August 2006), Süddänemark (September 2006), Danzig (Mai und Dezember 2007), St. Petersburg (Juli 2007), Oslo (September 2007) und auf die Åland-Inseln (August 2007). Der Europaminister nahm als Vertreter der norddeutschen Länder am Ministertreffen des Ostseerates in Malmö im Juni 2007 teil.

Darüber hinaus fallen in den Berichtszeitraum die Reisen des Innenministers und des Landwirtschaftsministers in die Baltischen Staaten. Der Landwirtschaftsminister war mit Delegationen im Mai 2006 in Lettland, im September 2006 in Litauen (anlässlich der Internationalen Messe „AgroBalt“) und im Mai 2007 in Kaliningrad. Die Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium begleitete die Delegation des ersten Bürgermeisters der Freien und Hansestadt Hamburg im Oktober 2007 nach St. Petersburg sowie die Delegation der Oberbürgermeisterin der Stadt Kiel nach Kopenhagen, Göteborg, Riga und Oslo (August 2007).

Auch der Landtag zeigte Präsenz in der Ostseeregion. Hierzu zählen die Delegationsreise unter Leitung des Landtagspräsidenten nach Kaliningrad (September 2007)

wie auch Reisen der CDU-Landtagsfraktion nach Tallinn und Riga (November 2006) sowie der SPD-Landtagsfraktion nach Pommern (Mai 2007).

Schleswig-Holstein-Büros / Hanse-Offices im Ostseeraum

Die Schleswig-Holstein-Büros im Ostseeraum (Tallinn, Riga, Vilnius, Kaliningrad und Malmö) und die Hanse-Offices in Danzig und St. Petersburg unterstützen als Informations- und Vermittlungsstelle vor Ort die praktische Projektarbeit und leisten als „Botschafter des Landes“ mit ihren Kontakten aktive Hilfestellung bei der Anbahnung neuer Projekte. Das „Hansebüro/ Schleswig-Holstein Informationsbüro“ in Kaliningrad feierte 2007 als Hansebüro sein 15-jähriges Jubiläum.

Die jeweils auf drei Jahre befristete Regelung für die Unterhaltung der Schleswig-Holstein-Büros wurde vom Landtag im Herbst 2006 für weitere drei Jahre verlängert. Für die Beteiligung Schleswig-Holsteins am Hamburger „Hanse-Office St. Petersburg“ und für die im Gegenzug erfolgte Beteiligung Hamburgs am Schleswig-Holstein-Büro in Danzig, das im Dezember 2007 in das „Hanse-Office Danzig“ umgewandelt wurde, sind jeweils Verwaltungsabkommen zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg abgeschlossen worden. Am Hanse-Office St. Petersburg wird sich ab Juli 2008 zunächst für eine Projektphase Mecklenburg-Vorpommern beteiligen.

Mit der gegenseitigen Beteiligung an Delegationsreisen und der gemeinsamen Nutzung der Hanse-Offices in Danzig und St. Petersburg zeigen das Land Schleswig-Holstein und die Freie und Hansestadt Hamburg verstärkt gemeinsam Flagge im Ostseeraum, so wie es im gemeinsamen Staatsvertrag vom November 2005 vereinbart wurde.

1.2. Bildung politischer Allianzen

Im Bereich der Ostsee-Organisationen wirkt Schleswig-Holstein – zum Teil in führender Rolle – an der Arbeit der Konferenz der Subregionen des Ostseeraums (Baltic Sea States Subregional Cooperation - BSSSC), der Ostseeparlamentarier-Konferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference - BSPC), Ars Baltica und HELCOM mit. Die Industrie- und Handelskammern engagieren sich im Ostseeverbund der Handelskammern (Baltic Sea Chambers of Commerce Association - BCCA), die Städte Lübeck und Kiel in der Union der Ostseestädte (Union of the Baltic Cities - UBC). Mit dem Ostseejugendbüro und dem Ostsee-Sekretariat für Jugendangelegenheiten, die

beide beim Landesjugendring angesiedelt sind, nimmt Schleswig-Holstein in diesem Bereich eine führende koordinierende Rolle ein.

Zahlreiche weitere Institutionen und Verbände aus Schleswig-Holstein beteiligen sich mit eigenen Initiativen und Projekten aktiv an der Zusammenarbeit im Ostseeraum.

Zusammenarbeit mit den norddeutschen Ländern

Die norddeutschen Länder Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein arbeiten im Bereich Ostseezusammenarbeit eng zusammen. Auf Grund vielfältiger gemeinsamer Interessen und um der eigenen Stimme größeres Gewicht zu verleihen, werden Positionen abgestimmt und gemeinsam vorangebracht. Zu diesem Zweck gibt es regelmäßige **Koordinierungsrunden der drei norddeutschen Länder** auf politischer und auf Arbeitsebene.

Die norddeutsche Zusammenarbeit findet auch Ausdruck in dem Ende 2007 zum Hanse Office der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg erweiterten früheren Schleswig-Holstein Büro in Danzig und in der gemeinsamen Nutzung des im Oktober 2005 eröffneten Hanse-Office St. Petersburg durch Hamburg und Schleswig-Holstein sowie für eine Projektphase ab Juli 2008 auch Mecklenburg-Vorpommern.

Im Rahmen der Kooperation der südwestlichen Ostseeregion STRING¹ arbeiten Hamburg und Schleswig-Holstein an der Weiterentwicklung der gemeinsamen Metropolregion Hamburg und ihrem Zusammenwachsen mit den Wachstumsregionen Kopenhagen und Malmö.

Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt

Auch zwischen norddeutschen Ländern und Auswärtigem Amt gibt es einen regelmäßigen und engen Austausch. Die norddeutschen Länder haben die Möglichkeit, ihre Interessen in die Ostseepolitik des Auswärtigen Amtes, insbesondere im Hinblick auf die Gremien des Ostseerates einzubringen. Traditionell wird einem politischen Vertreter der norddeutschen Länder die Möglichkeit gegeben, im Namen der norddeutschen Länder bei den Treffen der Außenminister und Regierungschefs des Ostseerates neben dem Vertreter der Bundesregierung vorzutragen. Von dieser Möglichkeit hat der schleswig-holsteinische Europaminister im Rahmen des Außenministertreffens im Juni 2007 Gebrauch gemacht.

¹ zu STRING s. S. 28 ff.

Interessenvertretung in Brüssel

Neben den vielfältigen Aktivitäten in Bezug auf die Ostsee, die von der Landesregierung direkt von Kiel gesteuert werden, kommt auch dem **Hanse-Office in Brüssel**¹ eine wichtige Rolle zu. Brüssel ist der einzige Ort in der Europäischen Union, an dem praktisch alle Regionen – auch die der Ostsee – eine Vertretung unterhalten. Darüber hinaus sind alle Regionen im Ausschuss der Regionen (AdR)² vertreten und entsenden regelmäßig ihre Vertreter zu gemeinsamen Ausschuss- und Plenartagungen in Brüssel. Es besteht damit auf politischer und auf administrativer Ebene die Möglichkeit, ohne großen zusätzlichen Aufwand konkrete Arbeit und Projekte zu planen und umzusetzen.

Das Hanse-Office ist seit Jahren in der so genannten „**Informal Baltic Sea Group**“ vertreten, in der sich Vertreter der Büros der Ostseeregionen regelmäßig austauschen. In dieser informellen Gruppe sind darüber hinaus Ostseeorganisationen wie z. B. die Konferenz der Subregionen des Ostseeraums (Baltic Sea States Subregional Cooperation - BSSSC)³, die Union der Ostseestädte (Union of the Baltic Cities - UBC)⁴ und die Ostsee-Handelskammern (Baltic Sea Chambers of Commerce Association - BCCA)⁵ organisiert. Für Anfang 2009 ist eine dritte Baltic Sea Perspective Veranstaltung in Brüssel geplant.

Des Weiteren organisiert eine Gruppe von Ostseeregionen mit wechselnder Zusammensetzung einmal jährlich im Rahmen der „**Open Days**“⁶ unter dem Dach des Ausschusses der Regionen eine Veranstaltungsserie zu regional aktuellen Themen. Im Jahr 2006 beteiligte sich Schleswig-Holstein mit dem Thema „Maritimes Cluster“ und in 2007 mit zum Thema Windenergie („Wind 2020: Scientific and Economic Perspectives“). Für 2008 laufen derzeit die Planungen zum Thema Regionen und Städte in einer Welt der Herausforderungen („Regions and Cities in a Challenging World“) mit den Schwerpunkten Forschung, Klimawandel, best practice in regionaler Entwicklung und Kohäsionspolitik.

Insbesondere im Vorfeld der schwedischen Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2009 und im Lichte der Umorganisation der Generaldirektion Maritime Angelegenheiten und Fischerei der Europäischen Kommission in Meeresraum bezoge-

¹ Hanse-Office im Internet: www.hanse-office.de

² Ausschuss der Regionen im Internet: www.cor.europa.eu

³ zu BSSSC s. S. 12 ff.

⁴ Union der Ostseestädte im Internet: www.ubc.net

⁵ Verbund Ostsee-Handelskammern im Internet: www.bcca.ws

⁶ Informationen zu den Open Days im Internet: ec.europa.eu/regional_policy/conferences/od2007/index.cfm

ner Directorate wird das Thema Ostsee mit all seinen Facetten aktuelle Bedeutung erlangen.

Zusammenarbeit im Ausschuss der Regionen (AdR)¹

In der laufenden Legislaturperiode ist der Europaminister schleswig-holsteinisches Mitglied im Ausschuss der Regionen (AdR). Gemeinsam mit BSSSC und der Vertreterin der Aland-Inseln hat der Europaminister die Initiative zur Gründung einer interregionalen Gruppe der Ostseeregionen (**Interregional Group Baltic Sea Regions**) im AdR ergriffen. Die Gruppe wurde im November 2007 gegründet und als Schwerpunkte der Zusammenarbeit wurden die Themen Meerespolitik, EU-Ostseestrategie und Politik der Nördlichen Dimension vereinbart. Die Gruppe soll als Bindeglied zwischen Ostseeorganisationen und EU-Einrichtungen fungieren und sicherstellen, dass die Positionen der Ostseeregionen sowohl im Ausschuss der Regionen als auch in der Europäischen Kommission und anderen europäischen Entscheidungsgremien wahrgenommen werden.

37 Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des AdR (Stand April 2008) aus allen acht Ostsee-Anrainerstaaten der EU haben ihre Bereitschaft zur Mitarbeit in dieser interregionalen Gruppe erklärt. Der schleswig-holsteinische Europaminister wurde zum ersten Stellvertretenden Vorsitzenden der Gruppe gewählt. Die Gruppe wurde am 5. Februar 2008 vom Präsidium des AdR anerkannt. Das Hanse-Office hat die Sekretariatsfunktion für die interregionale Gruppe übernommen und wird deren Arbeit in enger Zusammenarbeit mit dem Sekretariat des AdR unterstützen.

Im April 2008 hat die Interregionale Gruppe auf maßgebliche inhaltliche Initiative des Europaministers ein **Positionspapier zur EU-Ostseestrategie²** beschlossen. Wesentliche Inhalte der EU-Ostseestrategie sollen aus Sicht der Gruppe demnach die Themen Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und der Umweltsituation im Ostseeraum sowie die regionale Umsetzung der Europäischen Meerespolitik (Entwicklung des Ostseeraums zur maritimen Modellregion Europas) sein. Die Gruppe plädiert für eine rechtzeitige Einbeziehung der Nicht-EU-Staaten Norwegen und Russland sowie für eine frühzeitige Koordinierung der Strategie mit den politischen Zielen des Ostseerates, anderer Ostseeorganisationen und der Nördlichen Dimension. Die Einbeziehung der lokalen und regionalen Ebene müsse sichergestellt werden, da diese maßgeblich an der Umsetzung beteiligt sein werden.

¹ Ausschuss der Regionen im Internet: www.cor.europa.eu

² zu EU-Ostseestrategie s. auch S. 16 ff.

Zusammenarbeit in der Konferenz der Subregionen des Ostseeraums

Die Landesregierung ist - ebenso wie die Freie und Hansestadt Hamburg - Mitglied im Vorstand der Konferenz der Subregionen des Ostseeraums (Baltic Sea States Subregional Cooperation - BSSSC)¹ und nimmt hierüber auf politische Entscheidungen und Ziele der Zusammenarbeit im Rahmen von BSSSC direkten Einfluss. Auf Initiative der Landesregierung ist Meerespolitik Schwerpunkt des Arbeitsprogramms für die Jahre 2007 - 2008.

1.3. Mitgestaltung und Nutzung der EU-Programme zur territorialen Zusammenarbeit

Die territoriale Zusammenarbeit in Europa wurde bis Ende 2006 über die Gemeinschaftsinitiative INTERREG gefördert. Für den Förderzeitraum 2007 - 2013 wurde die territoriale Zusammenarbeit zum **Ziel 3 der Europäischen Strukturfondsförderung**² erklärt und damit politisch aufgewertet, was deren gewachsene Bedeutung für den europäischen Integrationsprozess widerspiegelt.

Für den Ostseeraum ist in den Jahren 2007/2008 der Übergang von der Gemeinschaftsinitiative INTERREG III B Ostsee zum „Ziel 3 der Gemeinschaft / EU-Ostseeprogramm 2007 - 2013“³ vollzogen worden. Ein Übergang, der für die Zukunft noch größere Chancen und Potenziale für schleswig-holsteinische Projektbeteiligte bietet, denn die Fördersumme wurde deutlich aufgestockt. So kann in der Förderperiode 2007 - 2013 an einem gemeinsamen Volumen von 300 Mio. EUR (inkl. nationaler Kofinanzierungsmittel) partizipiert werden. Diese Aufwertung des Programms unterstreicht sowohl den durch Evaluationen bestätigten Erfolg von INTERREG III B als auch den gemeinsamen politischen Willen der EU-Kommission und der beteiligten Mitgliedsstaaten, dem neuen Programm noch mehr Möglichkeiten für nachhaltige Entwicklungen auch in Form von Investitionen zu geben.

Das **Programmgebiet** umfasst im alten und neuen Förderzeitraum die Staatsgebiete oder Teilgebiete der EU-Mitgliedstaaten Deutschland (Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Berlin und Niedersachsen), Dänemark, Schweden, Finnland, Estland, Lettland, Litauen und Polen sowie der Nachbarstaaten Norwegen, Russland und Belarus.

¹ zu BSSSC s. S. 12 ff.

² Ziel 1: Konvergenz; Ziel 2: Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung

³ EU-Ostseeprogramm im Internet: eu.baltic.net

Am Anfang des neuen Förderzeitraums stand zunächst der **Rückblick** auf die zahlreichen Projekte mit schleswig-holsteinischer Beteiligung. Im Rahmen des **INTERREG III B Ostseeprogramms 2000 - 2006** wurden 128 Projekte beschlossen, die ein Gesamtvolumen von 124 Mio. EUR an INTERREG-Mitteln gebunden haben. Zusammen mit nationaler Kofinanzierung flossen im Förderzeitraum ca. 220 Mio. EUR in den Ostseeraum. Schleswig-Holstein war insgesamt an 31 Projekten beteiligt, dies entspricht gut einem Viertel der gesamten bewilligten Projekte im Rahmen von INTERREG III B. (Eine vollständige Liste der Projekte mit schleswig-holsteinischer Beteiligung ist dem Bericht als Anhang beigefügt.)

Aus einer **Bewertung** der einzelnen Projekte und ihrer Nachhaltigkeit im Hinblick auf den unmittelbaren Nutzen für das Land geht hervor, dass der Fokus auf den Themengebieten Seeverkehr und Logistik, Umwelt- und Küstenzonenmanagement sowie Wirtschaftsförderung lag (z.B. Life Science, Medizintechnologie). Der Mehrwert der Projekte manifestiert sich insbesondere in Beiträgen zur Nachhaltigkeit und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit schleswig-holsteinischer Akteure durch Innovation und Kompetenzgewinne. Die Auswertung spiegelt die Umsetzung der Landesinteressen- und Schwerpunkte in Bezug auf Meerespolitik, Gesundheitswirtschaft sowie z. B. auch Tourismus wider. Aus der Betrachtung der regionalen Verteilung von schleswig-holsteinischen Projektbeteiligungen konnte eine Konzentration von Projekten aus dem Raum Lübeck festgestellt werden, während aus dem Gesamtgebiet des Landes nur sehr vereinzelt Antragssteller auftraten. Hier gilt es für potenzielle Projektinteressierte, den neuen Förderzeitraum verstärkt landesübergreifend zu nutzen.

Erfolgreiche Projekte, die im vorliegenden Berichtszeitraum abgeschlossen wurden sind z. B. das Projekt „eHealth for regions“¹, das sich unter dem Motto „Gesundheit für alle“ um eine verbesserte Gesundheitsversorgung auf dem Land durch die Entwicklung geeigneter IT-Lösungen bemüht und von der AOK Schleswig-Holstein betreut wurde sowie z. B. das Projekt zum Aufbau einer ostseeweiten Gemeinschaft kleiner und mittelständischer Unternehmen mit dem Titel B-SME (Baltic Spatial Development Measures for Enterprises)², in dem die Lübecker Handwerkskammer als Partner fungierte.

Insgesamt kann Schleswig-Holstein eine erfolgreiche **Bilanz** aus dem INTERREG III B Ostseeprogramm ziehen und mit die bisherigen Vorhaben erweiternden sowie gänzlich neuen Projektideen in die neue Förderperiode 2007 - 2013 gehen. Die transnationale und interregionale Zusammenarbeit wird auch für den beginnenden

¹ zum Projekt eHealth for Regions s. auch S. 84 f.

² Erläuterung zu allen INTERREG III B Projekten s. Anhang 1

Förderzeitraum von der Landesregierung als ein wichtiger Faktor zur Unterstützung der Entwicklung des Landes genutzt.

Der **Programmierungsprozess für das EU-Ostseeprogramm 2007-2013** (INTER-REG IV B) ist von der Landesregierung aktiv mitgestaltet worden. Die Ressorts der Landesregierung und über hundert Organisationen und Institutionen des Landes wurden im Rahmen der konzeptionellen Erarbeitung des Ostseeprogramms 2007 - 2013, an der Schleswig-Holstein gemeinsam mit den anderen EU-Mitgliedstaaten des Ostseeraums, Norwegen, Russland und Weißrussland aktiv mitgewirkt hat, konsultiert.

Das neue **EU-Ostseeprogramm 2007 - 2013** wurde von den Ostseeanrainerstaaten Anfang 2007 beschlossen und von der EU-Kommission am 21. Dezember 2007 bewilligt. Die Landesregierung übernimmt einen erheblichen Teil der Verantwortung bei der Umsetzung des Programms: Die **Investitionsbank Schleswig-Holstein** ist erneut (zum dritten Mal in Folge, nach 1997 und 2000) von den Ostseeanrainerstaaten mit den Funktionen der **Verwaltungsbehörde** und der **Bescheinigenden Stelle** (ehemals Zahlstelle) betraut worden. Das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr übernimmt die für den Förderzeitraum 2007 - 2013 neu hinzugekommenen Aufgaben der **nationalen und transnationalen Prüfbehörde** des Programms. Die Investitionsbank Schleswig-Holstein ist daneben Trägerin des **Sekretariates** des Programms mit Standorten in Rostock und Riga.

Mit der Veröffentlichung der ersten Ausschreibungsrunde für das Ostseeprogramm 2008 und einer Antragsfrist bis Ende Mai desselben Jahres, steht es zahlreichen Akteuren im Lande wieder offen, an dem Programm zu partizipieren. Die Entscheidungen über Projektbewilligungen werden im **Begleitausschuss** des Programms (Monitoring Committee) für die erste Runde im Oktober 2008 gefällt, in dem Schleswig-Holstein als Vertreter der deutschen Bundesländer neben Vertretern vom Bund, den anderen EU-Mitgliedsstaaten sowie Norwegen, Russland und Weißrussland über Entscheidungsbefugnis verfügt. Das Mandat hierzu erteilt der **Deutsche Ausschuss** des Programms, in dem Schleswig-Holstein den ständigen Vorsitz innehat. Diese zentrale Rolle im Gefüge der Programmorgane verleiht dem Land Gestaltungsspielraum sowie ein hohes Maß an Verantwortung.

Ein neues Element des EU-Ostseeprogramms 2007 - 2013 ist das integrierte **Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI)**¹, das mit zusätzlichen 22,6 Mio. EUR Projekte mit Partnern aus dem gesamten nordwestrussischen

¹ vgl. S. 17 f.

Gebiet sowie Weißrussland fördert. Die enge Integration der ENPI-Komponente in ein aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) gespeistes Programm ist ein einzigartiger und somit besonders hervorzuhebender Pilotversuch im Ostseeraum.

Zum wiederholten Male sind 6 Mio. EUR **staatlicher Mittel aus Norwegen** für Projekte mit norwegischen Partnern zur Verfügung gestellt worden. Zusammen mit 208 Mio. EUR europäischen Strukturfondsmitteln und den Kofinanzierungsanteilen der Mitgliedstaaten steht für den neuen Programmzeitraum ein Finanzvolumen von rund 300 Mio. EUR im Ostseeraum zur Verfügung.

Das neue EU-Ostseeprogramm 2007 - 2013 zielt darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit des Ostseeraums durch Förderung von Innovation, besserer Erreichbarkeit, nachhaltiger Entwicklung und Verringerung des West-Ost-Gefälles zu stärken. Im Ostseeraum spielen nach wie vor der Transfer von administrativen und marktwirtschaftlichen Komponenten in die neuen EU-Mitgliedstaaten sowie eine Fokussierung auf kleine und mittelständische Unternehmen eine bedeutende Rolle.

Förderprioritäten und Handlungsfelder des EU-Ostseeprogramms 2007 - 2013:

Priorität 1: Innovationsförderung

Steigerung der Innovationskapazität, Erleichterung des transnationalen Technologietransfers, Verbesserung der gesellschaftlichen Akzeptanz für Innovationen, Cluster

Priorität 2: Externe und interne Erreichbarkeit

Transport, Informations- und Kommunikationstechnologien, Schaffung von strategischen Entwicklungszonen

Priorität 3: Management der Ostsee als gemeinsame Ressource

Wirtschaftliches Management von Meeresgebieten, nachhaltige Nutzung von Meeresressourcen, Wassermanagement, Klimawandel, Integriertes Küstenzonenmanagement

Priorität 4: Förderung attraktiver und wettbewerbsfähiger Städte und Regionen

Stärkung von Metropolregionen, Städten und Stadtregionen als Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung, integrierte Entwicklung des Ostseeraums und ihres sozioökonomischen und räumlichen Zusammenhalts

Die Förderquote für Projekte beträgt bis zu 75 % in Deutschland, 85% in den baltischen Staaten und Polen sowie 90 % in Russland und Belarus.

Bereits vor Genehmigung des neuen EU-Ostseeprogramms sind zahlreiche schleswig-holsteinische Projektvorschläge für die neue Förderperiode entwickelt worden. Im Rahmen einer landesweiten **Informationsveranstaltung der Landesregierung** im Februar 2007 im Kieler Landeshaus wurde Gelegenheit geboten, Ideen zu präsentieren und Partner im Lande zu suchen. Wie auch in der vorangegangenen Förderperiode liegen die bisher artikulierten Interessenschwerpunkte der Akteure in den Bereichen Meeresspolitik, Transport/Logistik, Tourismus. Dies wird zur Umsetzung der Ziele der Landesregierung in bewährter Weise beitragen.

1.4. Nutzung regionaler Kooperationen

Schleswig-Holstein hat seit 1992 kontinuierlich ein beispielhaftes Netzwerk von Partnerschaften und partnerschaftlichen Beziehungen mit ausgewählten Regionen im Ostseeraum aufgebaut. Künftig sollen die Partnerschaften noch gezielter zur Gewinnung von politischen bzw. praktischen Partnern im Ostseeraum für schleswig-holsteinische Initiativen und Projekte genutzt werden. Strategisch wird sich die Ostseezusammenarbeit verstärkt auf die Regionen mit dem größten ökonomischen Potenzial für Schleswig-Holstein ausrichten.

Strategische Partnerschaft in der südwestlichen Ostseeregion (STRING)

Die erfolgreiche Zusammenarbeit in der strategischen Partnerschaft STRING verbindet Schleswig-Holstein mit den Regionen Hamburg, Skane (Südschweden) und den beiden neuen dänischen Regionen Seeland und Hauptstadtregion Kopenhagen. Die seit 1999 bestehende STRING-Partnerschaft ist zum zentralen Handlungsrahmen für die Zusammenarbeit in der Wachstumsregion Südwestliche Ostsee geworden. Die Themen Forschung und Wissenschaft, Biotechnologie, Regionalpolitik, maritime Wirtschaft, Klimaschutz und erneuerbare Energien stehen im Zentrum. Die Kooperation wird mit dem 2007 beschlossenen Bau der Fehmarnbelt-Brücke zusätzliche Schubkraft bekommen, nicht zuletzt auch aufgrund der Gründung des „**Fehmarnbelt Business Council**“ durch Vertreter von Wirtschaftsorganisationen aus Schweden, Dänemark, Schleswig-Holstein und Hamburg.

Ziel der STRING-Kooperation ist es, die Potenziale der Partnerregionen gemeinsam zu entwickeln und gemeinsam auf aktuelle, globale Herausforderungen zu reagieren.

In der ersten Phase 1999 - 2002 wurde ein abgestimmtes Entwicklungskonzept für die südwestliche Ostseeregion mit einem konkreten Strategie- und Aktionsplan erstellt. In der zweiten Phase 2002 - 2004 wurde dieser Aktionsplan mit sechs Teilprojekten und sechs thematischen Foren in einem ersten praktischen Schritt umgesetzt. Die dritte Phase wurde im Herbst 2004 mit einem Workshop in Lübeck begonnen und hat die Vertiefung und Erweiterung der Zusammenarbeit zum Ziel.

Im Juni 2006 haben die politischen Repräsentanten der Hauptstadtregion Kopenhagen, Seelands, Skanes, Schleswig-Holsteins und Hamburgs in Malmö eine **Vereinbarung über die Zusammenarbeit** unterschrieben. Sie hat eine neue Phase in den Kooperationsbestrebungen der südlichen Ostseeregion eröffnet und die dänischen Regionen, die ab dem 1. Januar 2007 an die Stelle der bisherigen STRING-Partner (Amtskommunen) getreten sind, frühzeitig eingebunden. Neben der Verabredung von konkreten Kooperationsfeldern wie z.B. Wissenschaft und Forschung, Wirtschaft, Verkehr, Umwelt und Kultur wird in der Gemeinsamen Erklärung ausdrücklich auch der Bereich der maritimen Wirtschaft und der erneuerbaren Energien hervorgehoben. Zu Beginn verzögerte sich der Umsetzungsprozess, da die beiden dänischen Regionen erst neu gebildet wurden und nur beschränkte Entscheidungsbefugnisse hatten.

Bei dem ersten Folgetreffen, dem **Politischen Forum** in Hamburg im April 2007, erklärten die Partnerregionen ausdrücklich die Bedeutung einer festen Querung des Fehmarnbelt für die Anbindung Skandinaviens an Mitteleuropa und die Bewältigung des wachsenden Personen- und Frachtaufkommens. Sie stellten die Bahnverbindung in den Vordergrund, die die Umweltbelastungen deutlich verringern wird. In der Umweltpolitik streben die Partnerregionen gemeinsame Maßnahmen zur Reduzierung der Emissionen in Häfen durch die landgebundene Energieversorgung von Schiffen während ihrer Liegezeiten sowie gemeinsame Forschung zu Fragen erneuerbarer Energien an. Die Partner betonten gemeinsam die Notwendigkeit der weiteren Entwicklung eines Maritimen Clusters, in dem Fragen der maritimen Sicherheit ebenso wie solche der maritimen Transportwege und der damit verbundenen logistischen Fragestellungen Schwerpunkt der Arbeit sein werden. Zur Förderung des Tourismus wollen die Partnerregionen gemeinsam auf Drittmärkten auftreten.

Im Rahmen der Managementstruktur der Zusammenarbeit hat das Politische Forum die Aufgabe, Bewertungen der bisherigen Prozesse vorzunehmen und daraus Leitlinien für die nächste überschaubare Kooperationsphase abzuleiten. Das nächste Politische Forum findet am 25./26. August 2008 in der Hauptstadtregion Kopenhagen

statt. Darüber hinaus gibt es eine **Steering Group** (Ebene der hohen Beamten) und ein **Common Secretariat** für die tägliche praktische Koordinierung.

Kritisch bleibt anzumerken, dass die schwedischen und dänischen Partnerregionen nicht über die gleichen Kompetenzen, Aktionsmöglichkeiten etc. wie Hamburg und Schleswig-Holstein verfügen, was sich bei der Projektgenerierung (Partnersuche) zuweilen negativ bemerkbar macht. Die transregionale Vernetzung ist allerdings mittlerweile so weit fortgeschritten, dass Partnerfindung auch ohne die jeweiligen politischen Ebenen der dänischen und schwedischen Partner funktioniert.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark

Für die Landesregierung ist die weitere Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Dänemark ein zentrales Anliegen. Wirtschaftliche Entwicklung, grenzüberschreitender Arbeitsmarkt, Hochschulkooperation und Ausbildung, Gesundheits- und Krankenhauswesen, Umwelt oder Verkehr zählen unverändert zu den Schwerpunktthemen, die das Land in Zusammenarbeit mit seinen dänischen Nachbarn weiter verfolgen will. Detaillierte Informationen finden sich u. a. im Bericht der Landesregierung zur grenzüberschreitenden Kooperation mit der Region Süddänemark vom April 2008.

Zu den Triebfedern der Zusammenarbeit zählten in den letzten Jahren:

- die Projektförderung aus der **EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG** (seit 1990) in den Förderregionen Schleswig - Sønderjylland, Region K.E.R.N. - Fyn sowie Ostholstein/Lübeck - Storstrøm,
- die Arbeit im **Regionalrat Sønderjylland - Schleswig**, der 1997 als gemeinsame institutionelle Kooperation von den Kreisen Nordfriesland, Schleswig-Flensburg und der Stadt Flensburg auf deutscher Seite sowie Sønderjyllands Amt auf dänischer Seite ins Leben gerufen wurde,
- sowie die 2001 zwischen Schleswig-Holstein und Sønderjyllands Amt getroffene **Vereinbarung über die regionale Zusammenarbeit**.

Diese grenzüberschreitende Kooperation ist im Berichtszeitraum durch die grundlegende **Strukturreform in Dänemark** stark beeinflusst worden. In Folge der Strukturreform sind zum 1. Januar 2007 lediglich noch fünf Großregionen an die Stelle der bislang 14 Amtskommunen sowie 97 größere Kommunen an die Stelle der bislang knapp 300 Kommunen in Dänemark getreten. Dabei erfolgte eine weit reichende Übertragung von Kompetenzen, die bislang von den Amtskommunen wahrgenommen

wurden, auf die künftigen Großkommunen sowie neue dezentrale staatliche Behörden.

Die bisherigen **INTERREG-Regionen** wurden mit Blick auf die 2007 angelaufene neue EU-Strukturfondsperiode im Dialog mit den dänischen Partnern angepasst.

Bei der Stärkung der deutsch-dänischen Grenzregion spielt die **INTERREG IV A** Programmgeneration 2007 bis 2013 eine große Rolle. Künftig wird es zwei statt bisher drei Programmräume geben: Im Norden Syddanmark - Schleswig - K.E.R.N. und in der Fehmarnbeltregion Seeland - Ostholstein - Lübeck - Plön. Im Dezember 2007 hat die Europäische Kommission die Operationellen Programme für die beiden deutsch-dänischen Programmräume genehmigt.

Allein für die grenzüberschreitende Projektarbeit in der **Region Syddanmark - Schleswig - K.E.R.N.** stehen im kommenden Förderzeitraum 2007 - 2013 europäische INTERREG-Mittel in Höhe von rund 44 Mio. EUR zur Verfügung. Zusammen mit den deutschen und dänischen Kofinanzierungsmitteln ergibt sich ein Gesamtvolumen von knapp 70 Mio. EUR für die Nordregion. Das Gesamtvolumen des Programms für die **Fehmarnbeltregion** beträgt deutlich über 30 Mio. EUR mit einem EU-Anteil von rund 23 Mio. EUR. Für einzelne Projekte können EU-Mittel bis maximal 75 % gewährt werden.

Der Regionalrat hat sich im November 2006 in verkleinerter Zusammensetzung als **Regionalversammlung Sønderjylland – Schleswig** neu konstituiert. Partner der Vereinbarung sind nunmehr

- auf deutscher Seite wie bisher die Kreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg sowie die Stadt Flensburg,
- auf dänischer Seite die Region Syddanmark sowie die grenznahen Kommunen Tønder, Sønderborg, Haderslev und Apenrade statt bislang das Amt Sønderjylland.

Die bislang mit der Amtskommune Sønderjylland bestehende Partnerschaft wurde in eine neue Vereinbarung mit der Region Syddanmark überführt. Mit der **Partnerschaftserklärung zwischen der neuen Region Syddanmark und Schleswig-Holstein** vom Juni 2007 wurde die Zusammenarbeit in der nördlichen Grenzregion auf eine neue, breitere Grundlage gestellt.

Ziele der Partnerschaftserklärung mit Süddänemark sind:

- der Aufbau eines gemeinsamen Regionalbewusstseins nach innen und außen,
- die Entwicklung der Region zu einem gemeinsamen, grenzüberschreitenden Wirtschafts- und Arbeitsraum sowie
- die Verstärkung der Zusammenarbeit in den Feldern Kultur, Wirtschaftsförderung, Arbeitsmarkt, Infrastruktur und Logistik, Hochschulkooperation, Erneuerbare Energien, Tourismus, Gesundheit, Landesplanung und Bildung.

In der neuen Partnerschaftsvereinbarung wurde festgelegt, jährlich einen **gemeinsamen Arbeitsplan** mit konkreten Arbeitsaufträgen für beide Partner zu vereinbaren. Die im jährlichen Arbeitsplan 2007 vereinbarten Ziele wurden weitestgehend umgesetzt. Am 16. April 2008 wurde der jährliche Arbeitsplan 2008 in Kolding von Regionsvorsitzendem Carl Holst und Ministerpräsident Peter Harry Carstensen unterzeichnet. In diesem Arbeitsplan finden sich die langfristigen Projekte wieder und es wurde der Grundstein für die Zusammenarbeit bei neuen Themen wie Klimaschutz, Infrastruktur und Kultur gelegt.

Mit **Leuchtturmprojekten** unterstützt die Landesregierung Wirtschaftswachstum und Beschäftigung in der nördlichen Grenzregion¹. Dazu zählen:

- der Aufbau einer „Technologieregion erneuerbare Ressourcen“,
- ein „Kompetenznetzwerk Ernährungswirtschaft“,
- das Projekt „Cross Border Logistics“,
- die Hochschulen mit dem Projekt „Collegium Mare Balticum“ und
- der Ausbau der Phänomenta um einen „Dom der Sinne“.

Es ist festzustellen, dass mit dem Vollzug der dänischen Verwaltungsstrukturreform wieder mehr Bewegung in die grenzüberschreitende Kooperation gekommen ist. Die erneuerte Partnerschaftserklärung vom Juni 2007 und die jährlichen Arbeitspläne bringen neue Impulse, um einen gemeinsamen grenzüberschreitenden Wirtschafts- und Arbeitsmarktraum aufzubauen.

Die Kooperation mit Süddänemark ist aber nicht nur für den Landesteil Schleswig eine echte Perspektive. Auch für Hamburg und Schleswig-Holstein bietet sich die Chance, neben der Kooperation der Metropolregionen Hamburg und Öresund eine weitere strategische Option zu erschließen.

Obwohl die Freizügigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer innerhalb der Europäischen Union rechtlich verbrieft ist, weist die Praxis noch viele ungelöste Fragen

¹ Informationen zu den Leuchtturm-Projekten im Internet über: www.schleswig-holstein.de/STK/DE/Schwerpunkte/KooperationDaenemark/Projekte/Leitprojekte__node.html

auf, da die **Arbeitsmärkte** in der Europäischen Union noch immer kulturellen und sozialen Traditionen unterworfen sind – dies gilt auch in der deutsch-dänischen Grenzregion.

Hinsichtlich des Grenzpendleraufkommens sind in den letzten Jahren deutliche Steigerungsraten zu verzeichnen. Ging man im Jahre 2000 noch von insgesamt ca. 2.500 Pendlern im deutsch-dänischen Grenzraum aus (davon etwa zwei Drittel von Deutschland nach Dänemark), ist seitdem aufgrund einer stark angestiegenen Arbeitskräftenachfrage in Dänemark die Pendlerzahl in Richtung Norden erheblich angestiegen. Nach letzten Schätzungen (Stand: April 2008) beläuft sich die Anzahl der Grenzpendler von Deutschland nach Dänemark derzeit auf etwa 11.500, in der Gegenrichtung wird von rund 1.200 Pendlern ausgegangen – eine weitergehende grenzüberschreitende Mobilitätssteigerung wird durchaus für möglich gehalten.

Nach deutsch-dänischen Delegationstreffen Anfang 2007 in Kolding mit Ministerpräsident Carstensen sowie etwa 100 Fachleuten aus verschiedenen Bereichen und einem Treffen Ende November 2007 in Plön hat sich das „**Deutsch-Dänische Arbeitsmarktforum**“ institutionalisiert und die gemeinsame Arbeit zur Förderung eines auf ganz Schleswig-Holstein sowie den Bereich Süddänemark ausgerichteten grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes aufgenommen.

Auch im Rahmen des Zukunftsprogramms Arbeit des Landes Schleswig-Holstein ist vorgesehen, die Ausrichtung der arbeitsmarktlichen Förderung auf einen noch weiter zu entwickelnden gemeinsamen Arbeitsmarkt mit unserem nördlichen Nachbarland auszudehnen, um die sich im beiderseitigen nachbarschaftlichen Interesse bietenden Chancen und Möglichkeiten zukünftig verstärkt nutzen zu können.

In der deutsch-dänischen Grenzregion sind zunehmende und vielfältige Ansätze und Aktivitäten entwickelt worden, um von dem durch die Landesgrenze entstandenen „Nebeneinander“ zu einem größeren „Miteinander“ der hier lebenden und arbeitenden Menschen zu kommen. Hervorzuheben ist insbesondere die Arbeit des **EURES Kooperationsnetzes** (EUropean Employment Services)¹ im Hinblick auf Information, Beratung und Vermittlung von Arbeitskräften, das bis Ende 2007 um das aus dem Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein“ geförderte Projekt GRAMARK

¹ Kooperationsnetz zwischen Europäischer Kommission und den öffentlichen Arbeitsverwaltungen der EWR-Mitgliedstaaten (EU-Mitgliedstaaten plus Norwegen, Island und Liechtenstein) und anderen Partnerorganisationen

(Grenzüberschreitender Arbeitsmarkt)¹ sowie das breite und über den Arbeitsmarkt-bereich hinausgehende Beratungsangebot des Infocenters Grenze ergänzt wurde.

Im Rahmen eines Ideenwettbewerbs sollen aus Mitteln des Zukunftsprogramms Arbeit Projekte zur grenzüberschreitenden Mobilität gefördert werden, die das Ziel haben, die Chancen der Grenzregion für eine erweiterte berufliche Orientierung der jungen Generation auf einen neuen und größeren Wirtschaftsraum ohne Grenzen zu nutzen und so dazu beizutragen, Arbeitslosigkeit zu vermeiden und Qualifikation und Kompetenzen der Projektteilnehmer zu stärken. Der Projektstart ist für den Oktober 2008 geplant.

Im Bereich der **Justiz** besteht zwischen der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Flensburg und Dänemark eine enge Zusammenarbeit.

Ausbau der Zusammenarbeit mit Nordwest-Russland

Bei der Fokussierung der regionalen Zusammenarbeit wird Nordwest-Russland², neben St. Petersburg und dem Gebiet (Oblast) Kaliningrad insbesondere die Ostsee nahen Gebiete Leningrad, Nowgorod und Pskov, in Zukunft noch stärker von Schleswig-Holstein zu berücksichtigen sein. Dies gilt sowohl aus geografischen und geopolitischen Gründen³, wegen der langjährigen Verbundenheit zum Gebiet Kaliningrad als auch um den eigenen Wirkungskreis nicht zu überdehnen. Nordwest-Russland bietet für Schleswig-Holstein wirtschaftlich und vor allem auch logistisch das Tor zum russischen Kernland.

In den letzten Jahren haben sich die russischen Regionen, insbesondere das Gebiet (Oblast) Kaliningrad, wirtschaftlich und sozial rasant entwickelt. Eine Umorientierung weg von humanitären Ansätzen der Zusammenarbeit hin zu einer Kooperation auf Augenhöhe, die auch die Erwartung beinhaltet, dass die russischen Partner sich ebenbürtig einbringen, ist dringend notwendig. Die Konzentration auf diese Region dient dazu, die Anstrengungen zu bündeln und beinhaltet die Chance, konkrete Ergebnisse und Nutzen für Schleswig-Holstein zu erzielen. Gleichzeitig bedeutet Ausbau der Zusammenarbeit aber auch, dass Schwerpunkte auf fachlichen Austausch und Verknüpfung von gemeinsamen Interessen gelegt werden sollen. Konsultationen

¹ GRAMARK unterstützt in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit sowie der dänischen Arbeitsvermittlung (AF) und anderen relevanten Partnern in der deutsch-dänischen Grenzregion Arbeitssuchende bei der Besetzung von freien Arbeitsplätzen

² Nordwest-Russland ist einer von sieben Föderationskreisen der Russischen Föderation bestehend aus der Metropole St. Petersburg, den Republiken Karelien und Komi, den Gebieten (Oblast) Archangelsk, Kaliningrad, Leningrad, Murmansk, Nowgorod, Pskov und Vologda sowie dem Autonomen Kreis Nenetsk

³ vgl. S. 4

der Regierungsstrukturen und Austausch von Verwaltungen sollen nur noch flankierend und soweit notwendig zur Unterstützung durchgeführt werden.

Dies spiegelt sich wider in der Integration der für den Ostseeraum zur Verfügung stehenden Mittel des Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments (ENPI)¹ in das **EU-Ostseeprogramm 2007 - 2013** (INTERREG IV B Ostsee)². Hiermit wird eine gemeinsame Antragstellung von Ostseeanrainern der EU und Norwegens mit den russischen Regionen St. Petersburg, Gebiet (Oblast) Leningrad, Republik Karelien, Gebiet (Oblast) Kaliningrad, Murmansk, Novgorod und Pskov, für Projekte mit Bezug zur Barentssee mit dem Gebiet (Oblast) Archangelsk, Republik Komi, Autonomer Kreis Nenetsk sowie mit dem gesamten Staatsgebiet Belarus möglich. Dabei ist auf ausdrücklichen Wunsch der Russischen Föderation die im letzten Programmzeitraum eingeräumte Möglichkeit bilateraler Projekte aufgegeben worden, um die Gleichberechtigung russischer Projektpartner gegenüber anderen Antragstellern im Ostseeprogramm deutlich zu machen. Inhaltlich bleibt eine Besonderheit für Projekte mit russischen und belarussischen Partnern bestehen. Über die Prioritäten des EU-Ostseeprogramms hinaus sind hier Maßnahmen im Bereich Gesundheitsvorsorge und Prävention übertragbarer Krankheiten, Prävention von Krankheiten, die durch soziale und Umweltfaktoren bedingt sind, Prävention von und Krisenmanagement bei Naturkatastrophen, Einbeziehung von Stakeholdern in transnationale Prozesse sowie Integration von Immigranten, Behinderten und anderen benachteiligten Gruppen förderfähig.

Die Zusammenarbeit mit der Stadt **St. Petersburg** gestaltet sich auf offizieller Ebene immer noch zögerlich. Dennoch konnte die projektbezogene Kooperation ausgebaut werden und erhält durch die neue Förderperiode des EU-Ostseeprogramms (INTERREG IV B Ostsee) zusätzliche Dynamik. Das von Hamburg und Schleswig-Holstein gemeinsam seit Oktober 2005 geführte Hanse-Office St. Petersburg³ hat bei der Partnersuche bereits wertvolle Unterstützung geleistet und wird dies auch in Zukunft tun. Ein Nachfolgeprojekt zu eHealth for Regions⁴ unter Leitung der AOK Schleswig-Holstein und Mitwirkung der Segeberger Kliniken mit u. a. der Pavlov-Universität und der Städtischen Poliklinik Nr. 2 in St. Petersburg ist geplant. Die Staatliche Seeakademie Makarov in St. Petersburg gehört zu den zukünftigen Partnern des geplanten Projektes „Northern Maritime University“⁵, das unter der Lead-Partnerschaft der Fachhochschule Kiel steht.

¹ vgl. S. 26 f.

² zum EU-Ostseeprogramm s. Kapitel 1.3

³ vgl. S. 20

⁴ zum Projekt eHealth for Regions s. S. 84 f.

⁵ zum Projekt Northern Maritime University s. S. 77

Die seit dem Jahr 2000 existierende **partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Justizvollzugsverwaltungen des Gebiets (Oblast) Archangelsk** und des Landes Schleswig-Holstein ist durch die Beteiligung weiterer Partnerorganisationen auf deutscher und russischer Seite erheblich ausgeweitet worden. Die Förderung der Zusammenarbeit erfolgt seit 2002 nicht nur kontinuierlich durch den Europarat, sondern in erheblichem Umfang zusätzlich durch die EU im Rahmen des TACIS/ENPI¹ Institution Building Partnership Programme (IBPP) zur Unterstützung beim Aufbau einer Zivilgesellschaft. Das erste TACIS-Programm 2005 – 2007 diente dem Aufbau eines Netzwerks der Straffälligenhilfe, während das zweite (Frühjahr 2008 – Frühjahr 2010) die Haftvermeidung bei Jugendlichen durch Sozialarbeit und alternative Sanktionen zum Ziel hat. Auch die Stiftung „Aktion Mensch“ finanziert ein zusätzliches Programm (Sommer 2007 – Sommer 2009) zugunsten straffällig gewordener sozial benachteiligter Kinder und Jugendlicher. Schließlich befindet sich gegenwärtig die Kooperation mit der föderationseigenen Vollzugsakademie in Vologda² (zuständig für den gesamten Nordwesten Russlands) im Aufbau.

Partnerschaft mit dem Gebiet (Oblast) Kaliningrad

Die seit 1999 bestehende **Partnerschaft der Landesregierung** mit dem Gebiet (Oblast) Kaliningrad, die seit 2000 durch eine **Parlamentpartnerschaft** zwischen Landtag und Gebietsduma erweitert wird, hat zunächst im Berichtszeitraum durch die Neuwahl des Gebietsgouverneurs und die Umgestaltung der Gebietsverwaltung in eine Gebietsregierung im Jahr 2005 starke Einschränkungen erfahren. Kontaktaufnahmen auf Arbeitsebene des Europaministeriums und die Reise des Ministers für Justiz, Arbeit und Europa im Jahr 2006 konnten weder eine gemeinsame Arbeitsplanung noch eine Erklärung politischer Absichten bewirken. Allerdings einigte man sich darauf, für das Jahr 2007 gemeinsame Projekte und Arbeitsbereiche festzulegen. Die Kaliningrader Seite hat seitdem immer wieder betont, dass ihr die Kooperation mit Schleswig-Holstein besonders am Herzen liegt.

Im Juni 2007 hat die Kaliningrader Gebietsregierung eine Delegation zu einem Arbeitsbesuch nach Kiel entsandt. Vorrangiges Ziel dieser Reise aus Kaliningrader Sicht war, die Rahmenbedingungen für eine Kaliningrader Wirtschafts- und Kulturpräsentation zu klären.

¹ zu TACIS/ENPI s. auch S. 17 f.

² Hauptstadt des Gebiets (Oblast) Vologda, das am östlichen Rand des Föderationskreises Nordwest-Russland liegt

Die Reise des Landtagspräsidenten im September 2007 erbrachte ebenfalls eine positive Sicht auf mögliche Kooperationsbereiche der beiden Regionen und bekräftigte das Interesse Schleswig-Holsteins an der Region.

Im Rahmen einer Delegationsreise des Landwirtschaftsministers im Mai 2007 zum „Internationalen Agrarforum-Investorenkonferenz“ wurde in Kaliningrad eine **Vereinbarung über die Zusammenarbeit der Landwirtschaftsminister** aus Kaliningrad und Schleswig-Holstein unterzeichnet. Erklärte Ziele der Vereinbarung sind der Wissenstransfer, gemeinsame Aus- und Fortbildung sowie enge Beziehungen auf Ebene von Politik und Verwaltung durch Austausch- und Studienprogramme.

Die **Kaliningrader Wirtschafts- und Kulturpräsentation in Schleswig-Holstein** im November 2007 – eine erstmalige Veranstaltung im Rahmen der Partnerschaft – umfasste ein Eröffnungskonzert im Kieler Schloss mit dem Kaliningrader Sinfonieorchester, eine Wirtschaftspräsentation im „Haus der Wirtschaft“ in Kiel, zwei Ausstellungen und zwei weitere Konzerte. Parallel wurden in bilateralen Gesprächen die Themen Bildung und präventive Jugendarbeitsmarktpolitik, Landwirtschaft, Energie, Kooperation bei INTERREG-Projekten, Meeresspolitik, kulturelle Aktivitäten und Kooperation der medizinischen Fakultäten als zentrale Arbeitsfelder der zukünftigen Zusammenarbeit definiert.

Für 2008 werden erste Ergebnisse im Bereich **berufliche Bildung und präventive Jugendarbeitsmarktpolitik** durch die im Mai durchgeführte Delegationsreise von Vertretern schleswig-holsteinischer Bildungseinrichtungen in das Gebiet (Oblast) Kaliningrad erwartet. Die Wirtschaftspräsentation hat zu verstärkten Nachfragen bei der IHK zu Kiel geführt und somit das Interesse der schleswig-holsteinischen Wirtschaft an Kooperation und Investition im Gebiet (Oblast) Kaliningrad gestärkt.

Stärkung der Zusammenarbeit und der Partnerschaft mit Pommern

Die Partnerschaft mit der Wojewodschaft Pomorskie (Pommern) bleibt ein Schwerpunkt. Sie ist die älteste unter den regionalen Partnerschaften Schleswig-Holsteins im Ostseeraum, feierte im Jahr 2007 ihren fünfzehnten Geburtstag und ist lebendiger denn je. Diese ursprünglich mit der damaligen Wojewodschaft Gdańsk (Danzig) eingegangene Partnerschaft wurde 1999 durch eine erneuerte Vereinbarung an die mit der Regionalreform in Polen neu geschaffenen Strukturen angepasst und 2001 durch eine Vereinbarung über die parlamentarische Zusammenarbeit zwischen dem Schleswig-Holsteinischen Landtag und dem Regionalparlament (Sejmik) der Wojewodschaft Pomorskie ergänzt.

Der Marschall der Wojewodschaft Pomorskie (Pommern) besuchte Schleswig-Holstein im letzten Jahr zweimal. Im August 2007 nahm er am Schleswig-Holstein Musik Festival teil, eröffnete die „Brot + Fisch-Tage“¹ in Lübeck und zählte zu den Ehrengästen bei der Eröffnung des Barockgartens von Schloss Gottorf. Im Dezember 2007 war der Marschall einer der Hauptakteure bei der Abschlussveranstaltung des maritimen INTERREG C²-Projektes InterMare C in Kiel. Der Europaminister machte seinen Antrittsbesuch in Pommern im Mai 2007, um insbesondere Kooperationen im maritimen Bereich voranzubringen. Im Dezember 2007 eröffnete der Europaminister zusammen mit seinem Hamburger Kollegen das **Hanse-Office Danzig**, das aus der Umwandlung des Schleswig-Holstein Büros Danzig hervorgegangen ist.

Die Unterstützung für Polen aus EU-Strukturfondsmitteln wird für den Zeitraum 2007 - 2013 mehr als 60 Mrd. EUR umfassen. Davon fließen rund 5 Mrd. EUR in die Region Pommern. Das ist die Region potenzieller Absatzmarkt auch für kleine und mittelständische Unternehmen in Schleswig-Holstein. Für Herbst 2008 ist eine **Präsentation von Pommern** in Schleswig-Holstein und Hamburg in enger Abstimmung mit der IHK Schleswig-Holstein geplant.

In der Partnerschaft wird die konkrete Projektarbeit mit Mehrwert für die Menschen und die Wirtschaft beider Regionen immer wichtiger. Gemeinsames Ziel ist es, die Kooperation im Rahmen des **INTERREG B-Ostseeprogramms**³ weiter zu stärken und die Wirtschaftsbeziehungen zum beiderseitigen Nutzen auszubauen. Erfreulich ist das stark anwachsende Interesse der Partner in Pommern an maritimen Projekten für die neue Förderperiode des EU-Ostseeprogramms. Dazu zählen zum Beispiel die Projektinitiativen „Northern Maritime University“, „Ferry City Network“ oder „Maritimes Cluster für den Ostseeraum“.

Beide Partner wollen Anstöße geben für eine integrierte Europäische **Meerespolitik**, die große Chancen für die Küstenregionen des Nordens bietet. Auch deshalb wollen beide Regionen im Brüsseler **Ausschuss der Regionen** (AdR) innerhalb der neu gegründeten Ostseegruppe⁴ intensiv zusammenarbeiten.

Schleswig-Holstein und Pommern unterstützen das ökumenische Projekt „Brot + Fisch“ - das Kommunikationskonzept für eine nachhaltige Landwirtschafts- und Mee-

¹ zum Projekt Brot + Fisch s. S. 51

² INTERREG C ist ein EU-Förderprogramm zur interregionalen Zusammenarbeit in Europa

³ zum EU-Programm INTERREG III B/ IV B Ostsee s. Kapitel 1.3

⁴ zur AdR Ostseegruppe s. S. 23

respolitik. Nach Lübeck 2007 werden die nächsten Brot + Fisch-Tage 2009 in Danzig stattfinden. Zudem setzen sich die regionalen Regierungen dafür ein, eine Dauerpräsentation von Werken des gebürtigen Danzigers Günter Grass in Danzig zu realisieren.

Partnerschaft mit Ost-Norwegen

Bereits 1995/96 wurden Partnerschaftsvereinbarungen mit Oslo und Akershus unterzeichnet. Diese wurden im Mai 1998 erweitert zur Kooperation mit **Eastern Norway County Network**, dem regionalen Zusammenschluss der „Fylkeskommuner“ (Counties) von Akershus, Buskerud, Hedmark, Oppland, Östfold, Vestfold, Telemark und der Stadt Oslo mit zusammen rund 2,2 Mio. Einwohnern. Die Region um den Oslo-Fjord stellt rund die Hälfte der norwegischen Bevölkerung und bildet das wirtschaftliche Zentrum Norwegens.

Handlungsfelder der Partnerschaft sind Wirtschaft, Technologie, Kultur, Jugend, Hochschule und Bildung. Aktuell rangieren die Bereiche Klimaschutz, erneuerbare Energien, maritime Aktivitäten und die Kooperation bei der **Nutzung des EU-Ostseeprogramms** (INTERREG IV B)¹ ganz oben auf der Agenda. Traditionell spielen der **Schüleraustausch** und die **Kooperation im Kultursektor** eine besonders wichtige Rolle. Zu den kulturellen Aktivitäten zählen beispielsweise die wechselseitige Teilnahme an Filmfestivals oder Ausstellungen.

Im April 2007 besuchte eine Delegation aus der norwegischen Partnerregion Schleswig-Holstein, um sich über maritime Aktivitäten und Nanotechnologien sowie über Kultur- und Hochschulprojekte im Lande zu informieren. Im September 2007 führte der Europaminister die Delegationsreise in die Partnerregion an und sondierte insbesondere für eine verstärkte Zusammenarbeit im maritimen Sektor. Erfreulicherweise zeichnet sich eine Beteiligung des maritimen Clusters „Oslo Teknopol“ in der schleswig-holsteinischen Projektinitiative für ein maritimes Cluster im Rahmen des EU-Ostseeprogramms ab. Ein gemeinsames Interesse besteht auch bei der Entwicklung eines Projekts zur Förderung von Erdgas als alternativem Treibstoff für Schiffe, das den Ausstoß klimaschädlicher Emissionen signifikant senken würde.

Mit der BSSSC-Jahreskonferenz im September 2006 in Kiel sind **Vorsitz und Sekretariat der BSSSC** auf den Eastern Norway County Network (ENCN) übergegangen.² Damit wurde diese Führungsaufgabe nach der polnischen Wojewodschaft Pomorskie (Pommern) und der südschwedischen Region Skane zum dritten Mal von einer Part-

¹ zum EU-Ostseeprogramm s. Kapitel 1.3

² Ausführliches zu BSSSC s. S. 12 ff.

nerregion Schleswig-Holsteins übernommen, das in der Gründungsphase 1994 - 1997 einst selbst diese Aufgabe wahrgenommen hatte.

Die Partnerschaft mit ENCN wird auch genutzt, um Ostsee- und Nordsee-Interessen miteinander zu verbinden und um die politische Zusammenarbeit im Rahmen der **Nordseekommission** zu befördern. Der Europaminister ist im Jahr 2007 als Repräsentant Deutschlands in den Vorstand der Nordseekommission aufgenommen worden, der Landtagspräsident als stellvertretendes Mitglied. Die Mitgliedschaft soll vorrangig dafür genutzt werden, die meerespolitischen Interessen des Landes auch in den Nordseeraum einzubringen. Dafür ist auch die enge Zusammenarbeit mit den Akteuren der Partnerregion Eastern Norway County Network hilfreich, da Vorsitz und Sekretariat der Nordseekommission von der norwegischen Partnerregion Telemark gestellt werden.

Partnerschaft mit Finnland

Die Partnerschaft mit den drei **westfinnischen Regionalverbänden** - Ostrobothnien, Zentral-Ostrobothnien und Süd-Ostrobothnien - besteht seit August 1998. Sie ist Nachfolger der 1994 begründeten Partnerschaft mit der ehemaligen finnischen Provinz Vaasa. Sowohl in bilateralen Projekten zwischen Einrichtungen der Partnerregionen als auch im Rahmen von multilateralen **INTERREG III B Projekten**¹ konnte die Zusammenarbeit intensiviert werden.

Dazu zählt zum Beispiel die Virtuelle Hochschule im Ostseeraum (Baltic Sea Virtual Campus)². Dieses Projekt entwickelt und vermarktet neue virtuelle Studiengänge wie „Transregional Management“ oder „Industrial Engineering“. Beteiligt sind u. a. die Universität Vaasa und die Fachhochschule Lübeck. Dazu zählt auch das Projekt „e-Health for Regions“, wo es um den Einsatz der modernen Telemedizin für den ländlichen Raum geht.³

Ein weiterer Schwerpunkt der Kooperation ist seit jeher die **Entwicklung der ländlichen Räume**.

Für Juni 2008 ist der Besuch von führenden Politikern der „**West Finland Alliance**“ angekündigt. Die West Finland Alliance ist ein Zusammenschluss von fünf finnischen Regionen: Süd-Ostrobothnien, Ostrobothnien, Zentral-Finland, Satakunta und der Region Tampere. Sie repräsentiert 1,3 Mio. Menschen. Das entspricht mehr als ei-

¹ zu INTERREG III B s. Kapitel 1.3

² Erläuterung aller INTERREG III B-Projekte s. Anhang 1

³ Ausführliches zum Projekt eHealth s. S. 84 f.

nem Viertel der finnischen Bevölkerung. Das Areal hat die doppelte Größe von Belgien. In den Regionen der West Finland Alliance befinden sich vier Universitäten und sieben Fachhochschulen mit rund 100.000 Studenten. Damit eröffnen sich neue Perspektiven der Kooperation mit den finnischen Partnern.

Zu den gemeinsamen Interessenschwerpunkten von Schleswig-Holstein und der West Finland Alliance zählen die Meerespolitik, der Einsatz erneuerbarer Energien, die Entwicklung ländlicher Räume, die Kooperationsperspektiven des Ostseeraums, mögliche Projektkooperationen im Bereich des EU-Ostseeprogramms gerade auch mit russischer Beteiligung, die Kooperation im Ausschuss der Regionen und nicht zuletzt die Zusammenarbeit der regionalen Brüsseler Vertretungen.

Der Gegenbesuch des Europaministers ist für Herbst 2008 vorgesehen.

Partnerschaft mit Südschweden

Die seit 1995 bestehende Partnerschaft zwischen Schleswig-Holstein und dem Zusammenschluss der sechs südschwedischen Regionen (läns) im Verband **SydSam** wurde im Juni 2001 durch eine überarbeitete „Gemeinsame Erklärung über die regionale Zusammenarbeit“ erneuert. Sie sieht ausdrücklich auch eine verstärkte Kooperation Schleswig-Holsteins mit nur einer der Partnerregionen vor. Insgesamt sind die südschwedischen Partnerregionen zu wertvollen Partnern Schleswig-Holsteins in multilateralen Ostseeprojekten sowie in politischen Gremien und Initiativen geworden. Ausschließlich bilaterale Vorhaben stehen aktuell weniger im Blickpunkt als in den Anfangsjahren der Partnerschaft.

Die schleswig-holsteinische Initiative für eine koordinierte **Europäische Meerespolitik** bildet inzwischen einen der Schwerpunkte der Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Südschweden. Gemeinsam werden politische Initiativen zu diesem Thema im Rahmen von BSSSC getragen. Die große Kieler Meereskonferenz vom September 2006¹ wurde in enger Abstimmung mit den südschwedischen Partnern organisiert. Gegenwärtig ist ein Vertreter aus Sydsam Mitglied in der BSSSC-Arbeitsgruppe Meerespolitik, die von Schleswig-Holstein geleitet wird.

Zum Thema Schiffssicherheit im Ostseeraum sind die Partner mehrfach gemeinsam aufgetreten und haben eigene Vorschläge eingebracht. Von 2005 bis 2007 lief das von Südschweden geleitete und von Schleswig-Holstein mitgestaltete **INTERREG III B-Projekt „Baltic MaSTER²“** zur Stärkung der maritimen Sicherheit in der südlichen

¹ s. Kapitel 2.2

² Erläuterung aller INTERREG-Projekte s. Anhang 1

Ostsee. Die Südschweden bereiten bereits ein Nachfolgeprojekt „Baltic Master II“ vor, das im Rahmen des INTERREG III B-Nachfolgeprogramms noch stärker nationale Akteure einbinden will.

Eine enge Zusammenarbeit mit Südschweden bestand im Berichtszeitraum auch in den INTERREG III B-Projekten „Baltic Gateway“ (Entwicklung der Transportinfrastrukturen im Ostseeraum) und „e-Health for regions“. Im Hochschulbereich nimmt der multilaterale Hochschulverbund „Baltic Sea Virtual Campus“ unter Leitung der Fachhochschule Lübeck und der Universität Lund einen wichtigen Platz ein.

Bewährt hat sich die ostseepolitische Zusammenarbeit vor allem mit der Region Skane, sowohl im Rahmen der strategischen Partnerschaft von STRING¹ als auch im Rahmen der „Konferenz der Subregionen des Ostseeraumes“ (Baltic Sea States Subregional Cooperation - BSSSC). Im Juni 2007 nutzte der Europaminister seine Teilnahme an der Ministertagung des Ostseerates in Malmö zu einem Gespräch mit dem neuen Vorsitzenden der Region Skane, um Perspektiven der bilateralen Kooperation zu erörtern.

Die Zusammenarbeit wird seit 1995 vom „Schleswig-Holstein-Büro“ in Malmö² unterstützt und ergänzt durch den Vorsitz der IHK Südschweden in dem Ostseeverbund der Handelskammern (Baltic Sea Chambers of Commerce Association - BCCA), den zuvor die IHK Kiel zehn Jahre lang inne hatte.

Zusammenarbeit mit den baltischen Staaten

Mit Partnern auf verschiedenen Ebenen in den drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen pflegt Schleswig-Holstein seit mehreren Jahren eine Zusammenarbeit. Die partnerschaftlichen Beziehungen stützen sich dabei – in Ermangelung angemessener regionaler Kooperationspartner – vorwiegend nicht auf formelle Abkommen. Unabhängig hiervon entwickelt sich die Zusammenarbeit auf Grund der Initiative einzelner Institutionen, Organisationen und Verbände überwiegend selbstständig.

Ausnahmen sind die Anfang 2006 aktualisierten „**Gemeinsamen Erklärungen über die Zusammenarbeit im Agrarbereich**“ mit Estland und Lettland sowie die bilateralen Protokollvereinbarungen im Bereich der **polizeilichen Zusammenarbeit**, die das Innenministerium mit allen drei baltischen Staaten getroffen hat.

¹ zu STRING s. S. 28 ff.

² vgl. S. 20

Für die bilaterale Zusammenarbeit wurden **EU-Programme** genutzt, die den Verwaltungsaufbau in den neuen EU-Mitgliedstaaten unterstützen. So startete das Amt für ländliche Räume (ALR) Kiel im März 2006 zusammen mit spanischen Behörden ein 12-monatiges Twinning-Projekt¹ mit der litauischen Fischereiverwaltung zur Stärkung der Fischereiaufsicht im Sinne der EU-Vorschriften. Das ALR Kiel stellte dabei als deutscher Juniorpartner einen Projektleiter und einige Kurzzeitexperten.

Mit Blick auf die bilateralen wirtschaftlichen Beziehungen nach Vollendung des EU-Beitritts kommt der **Deutsch-Baltischen Außenhandelskammer** mit Sitz in allen drei baltischen Hauptstädten besondere Bedeutung zu. Unter ihrem Dach sind auch die drei Schleswig-Holstein-Büros in Tallinn, Riga und Vilnius untergebracht.

Im März 2007 reiste der Ministerpräsident nach Tallinn, um als Ehrengast an der Jahrestagung der Deutsch-Baltischen Handelskammer teilzunehmen. Der Ministerpräsident nutzte die Reise zu politischen Gesprächen mit der Landwirtschaftsministerin und dem Außenminister von Estland. Begleitet wurde der Ministerpräsident von der Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium, die eine Kooperation zwischen der Estonian E-University und der Fachhochschule Lübeck unterzeichnete.

Im Mai 2007 reiste der Innenminister in die baltischen Länder, um die Vertiefung der **polizeilichen Zusammenarbeit** zu beraten und durch überarbeitete und vereinheitlichte Vereinbarungen zu konkretisieren. Auf der Tagesordnung standen Themen wie die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, der Einsatz neuester Technologien und die Sicherheit in den Häfen.

Unter anderem mit Unterstützung der Schleswig-Holstein-Büros vor Ort konnten Partner aus den drei baltischen Staaten für bedeutsame **INTERREG III B-Projekte** gewonnen werden. Dazu zählen u.a. Projekte wie „Baltic Haz Control“, BERNET, BEEN, NeLoC, InLoC oder „Baltic Gateway“².

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e.V. beteiligt sich die schleswig-holsteinische Justiz regelmäßig an den jährlich stattfindenden **Richterhospitalisationsprogrammen** für Zivil- und Handelsrichter sowie für Strafrichter und Staatsanwälte. Im November 2006 war eine Strafrichterin aus Estland am Landgericht Lübeck, ein Jahr später eine Zivilrichterin aus Litauen am Landgericht Kiel und am Amtsgericht Rendsburg.

¹ Twinning-Projekte sind EU-geförderte Partnerschaften für den Verwaltungsaufbau in Beitrittsländern

² Erläuterung aller INTERREG III B-Projekte s. Anhang 1

2. Fachpolitische Leitziele

Neben der fachübergreifenden politischen Ostseezusammenarbeit engagieren sich die Ressorts der Landesregierung in eigener Zuständigkeit im Rahmen fachbezogener Kooperationen und Projekte unter folgenden Leitzielen:

- Ausbau kultureller Begegnung und Zusammenarbeit im Ostseeraum
- Entwicklung des Ostseeraums zur maritimen Modellregion Europas
- Ostseezusammenarbeit im Bereich der schulischen und beruflichen Bildung
- Entwicklung der Ostseeregion zu einer Region ziviler Sicherheit
- Entwicklung der Ostsee zum weltweit sichersten Seeverkehrsgebiet
- Profilierung der Ostseeregion als Modell nachhaltiger Entwicklung
- Gezielte Nutzung wirtschaftlicher Chancen im Ostseeraum
- Nutzung der Hochschulkooperation zum Ausbau der „Wissensregion Ostsee“
- Positionierung Schleswig-Holsteins als Transportdrehscheibe im Ostseeraum
- Stärkung der Ostseezusammenarbeit im Bereich Gesundheitswirtschaft und Verbraucherschutz
- Stärkung der Jugendbegegnung im Ostseeraum

Im Folgenden sind die wesentlichen hieraus resultierenden Arbeitsergebnisse im Berichtszeitraum dargestellt.

2.1. Ausbau kultureller Begegnung und Zusammenarbeit im Ostseeraum

Die kulturelle Dimension in der schleswig-holsteinischen Ostsee-Politik ist bestimmt von den Prinzipien der guten Nachbarschaft, der größtmöglichen Partizipation und Mobilität der Künstlerinnen und Künstler sowie der Nachhaltigkeit der kulturellen Projekte und Veranstaltungen.

Die kulturelle Zusammenarbeit ist in den letzten Jahren zu einem wichtigen Faktor der Integration und des Zusammenwachsens der Ostsee-Region geworden. Eines der bedeutendsten Projekte ist die multilaterale Kulturkooperation im Rahmen von *Ars Baltica*, die 1990 auf Betreiben der Landesregierung ins Leben gerufen wurde.

Die bilateralen und multilateralen Kulturprojekte haben dabei wesentlich zur Ausbildung einer gemeinsamen regionalen Identität beitragen können. Insbesondere die weit über die regionalen Grenzen hinaus strahlenden Kulturereignisse wie *JazzBalti-*

ca haben den nordischen und baltischen Musikkünstlerinnen und –künstlern eine bedeutende Bühne dargeboten. In dem Maße, wie die Künstlerinnen und Künstler der Ostseeregion auf dem europäischen Markt reüssierten, sind die gemeinsamen kulturellen Ressourcen, Traditionen und Werte sichtbar geworden und haben eine entsprechende Aufwertung erfahren.

Für das Land Schleswig-Holstein bleibt es daher vorrangig, bestehende Netzwerke wie Ars Baltica zu sichern und auszubauen, Bewährtes fortzuführen und neue Entwicklungen konstruktiv zu begleiten. Die Entwicklung einer EU-Ostseestrategie¹ bedarf eines kulturellen Fundaments und eines kulturbezogenen Diskurses. Erst im Horizont gemeinsamer kultureller Werte und Traditionen stellt sich ein Bewusstsein gemeinsamer regionaler Identität her. Die Begegnung von Künstlerinnen und Künstlern als Werteproduzenten ist dabei unverzichtbar und für die Herausbildung einer gemeinsamen Identität bestimmend.

Schleswig-Holstein hat mit Beginn des Jahres 2008 nach zehn Jahren wieder den **Vorsitz im Ars Baltica Organisationskomitee** übernommen. Zwischenzeitlich lag der Vorsitz in den Händen Norwegens, Finnlands, Schwedens und Polens. Ein Schwerpunkt in der kulturellen Ostseekooperation wird in der **Zusammenarbeit mit Russland** liegen. Russland ist Mitglied der Ars Baltica-Kulturinitiative und hat bereits eine verstärkte Mitarbeit angekündigt. Schleswig-Holstein wird sich 2008 an der **Grafik-Biennale in Kaliningrad** beteiligen und mit dem Russland-Schwerpunkt des Schleswig-Holstein Musik Festivals auch Gastgeber für russische Künstler sein. Der Länderschwerpunkt Russland des Schleswig-Holstein Musik Festival, begleitet durch rund 100 Aktivitäten des Landeskulturverbandes im Rahmen des Kultursommers, korrespondiert mit dieser Akzentsetzung in hervorragender Weise.

In der Zusammenarbeit mit den neuen Beitrittsländern Polen und des Baltikums hat die Kulturinitiative Ars Baltica in den 90er Jahren große Verdienste erworben. Die Intensivierung der Zusammenarbeit mit Russland und Weißrussland wird daran anknüpfen. So wird sich Schleswig-Holstein auch an dem Projekt „**Balticness**“² beteiligen, das die lettische Präsidentschaft im Ostseerat initiiert hat.

Weitere Schwerpunkte wird der schleswig-holsteinische Vorsitz auf die **Nutzung von Mitteln des EU-Ostseeprogramms**³ für Ars Baltica-Projekte sowie den Ausbau und

¹ zu EU-Ostseestrategie s. S. 16 ff.

² weitere Informationen zum Projekt Balticness im Internet: www.mfa.gov.lv/en/cbss/Balticness

³ zum EU-Ostseeprogramm s. Kapitel 1.3

die Intensivierung der Zusammenarbeit mit anderen Gremien und Organen der Ostseezusammenarbeit legen.

Das Netzwerk **Ars Baltica** ist Forum für grenzüberschreitenden Kulturaustausch zwischen den Ostseestaaten. Besonderes Anliegen ist es, die Kulturschaffenden aus den Ländern Osteuropas in einen partnerschaftlichen Dialog rund um die Ostsee einzubeziehen. Folgende Länder sind beteiligt: Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland, Russland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein.

Die Zahl der Kulturprojekte im Rahmen von Ars Baltica ist kontinuierlich angestiegen. Schleswig-Holstein ist mit herausragenden Initiativen vertreten, darunter sind:

- **JazzBaltica**¹, ein jährliches, international renommiertes Festival mit hoher Besucherzahl. Seit 2002 wird JazzBaltica vom Schleswig-Holstein Musik Festival veranstaltet.
- Seit 2005 findet das Festival **folkBaltica**² jährlich in Flensburg und der angrenzenden deutsch-dänischen Region statt. Das Festival vereint erstmals zeitgemäße Folkmusik aus Skandinavien, dem Baltikum und Polen vor einem deutsch-dänischen Publikum. Die Landesregierung unterstützt das Anliegen des Festivals, sich weiter nach Süden auszudehnen und hat im April 2008 ein Konzert in Kiel angeregt und finanziert.
- Die **4. Ars Baltica Foto-Triennale** wurde im März 2007 vom Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein eröffnet und in vielen Ostseeanrainer-Staaten gezeigt.

Der kulturelle Austausch hat seit Bestehen der ostseeweiten Kulturinitiative ein vielschichtiges Netzwerk multilateraler Zusammenarbeitsformen geschaffen. Schleswig-Holstein hat sich in diesem „kulturellen Cluster“ als Impulsgeber und Motor der Weiterentwicklung profiliert. Attraktive Veranstaltungen wie JazzBaltica, folkBaltica, aber auch die **Nordischen Filmtage Lübeck**³ haben kulturelle Potentiale erschlossen, die sowohl von regionaler Bedeutung wie von überregionalem Interesse sind. Die Nordischen Filmtage feiern im Oktober 2008 ihr 50jähriges Jubiläum.

¹ JazzBaltica im Internet: www.jazzbaltica.com

² folkBaltica im Internet: www.folkbaltica.de

³ weitere Informationen zu den Nordischen Filmtagen über: www.luebeck.de/filmtage/de

Konferenz der Kulturminister der Ostseeregion

Die Ausrichtung der Ars Baltica-Politik wird die 8. Konferenz der Kulturminister der Ostseestaaten in Riga erörtern und mandatieren. Dieses Treffen der Ostsee-Kulturminister im Oktober 2008 ist bedeutender Treffpunkt in der ostseeweiten Kulturpolitik.

Zusammenarbeit mit den Partnerregionen

Neben dem Ausbau des Kultur-Netzwerkes Ars Baltica pflegt Schleswig-Holstein den Kulturaustausch im Rahmen seiner Regionalpartnerschaften. Die bilaterale Zusammenarbeit Schleswig-Holsteins mit den Partnerregionen ist insbesondere in der Partnerschaft mit Ostnorwegen und Westfinnland sowie in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit der Region Süddänemark im Berichtszeitraum auf hohem Niveau fortgeführt worden. Die gemeinsamen Aktivitäten bezogen sich vor allem auf Schwerpunktsetzungen im Austausch von Tanzensembles, -gruppen, Austauschprojekten des Kunsthandwerks, der theaterbezogenen Kooperationen und der bildenden Kunst.

Im Rahmen der seit 1998 bestehenden **Partnerschaft mit Ostnorwegen** wurde vom 10. – 30. März 2007 erstmals eine Ausstellung eines Teils der Schleswig-Holsteinischen Landesschau in Lörenskog bei Oslo präsentiert. Projektträger war der Bundesverband der Bildenden Künstler, Landesverband Schleswig-Holstein. Im Herbst 2008 wird im Rahmen der 50. Nordischen Filmtage die "Norwegische Landesschau" in Lübeck präsentiert.

Vom 10. September bis zum 11. Oktober 2007 fand erstmals eine Ausstellung mit Kunsthandwerk aus der Partnerregion Ostnorwegen in der IHK zu Kiel statt. Im Gegenzug zeigten die Kunsthandwerkerinnen und Kunsthandwerker aus Schleswig-Holstein ihre Handwerkskunst vom 18. Oktober – 11. November 2007 in einer Galerie in Oslo. Die Ausstellung wurde vom Deutschen Botschafter in Norwegen eröffnet.

Im Rahmen der **Partnerschaft mit der finnischen Region Ostrobothnien** wurden 2007 seitens des Landes Projekte im Bereich Tanz und Literatur finanziell unterstützt. In 2008 wurde der Austausch in diesen Bereichen fortgesetzt und weiter gefördert.

Die grenzüberschreitende kulturelle Zusammenarbeit mit Dänemark und hier insbesondere mit der **Region Sønderjylland / ab 2007 Syddanmark** kann als erfolgreichste und kontinuierlichste kulturelle Kooperation im Ostseeraum bezeichnet wer-

den. Die Zusammenarbeit umfasst rund 250 Kooperationen zwischen Kulturschaffenden wie auch Institutionen beider Regionen. Die Kulturkooperationen konzentrieren sich auf die Grenzregion, aber auch landesweite Institutionen und Kulturschaffende aus anderen Landesteilen Schleswig-Holsteins verwirklichen in hohem Maße gemeinsame Projekte mit dänischen Kulturschaffenden. Insbesondere in den Sparten Bildende Kunst, Film, Musik, Museen und Theater (speziell Kindertheater) kann eine intensive kulturelle Kooperation auf allen Ebenen verzeichnet werden. Hier hat sich durch das unentwegte Bemühen beider Partnerregionen die Zusammenarbeit auf hohem Niveau verstetigt. Eine grenzüberschreitende deutsch-dänische Kulturarbeitsgruppe mit Vertretern der Region Syddanmark sowie der Kreise Nordfriesland, Schleswig-Flensburg und der Stadt Flensburg hat hieran maßgeblichen Anteil.

Als herausragendes Projekt ist das **deutsch-dänische Kindertheaterfestival** zu nennen, das im April 2008 diesseits und jenseits der Grenze in verschiedenen Veranstaltungsorten eine Vielzahl von Ensembles und Bühnen aus Dänemark und Deutschland präsentiert hat. Die Landesregierung ist bemüht, die deutsch-dänische Grenzregion in ihrer kulturellen Identität zu stärken.

2.2. Entwicklung des Ostseeraums zur maritimen Modellregion Europas

Auf Initiative der Landesregierung fand im September 2006 die **Konsultationskonferenz des Ostseeraums zum Grünbuch Europäische Meerespolitik** der Europäischen Kommission, das die Vorstellungen der Kommission für eine zukünftige Europäische Meerespolitik beinhaltet, in Kiel statt. Mitgastgeber waren die Freie und Hansestadt Hamburg und die Konferenz der Subregionen des Ostseeraums (Baltic Sea States Subregional Cooperation BSSSC)¹. Die **Schlusserklärung der Konferenz**² beinhaltet in ihrem ersten Teil eine Stellungnahme zur zukünftigen Ausgestaltung der Europäischen Meerespolitik aus Sicht des Ostseeraums und adressiert die EU-Kommission. Teil zwei der Schlusserklärung ist eine Selbstverpflichtung, den Ostseeraum bis zum Jahr 2015 zur maritimen Modellregion Europas zu entwickeln. Bestandteil der Zielsetzung ist die Entwicklung der Ostsee zum saubersten und sichersten Meer Europas. Der Ostseeraum soll Pilotregion für die nachhaltige Vereinbarkeit wettbewerbsfähiger Wirtschaft und gleichzeitig eines wirksamen Schutzes der maritimen Ökosysteme werden.

¹ zu BSSSC s. S. 12 ff.

² im Internet über www.maritimeconference2006.com/Presentations/Schlusserklaerung_german.pdf

Der **Ostseerat** wurde gebeten, die Initiative der Konferenz aufzugreifen und die Umsetzung zu koordinieren. Diese schleswig-holsteinische Initiative wird von den norddeutschen Ländern, der Bundesregierung und Ostseegremien wie dem Parlamentsforum Südliche Ostsee¹, der Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference - BSPC)² und der Konferenz der Subregionen des Ostseeraums (Baltic Sea States Subregional Cooperation - BSSSC) mitgetragen und unterstützt.

Der schleswig-holsteinische Europaminister hat sich als Vertreter der norddeutschen Länder beim Treffen der Außenminister des Ostseerates am 12./13. Juni 2007 in Malmö dafür ausgesprochen, Meerespolitik in die Liste der prioritären Themen der zukünftigen Arbeit des Ostseerates aufzunehmen und eine Task Force Meerespolitik zur Umsetzung der Kieler Erklärung einzusetzen.

Das Auswärtige Amt unterstützt die norddeutschen Länder in ihrem Engagement für eine Befassung des Ostseerats mit dem Thema Meerespolitik. Meerespolitik und maritime Wirtschaft sind als deutsche Prioritäten in die Diskussion um die zukünftigen thematischen Schwerpunkte des Ostseerats eingegangen.³

Auch im Rahmen von **BSSSC**⁴ engagiert sich die Landesregierung für gemeinsame meerespolitische Initiativen und Aktivitäten im Ostseeraum. Nachdem die Europäische Kommission im Oktober 2007 das sogenannte Blaubuch Meerespolitik mit einem Aktionsplan zur Realisierung einer Europäischen Meerespolitik⁵ vorgelegt hat, hat sich BSSSC hierzu auf Initiative Schleswig-Holsteins Ende 2007 mit einer Stellungnahme⁶ positioniert.

Die **BSSSC Stellungnahme zum Blaubuch Meerespolitik** betont die Notwendigkeit einer umfassenden Einbeziehung der regionalen Ebene und plädiert für eine Meeresraum bezogene Umsetzung der Europäischen Meerespolitik. Auch wenn das Blaubuch in weiten Teilen den Vorstellungen von BSSSC entspricht, wird eine stärkere Berücksichtigung der Meeresschutz bezogenen Belange eingefordert. Vor dem Hintergrund der ökologischen Situation der Ostsee sei die Einbeziehung meerespolitischer Ziele in die Gemeinsame Agrarpolitik und in Politikbereiche wie Immissions-

¹ Resolution des 5. Parlamentsforums Südliche Ostsee am 20. - 22. Mai 2007 im Internet über www.sh-landtag.de/aktuell/p-forum_suedl-ostsee/resolution-deutsch-ostateczna.pdf

² Resolution der 16. Ostseeparlamentarierkonferenz am 27./28. August 2007 im Internet über www.norden.org/bspcnet/seiten/16%20BSPC%20Resolution%20FINAL%2028_8_07%20GE.pdf

³ vgl. S. 10

⁴ Ausführliches zu BSSSC s. S. 12 ff.

⁵ Informationen zu Blaubuch und Aktionsplan der EU-Kommission im Internet über ec.europa.eu/maritimeaffairs/index_de.html

⁶ BSSSC Stellungnahme im Internet über: www.bsssc.com/section.asp?id=1815&pid=83

schutz und Oberflächengewässerschutz - wie bereits von der Kieler Konferenz gefordert - notwendig. Nationale Regierungen und EU-Kommission werden gebeten, bei der Umsetzung des Aktionsplans auf eine konsequente Berücksichtigung des integrativen Ansatzes hinzuwirken. Die Ziele der Kieler Meereskonferenz werden unterstrichen und der Ostseerat ein weiteres Mal gebeten, die Initiative der Konferenz aufzunehmen und die Umsetzung der Ziele zu koordinieren.

Schleswig-Holstein hat den Vorsitz in der 2007 gegründeten **BSSSC Arbeitsgruppe Meerespolitik** übernommen, der nach derzeitigem Stand (Mai 2008) Vertreter aus Dänemark, Norwegen, Polen und Schweden angehören. Die Arbeitsgruppe sieht ihre Aufgabe darin, gemeinsame meerespolitische Interessen der Regionen des Ostseeraums zu bündeln und im Rahmen politischer Initiativen und Modellprojekte (z.B. über das EU-Ostseeprogramm¹) voranzubringen und hiermit einen Beitrag zur Umsetzung des Ziels maritime Modellregion Ostseeraum zu leisten.

Die BSSSC Jahreskonferenz im September 2008 in Kaunas, die eine **BSSSC-Stellungnahme zur EU-Ostseestrategie**² formulieren wird, soll genutzt werden, um weitere Unterstützung für eine gemeinsame Meerespolitik des Ostseeraums zu akquirieren. In Abstimmung mit der EU-Kommission soll der Dialog zwischen den Regionen des Ostseeraums und der Kommission fortgesetzt werden. Unter Einbeziehung meerespolitischer Akteure z.B. des Ausschusses der Regionen und von HELCOM soll deutlich werden, welche Erwartungen der Ostseeraum hinsichtlich der Umsetzung des Aktionsplans Meerespolitik der EU-Kommission hat, welchen Stellenwert die Meerespolitik im Rahmen der EU-Ostseestrategie bekommen sollte und wie eine konstruktive Zusammenarbeit im Ostseeraum organisiert werden kann.

Der **HELCOM Ostsee-Aktionsplan**³ zielt darauf ab, die Ostsee zu einer Modellregion in Bezug auf den europäischen Meeresumweltschutz zu machen. Dieser Aktionsplan soll der regionale Ansatz zur Umsetzung der bevorstehenden EG-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie im Ostseeraum sein.

Auch über die 2007 gegründete **Ostseegruppe im Ausschuss der Regionen** (Inter-regional Group Baltic Sea Regions)⁴ beabsichtigt die Landesregierung eine gezielte Vertretung von Ostsee-Interessen im Bereich Meerespolitik auf Brüsseler Ebene.

¹ zum EU-Ostseeprogramm s. Kap. 1.3

² zur EU-Ostseestrategie s. S. 16 ff.

³ vgl. S. 15

⁴ vgl. S. 23

"Brot + Fisch. Leben für die Ostsee" ist ein langfristiges Kommunikationsprojekt¹. Es wurde initiiert und wird getragen von der Ökumenischen Stiftung für Schöpfungsbewahrung und Nachhaltigkeit aus Ratzeburg bei Lübeck und steht unter der Schirmherrschaft des EU-Kommissars für Fischerei und Maritime Angelegenheiten. Ziel des Projektes ist es, viele Institutionen des gesellschaftlichen Lebens im gesamten Ostseeraum anzuregen, ihre Verantwortung für den sie verbindenden Kultur-, Wirtschafts- und Lebensraum, insbesondere für den Schutz des Meeres, gemeinschaftlich wahrzunehmen. Als Instrument dafür dienen die "BROT + FISCH- Tage", eine innovative Veranstaltungsform, die in besonderer Weise dem interkulturellen Austausch und der Verknüpfung von verschiedenen Regionen des Ostseeraums und ihrer jeweiligen gesellschaftspolitisch verantwortlichen Institutionen dient. Im Rahmen von transdisziplinären Sommeruniversitäten in Ratzeburg wird das Projekt vertieft.

Der Europaminister wirbt im Rahmen politischer Besuche für die ostseeweite Etablierung des Projekts.

2.3. Ostseezusammenarbeit im Bereich der schulischen und beruflichen Bildung

Studenten-/Schüleraustausch und Schulpartnerschaften

Im Bereich Studenten-/Schüleraustausch und Schulpartnerschaften sind folgende Aktivitäten hervorzuheben:

- Ein **Austausch von Comenius²-Assistenzkräften** erfolgt im Rahmen des EU-Förderprogramms für lebenslanges Lernen. Im Schuljahr 2006/07 konnten schleswig-holsteinische Studentinnen und Studenten nach Dänemark, Finnland, Griechenland und das Vereinigte Königreich vermittelt werden, im Schuljahr 2007/2008 nach Finnland, Irland, Slowenien, Norwegen, Litauen, Dänemark und Griechenland. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhalten ein monatliches Stipendium sowie einen Zuschuss zu den Fahrtkosten.
- Die Beteiligung schleswig-holsteinischer Schulen am EU-Bildungsprogramm **Comenius-Schulpartnerschaften** stellt einen Schwerpunkt ihrer schulischen Arbeit dar: Innerhalb der Aktion Comenius-Schulpartnerschaften wurden insgesamt 25 Projekte mit 20 Partnern allein in der Ostseeregion durchgeführt.

¹ Brot + Fisch im Internet: www.bread-and-fish.de

² EU-Förderprogramm zur Zusammenarbeit von Schulen

Die Zahl der bezuschussten **Schulpartnerschaften** zwischen Schulen aus Schleswig-Holstein und Staaten des Ostseeraums ist weiter auf insgesamt 253 angestiegen. Besonders stark wurden die Beziehungen zu polnischen Schulen ausgebaut. Weiterhin gab es einen Ausbau der Partnerschaften mit Russland und den baltischen Staaten, während die Zahl der Partnerschaften mit Schulen aus skandinavischen Staaten stagnierte oder leicht rückläufig war:

Schulart	DK	EST	FIN	ISL	LET	LIT	POL	NOR	RUS	SWE
Sonderschulen	1	0	0	0	0	0	4	0	0	0
Grundschulen	1	0	0	0	0	0	2	0	0	0
Hauptschulen	2	0	1	0	2	0	2	0	0	0
Grund-/Hauptschulen	3	1	1	0	2	0	4	0	0	3
Realschulen	7	2	4	0	1	0	18	3	3	8
Gymnasien	9	8	7	0	1	5	44	6	13	13
Gesamtschulen	5	0	1	0	0	1	6	2	3	7
Berufsschulen	15	0	2	1	2	3	11	4	0	6
Gemeinschaftsschulen	1	1	0	0	0	0	1	0	0	0
Summe	44	12	16	1	8	9	92	15	19	37

Stand: April 2008

Grenzüberschreitende schulische Kooperation mit Süddänemark

Im Bereich der grenzüberschreitenden schulischen Kooperation steht die Institutionalisierung der „**Europaklasse Niebüll/Tønder**“ als ständiger deutsch-dänischer Zweig der Oberstufe an der Friedrich-Paulsen-Schule in Niebüll und dem Gymnasium Tønder (Tondern) im Vordergrund.

Im Jahr 2007 hat die erste Projektklasse den Durchlauf mit dem Abitur erfolgreich beendet. Das Modell einer gemischten Klasse mit deutschen und dänischen Schülerinnen und Schülern, mit Deutsch und Dänisch als verpflichtenden Fremdsprachen, weiteren Unterrichtsfächern in Englisch und einem Abitur, das zum Studium in Deutschland und Dänemark berechtigt, ist gut angenommen worden und erfreut sich reger Nachfrage. Die verbindende Wirkung der Klasse reicht weit über das schulische Geschehen hinaus und vermittelt beiden Seiten weit reichende Einblicke in die jeweilige Kultur.

Mit der im Schuljahr 2007/08 angelaufenen zweiten Europaklasse soll die Institutionalisierung als ständiger Zweig der Oberstufe herbeigeführt werden. Probleme aus der ersten Phase werden bearbeitet und führen zu inhaltlichen

Anpassungen, ebenso wie die Verkürzung des Gymnasiums auf acht Jahre. Weiterhin ist eine intensive Begleitung notwendig, um die Anpassungsprozesse im Sinne beider Seiten zu steuern. Akteure auf deutscher Seite sind das Ministerium für Bildung und Frauen, der Kreis Nordfriesland bzw. zukünftig das Amt Sydtønder (Südtøndern) und die Friedrich-Paulsen-Schule; auf dänischer Seite das Gymnasium Tønder. Die nächsten fünf Jahre sind als Institutionalisierungsphase anzusehen. Nach Ablauf von fünf Jahren soll eine Bewertung erfolgen.

Mit Einführung der Profiloberstufe in Dänemark haben sich die Voraussetzungen für die Zuerkennung des direkten Zugangs zu deutschen Hochschulen für Absolventinnen und Absolventen des Gymnasiums Apenrade geändert. Dem Land Schleswig-Holstein ist es nunmehr möglich, allen Absolventinnen und Absolventen des deutschen Gymnasiums Apenrade, Schule der deutschen Minderheit in Nordschleswig, die Mathematik auf A-Niveau oder B-Niveau nachweisen können, die Berechtigung zum direkten Hochschulzugang zu den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland zu bestätigen.

Grenzüberschreitende berufsbildende Kooperation mit Süddänemark

Ziel der Landesregierung ist und bleibt es, Impulse zu geben für einen stärkeren grenzüberschreitenden Auszubildendenaustausch, um die Mobilität und Qualifizierung zu erhöhen.

Im Rahmen des dänisch-deutschen Forums „**Grenzüberschreitende Ausbildung und Arbeitsmarkt**“ werden gemeinsame Aktivitäten im Bereich Ausbildung und Arbeitsmarkt koordiniert und geplant. Seit 2004 hat das Forum verschiedene Projekte entworfen, die seitdem weiter entwickelt wurden. Unter anderem ist eine Fachgruppe speziell um das Projekt „Grenzüberschreitende Berufsbilder“ entstanden.

Ein wesentlicher Arbeitsinhalt ist das im Rahmen von INTERREG III A¹ geförderte Projekt „**NetBS – Netzwerk der Berufsschulen Sønderjylland – Schleswig**“. Dieses Projekt dient dem Aufbau und der Vertiefung einer zukunftsorientierten Struktur in der Zusammenarbeit der beruflichen Schulen in der Region Sønderjylland/Schleswig. Über sechs Einzelprojekte sind auf der dänischen Seite vier berufliche Schulen und auf der deutschen Seite alle sechs beruflichen Schulen der Kreise Schleswig-Flensburg, Nordfriesland und der Stadt Flensburg an der Projektarbeit beteiligt. Das Projekt zielt unter anderem auf den Abbau sprachlicher und kultureller Barrieren dies- und jenseits der Grenze bereits während der Ausbildung.

¹ zu INTERREG A s. S. 30 ff.

Ein weiteres Projekt zielt darauf ab, drei **grenzüberschreitende Ausbildungsgänge** zu schaffen. Eine Fachgruppe aus Vertretern der Wirtschaft und der Beruflichen Schulen wurde gebildet. Die drei Ausbildungsgänge Mechatronik, Industriekaufmann und Restaurantservice sind zunächst ausgewählt. Die Arbeitsgruppe prüft derzeit weitere Ausbildungsgänge.

Kooperationen im Bereich der Lehreraus- und -fortbildung

Die Universität Flensburg und das University College Syd (früher: CVU Sønderjylland) mit den Partnern EULE (Gemeinsame Einrichtung der Universität Flensburg und des IQSH für Unterrichtsentwicklung, Lernkultur und Evaluation) und dem Amtscenter for undervisningsmidler Apenrade führen seit dem 1. August 2006 bis zum 30. Oktober 2008 ein INTERREG A Projekt „**LEARNER – Lernen in der Region**“ durch. Ziel dieses Projektes ist die Errichtung eines Netzwerkes von pädagogischen Ausbildungsinstitutionen, das einen Austausch von Personen, Lehrangebot und Wissen über die dänisch-deutsche Grenze sichern kann. Ein weiteres Ziel ist es, die Qualität des Lehrangebotes für Studierende und fertig Ausgebildete zu stärken und die Kompetenzentwicklung zwischen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Partnereinrichtungen voranzubringen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind Unterrichtende, Forscher und Berater der Partnerinstitutionen. Die Zielgruppen sind Lehramts- und Pädagogikstudierende, fertig ausgebildete Erzieher, Pädagogen, Lehrer und Schulleitung oder Führungskräfte.

Im Rahmen eines 10-wöchigen „**Mini-Referendariats**“ in Schleswig-Holstein (3. März – 10. Mai 2008) absolvieren angehende Deutschlehrerinnen und -lehrer aus Polen und Schweden ein umfangreiches Praktikums- und Seminarprogramm mit dem Ziel, sich auf ihren späteren Beruf mit einem Aufenthalt in Deutschland vorzubereiten. Die Studentinnen und Studenten sind in Flensburger Gastfamilien untergebracht. Das Programm beinhaltet neben der fachlichen Ausbildung (Praktika, Hospitationen, Seminare und Vorträge) ein umfangreiches Kulturprogramm sowie Exkursionen nach Kiel, Hamburg, Bremen und Dänemark. Darüber hinaus erhalten die Gaststudenten die Gelegenheit, sich in das Campusleben an der Universität zu integrieren. Sie hospitieren in Universitätsseminaren und nutzen die vielfältigen Angebote des Hochschulsports, der Hochschulbibliothek und anderer hochschulischer Einrichtungen. Die Begegnungen mit Flensburger Studentinnen und Studenten werden auch dadurch unterstützt, dass sie als sog. „Tandempartner“ die Gäste während ihres Aufenthaltes in Flensburg zusätzlich begleiten.

Das Programm wird organisiert von der EULE (s.o.) in Kooperation mit der Deutschen Auslandsgesellschaft mit Sitz in Lübeck. Die finanzielle Förderung erfolgt durch das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland.

Das Austauschprojekt ist als Pilotprojekt Bestandteil einer umfassenden Strategie des Auswärtigen Amtes, das Interesse an der Ausbildung zur Deutschlehrkraft in den Ostseeanrainerstaaten zu wecken und zu erhöhen. Es gibt Absichtserklärungen, in den Folgejahren weitere Programme mit Studentinnen und Studenten aus den skandinavischen und baltischen Ländern an der EULE und an der Universität Flensburg anzusiedeln.

2.4. Entwicklung der Ostseeregion zu einer Region ziviler Sicherheit

Polizeiliche Zusammenarbeit

Im Rahmen des im Mai 2007 stattgefundenen Besuchs des Innenministers bei den Innenministern und den Polizeien der drei **baltischen Staaten** wurden die Protokollvereinbarungen zur polizeilichen Zusammenarbeit aktualisiert und vereinheitlicht. Ferner wurden **Aktionspläne** vereinbart, deren Inhalte sich mit konkreten polizeilichen Schwerpunkten beschäftigen und jährlich aktualisiert und evaluiert werden. Die Aktionspläne umfassen ferner die Möglichkeit von Hospitationen, die Bildung gemeinsamer Ermittlungsgruppen und eine engere Zusammenarbeit.

Auf Grund der im Juni 2006 aktualisierten Protokollvereinbarung im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit zwischen der Landespolizei Schleswig-Holstein und der Polizei in der **Region (Oblast) Kaliningrad** haben sich die bestehenden Kontakte vertieft.

Im Zuge des INTERREG III A-Projektes¹ „**Grenzüberschreitendes deutsch-dänisches Fortbildungsprojekt der Polizei**“² der Regionen Ostholstein/Lübeck und Storstrøms Amt waren im Oktober 2007 dänische Polizeibeamte im Landeskriminalamt zu Gast, um sich über verschiedene Arbeitsbereiche zu informieren, insbesondere in den Bereichen Interpol, Terrorismus und Kriminaltechnik. Ziel des Projektes ist es, über Erfahrungs- und Wissensaustausch Impulse für eine zukunfts- und

¹ zu INTERREG A s. S. 30 ff.

² nähere Informationen zu diesem Projekt im Internet:
www.fehmarnbeltregion.net/de/projekte/ireg_strukturen.php?

aufgabenorientierte grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu geben und diese nachhaltig zu sichern und auszuweiten.

Mit den Polizeibehörden aller Ostseeanrainerstaaten findet fall- und anlassbezogen ein regelmäßiger **Austausch von Informationen und Lagebildern** statt, um auch zukünftig Maßnahmen enger abzustimmen und zu koordinieren.

Ein regelmäßiger Austausch von Informationen und Lagebildern findet mit der Kooperationsgemeinschaft Schengen-Süd und der Bürogemeinschaft Padborg (gemeinsame Dienststelle von Landes-, Bundespolizei und deutschem und dänischem Zoll) statt. Sie ist Ansprechstelle für grenzüberschreitende Auskunfts- und Ermittlungersuchen nach Dänemark und nach ganz Skandinavien und leistet einen schnellen und unbürokratischen Service für anfragende Dienststellen. Daneben gibt es eine Zusammenarbeit mit der regionalen Auswertestelle in Dänemark, die sich mit analytischen Aufgabenstellungen befasst und in Kolding beziehungsweise zukünftig in einer neu eingerichteten Dienststelle in Esbjerg angesiedelt ist.

Der Ostseerat¹ hat bereits 1996 eine **Task Force Organisierte Kriminalität**² eingesetzt, deren Mandat zunächst bis Ende 2008 verlängert wurde. Ziel ist die Vereinfachung der Zusammenarbeit der Vollzugsbehörden. Ein Vertreter des Landeskriminalamtes (LKA) nimmt an den Sitzungen des Operativen Ausschusses (Operative Committee - OPC) sowie der Expertengruppe Drogen teil. Er hat daneben den Vorsitz in der Arbeitsgemeinschaft zur Bekämpfung des Rauschgifthandels Nord-Ost, die bereits 1978 unter Federführung des LKA Schleswig-Holstein gegründet wurde. Ihr gehören Mitglieder aus Norwegen, Dänemark, Schweden, Finnland, Lettland, Litauen, den Niederlanden und Deutschland (Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Brandenburg, Bundeskriminalamt, Zollkriminalamt) an.

Austausch im Bereich der Polizeiausbildung

Im September 2007 wurde durch das Innenministerium mit dem Juristischen Institut **Kaliningrad**, der dortigen Ausbildungseinheit der Polizei, eine Zusammenarbeitsvereinbarung unterzeichnet, auf deren Grundlage bereits die ersten Dozenten- und Studentenaustausche mit der Fachhochschule Altenholz sowie der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung sowie der Bereitschaftspolizei stattgefunden haben. Weiterer Austausch ist geplant.

¹ vgl. S. 9 ff.

² Informationen zur Task Force im Internet: www.cbss.st/summits/dbaFile671.html

2.5. Entwicklung der Ostsee zum weltweit sichersten Seeverkehrsgebiet

Zusammenarbeit zum Schutz der Meere

Die **internationalen Kooperationen zum Schutz der Ostsee**, an denen auch Schleswig-Holstein beteiligt ist, fordern die Umsetzung von Maßnahmen zur Entwicklung der Ostsee zum sichersten bzw. saubersten Seeverkehrsgebiet und zu einem ausreichend geschützten und letztlich ökologisch intakten Meeresgebiet. Um diesen Zustand zu erreichen, müssen die im Hinblick auf den steigenden Seeverkehr ergriffenen Maßnahmen geeignet sein, negativen Umweltauswirkungen durch die Schifffahrt vorzubeugen. Zu diesen Maßnahmen und Zielen zählen:

- schnellstmögliche nationale Ratifizierung und Umsetzung von internationalen Regelwerken,
- Bekämpfung illegaler Einleitungen,
- sicherer Schiffsverkehr ohne unfallbedingte Verschmutzungen,
- effektive Notfallkonzepte und -kapazitäten,
- Minimierung der Verschmutzung durch Schiffsabwässer,
- keine Einschleppung von gebietsfremden Arten durch Schiffe,
- Minimierung der Luftverschmutzung durch Schiffe,
- keine Einträge von offshore-Plattformen,
- Minimierung der Umweltgefährdung durch küstenferne Bauwerke.

Maßgeblich für die Erarbeitung dieser Forderungen und Maßnahmen sind auf globaler Ebene die Internationale Seeschifffahrtsorganisation (International Maritime Organisation - IMO) und auf regionaler Ebene die Helsinki Kommission (Kommission für den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets - HELCOM)¹. Das Umweltministerium ist in verschiedenen Fachgremien dieses Übereinkommens vertreten, die sich mit der Überwachung und Bewertung des Zustands der Ostsee sowie dem nachhaltigen Arten- und Habitatschutz befassen, und wird sich hier auch weiterhin für die oben genannten Ziele einsetzen.

Zusammenarbeit im Bereich des Transportes gefährlicher Güter

Im Rahmen des Transportes gefährlicher Güter mit RoRo-Schiffen existiert seit vielen Jahren ein „**Memorandum of Understanding**“ (MoU) zur Erleichterung des Gütertransports mit Straßen- und Schienenfahrzeugen über die Ostsee. Mitgliedsstaaten sind derzeit Dänemark, Schweden, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen und Deutschland. Diesem MoU liegt die Idee zugrunde, dass die internationalen Trans-

¹ zu HELCOM s. S. 15

portvorschriften für gefährliche Güter auf Schiene und Straße weitestgehend auch für die Passage mit RoRo-Schiffen über die Ostsee zur Anwendung kommen sollen.

Zur Vermeidung unverträglicher Sicherheitslücken sind ergänzende Vorschriften, z. B. bezüglich erhöhter technischer Anforderungen an die Schiffe, die Gütertransporte nach dem MoU durchführen wollen, geschaffen worden. Ferner wurde zwischen den Mitgliedstaaten ein abgestimmtes Überwachungsregime vereinbart, nach dem bestimmte Zeiträume als gemeinsame Kontrollschwerpunkte („Joint Checks“) ausgewiesen und deren Ergebnisse im Anschluss durch eine koordinierende Stelle zusammengetragen, aufbereitet, ausgewertet und schließlich wieder an die Mitgliedstaaten zurück übermittelt werden. In Deutschland werden diese Kontrollen vornehmlich durch die Wasserschutzpolizeien durchgeführt. Bis zur 31. MoU Konferenz im August 2007 lag die Aufgabe des Kontroll-Koordinators bei Deutschland und wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung durch das Innenministerium Schleswig-Holstein durchgeführt. Seit August 2007 wird diese Aufgabe von Schweden wahrgenommen, so dass nunmehr die Kontrollergebnisse der Wasserschutzpolizei Schleswig-Holstein direkt an die Schwedische Küstenwache gemeldet werden.

Zusammenarbeit mit Dänemark im Bereich Katastrophenschutz

Auf Anregung des Innenministeriums Schleswig-Holstein – Amt für Katastrophenschutz – führten deutsche und dänische Rettungskräfte am 28. April 2007 die Übung "DanGerEx07" zur Brandbekämpfung und Verletztenversorgung auf See in der Flensburger Förde durch. Die Vorbereitungsgruppe setzte sich aus deutschen und dänischen Behörden und Organisationen zusammen. Die Federführung lag beim deutschen Havariekommando. Beteiligte Einsatzkräfte waren u. a. die dänische Marine, die dänischen Katastrophenschutzeinheiten der Danish Emergency Management Agency - DEMA, Rettungsdienste, die Berufsfeuerwehren Flensburgs und Bremens, die deutsche Marine, Wasserschutzpolizei, die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS), Wasser- und Schifffahrtsverwaltung, Bundespolizei und weitere Mitwirkende. Insgesamt waren 350 Menschen, 22 Schiffe und 2 Hubschrauber beteiligt.

Ziel der Vollübung war die Erprobung der bilateralen Zusammenarbeit zwischen Dänemark und Deutschland, insbesondere der Kommunikation untereinander und zwischen den Organisationen und Einheiten beider Länder. Zu diesem Zweck wurde die Havarie eines Fahrgastschiffes im deutsch-dänischen Grenzgebiet in der Flensburger Förde mit einem Brand an Bord und einem Massenansturm von Verletzten simuliert.

Eine besondere Herausforderung stellte die länderübergreifende Koordination der Einsatzkräfte und die Übergabe der Verletzten an Land dar. Nach Einschätzung des federführenden Havariekommandos haben die aufgebauten Strukturen funktioniert und stellen eine gute Basis für eine weitere internationale Zusammenarbeit dar.

Automatisches Schiffsidentifizierungssystem (AIS) Ostsee

Alle verkehrlich relevanten Bereiche in der Ostsee sind durch AIS Automatic Identification System abgedeckt. AIS ist ein automatisches Schiffsidentifizierungssystem. Für alle Schiffe über 300 BRZ existiert eine AIS-Ausrüstungspflicht entsprechend der Vorschriften der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (IMO). AIS ist ein zusätzliches Hilfsmittel und dient der Vermeidung von Kollisionen auf See, dem automatischen Informationsaustausch zwischen Schiffen untereinander und mit Landstationen sowie mit den Verkehrszentralen an der Küste als ergänzendes Mittel zur maritimen Verkehrssicherung. Noch innerhalb des Jahres 2008 wird das gesamte deutsche Hoheitsgebiet erfasst werden und dann eine Ausdehnung auch auf die ausschließliche Wirtschaftszone erfolgen.

Mit Hilfe von AIS wird der Schiffsverkehr in der Ostsee überwacht und zwischen den beteiligten Staaten ausgetauscht. AIS trägt wesentlich zur Sicherheit der Navigation, von Leben auf See, dem Schutz der maritimen Umwelt und damit des Schiffsverkehrs insgesamt bei.

Notliegeplätze

Die Bund-Küstenländer-Vereinbarung über die Zuweisung eines Notliegeplatzes im Rahmen der Maritimen Notfallvorsorge wurde im Gesetz vom 12. Februar 2005 in Schleswig-Holstein umgesetzt. Durch die Vereinbarung wird sichergestellt, dass insbesondere bei komplexer Schadenslage die Entscheidung über das Anlaufen eines Notliegeplatzes zügig unter sorgfältiger Abwägung der Interessen aller Beteiligten getroffen werden kann. Das Havariekommando in Cuxhaven wendet im Fall einer komplexeren Schadenslage oder auf Ersuchen eines Küstenlandes die Notliegeplatzvereinbarung unter Zugrundelegung der gemeinsamen Verfahrensregelungen im Rahmen der Maritimen Notfallvorsorge an und übernimmt die Einsatzleitung.

Das Havariekommando hält im Einsatzfall u. a. intensiv Kontakt zu den örtlich zuständigen Hafenbehörden, den Wasser- und Schifffahrtsämtern, der zuständigen Wasser- und Schifffahrtsdirektion und der für das Revier zuständigen Lotsenbrüderschaft sowie dem Kapitän, Berger und Versicherer des Havaristen. Durch diese intensive Zusammenarbeit ist gewährleistet, dass die lokalen Gegebenheiten des er-

forderlichen Notliegeplatzes in ihrem jeweils aktuellen Zustand sowie alle notwendigen und verfügbaren Lageinformationen zum aktuellen Notfall ausgetauscht und abgewogen werden können.

Notschlepper Ostsee

Zum maritimen deutschen Unfallmanagement zählt ein Notschleppkonzept, das ein Gesamtkonzept zur Ausrüstung und zum Einsatz von Notschleppern in Nord- und Ostsee beinhaltet und die gesamten deutschen Küsten abdeckt. Für die Ostsee sind in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern 3 Schlepper und 2 Mehrzweckschiffe stationiert und wie folgt eingesetzt:

Kiel	1 Schlepper	Kieler Förde
Kiel	1 Mehrzweckschiff	Fehmarnbelt
Warnemünde	1 Schlepper	westlicher Teil Kadettrinne
Sassnitz	1 Schlepper	Pommersche Bucht
Sassnitz	1 Mehrzweckschiff	östlicher Teil Kadettrinne

Mit der vor kurzem erfolgten Ausschreibung für einen neuen Notschlepper soll der in Warnemünde stationierte Schlepper durch ein neues Schiff ersetzt werden. In der Vergangenheit hat sich das Notschleppkonzept bei verschiedenen Havarien als Baustein der „Maritimen Notfallvorsorge“ bewährt.

Tiefwasserweg / Verkehrstrennung in der Ostsee

Das seit dem 1. Juli 2006 eingerichtete neue Wegführungssystem für große, tiefgehende Schiffe in der westlichen Ostsee zwischen der Kadettrinne und Bornholm hat sich in der Schifffahrt bewährt. Die Gefahr von Kollisionen in diesem Seegebiet ist merklich zurückgegangen. Dies hat eine Arbeitsgruppe der Hochschule Warnemünde anhand der Auswertung von AIS-Daten (Erfassung der Fahrtrouten) der in diesem Seegebiet verkehrenden Schiffe ermittelt.

Eine Arbeitsgruppe der HELCOM¹ prüft derzeit die Möglichkeiten zur weiteren Einrichtungen von Verkehrstrennungsgebieten in der Ostsee um damit den Schiffsverkehr noch sicherer zu machen.

Zur navigatorischen Unterstützung steht seit 2007 der Schifffahrt der „**Mariners' Routeing Guide Baltic Sea**“ zur Verfügung. In dieser Übersichtskarte werden alle Transitwege für die gesamte Ostsee dargestellt. Neben der grafischen Darstellung der

¹ zu HELCOM s. S. 15

Schiffahrtswege enthält der „Mariners Routeing Guide Baltic Sea“ auch weiterführende sicherheitsrelevante Informationen über Schiffsmelde- und Verkehrsüberwachungssysteme, Überseelotsungen und Eisdienste. Diese Übersichtskarte soll noch in 2008 auch als elektronische Seekarte erhältlich sein.

2.6. Profilierung der Ostseeregion als Modell nachhaltiger Entwicklung

Bereits kurz nach der Überwindung der politischen Teilung begann Anfang der 1990er Jahre die Zusammenarbeit zu **Raumordnung und -entwicklung in der Ostseeregion**, die darauf angelegt war und ist, diesem Raum ein Leitbild und konkrete Entwicklungsimpulse zu geben.

Im Jahr 1994 nahm die 3. Konferenz der für Raumordnung und -entwicklung zuständigen Minister von elf Ostseeanrainer- und -nachbarstaaten ein solches gemeinsames Leitbild unter dem Namen „**Vision and Strategies around the Baltic Sea 2010 – VASAB 2010**“ an. Es stellte gleichzeitig das erste Leitbild zur Raumentwicklung eines großen staatenübergreifenden Kooperationsraumes weltweit dar. Die Umsetzung dieses Leitbildes wurde danach durch gemeinsame Aktionen und Projekte vorangebracht. Die Bezeichnung „VASAB 2010“ steht seitdem als Synonym für diese Zusammenarbeit.¹

Gegenwärtig erarbeitet das zuständige Arbeitsgremium, das Komitee für Raumentwicklung der Ostseeregion (Committee for Spatial Development of the Baltic Sea Region - CSD-BSR) im Auftrag des Ostseerates und der Raumordnungsministerkonferenz der Ostseestaaten eine **langfristige Strategie zur Raumentwicklung für die Ostseeregion** (Long-Term Perspective). Schwerpunkte sind die Förderung der Zusammenarbeit und bessere Erschließung der Innovationspotentiale der Städte und Regionen, effizientere Formen der räumlichen Organisation, insbesondere der Stadt-Land-Zusammenarbeit, die Verkehrsintegration und Verbesserung der Erreichbarkeit sowie die nachhaltige Nutzung der Meeresressourcen und Förderung einer integrierten Entwicklung der Meeres- und Küstenregionen. Damit wird auch ein Beitrag zur Anwendung der im Mai von den Ministerinnen und Ministern für Stadt- und Raumentwicklung verabschiedeten „Territorialen Agenda der Europäischen Union“² und der „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“³ geleistet.

¹ VASAB 2010 im Internet: www.vasab.org

² nähere Informationen zur Territorialen Agenda der Europäischen Union im Internet: www.bmvbs.de/Raumentwicklung-,1501.963052/Territoriale-Agenda-der-Europa.htm

³ nähere Informationen zur Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt: www.bmvbs.de/Raumentwicklung-,1501.982764/Leipzig-Charta-zur-nachhaltige.htm

Raumordnerische Zusammenarbeit mit Dänemark

Die ostseeweit ausgerichtete Zusammenarbeit der Raumordner wird durch die gewachsene und weiterzuentwickelnde raumordnerische Zusammenarbeit Schleswig-Holsteins mit seinem Nachbarland Dänemark flankiert und konkretisiert.

So wird aktuell die in der Vergangenheit mit der Amtskommune Sønderjylland begonnene Kooperation der Landesplanung nun mit der Region Syddanmark fortgesetzt und vertieft.

Auf Grund der vereinbarten gegenseitigen Beteiligung bei der Aufstellung der Entwicklungspläne haben sowohl die Region Syddanmark als auch die großen Kommunen im südlichen Grenzbereich Dänemarks im Rahmen des Anhörungs- und Beteiligungsverfahrens zur Aufstellung des Landesentwicklungsplanes des Landes Schleswig-Holstein die Möglichkeit zur Stellungnahme bekommen.

Außerdem haben zum Informations- und Erfahrungsaustausch im Jahr 2007 erneut zwei Workshops - einer in Dänemark im Mai und in Kiel im November - stattgefunden, in denen diverse für beide Seiten relevante Themen wie z.B. die mögliche Einrichtung eines gemeinsamen Geoportals und grenzüberschreitende Transport- und Logistikthemen, unter Beteiligung auch der anderen in Schleswig-Holstein zuständigen Ressorts, behandelt wurden. Für das Jahr 2008 ist ein weiterer Workshop geplant, der im Herbst in Dänemark stattfinden soll.

Darüber hinaus hat die Region Syddanmark ihr Interesse bekundet, in einzelnen Teilprojekten des vom Bund geförderten Modellprojektes der Raumordnung (MORO) „Großräumige Partnerschaft Norddeutschland / Metropolregion Hamburg“ - einer Kooperation der vier norddeutschen Länder Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen sowie der Metropolregion Hamburg - mitarbeiten zu wollen. Die genaue Ausgestaltung der Beteiligung wird derzeit zwischen den federführenden Verantwortlichen der insgesamt 11 Teilprojekte und den dänischen Partnern abgeklärt.

Baltic 21¹

Eine Etablierung der Ostseeregion als Modell nachhaltiger Entwicklung stellt die „Baltic 21“ dar. Als konkretes Programm zur Nachhaltigkeit im Ostseeraum wurde sie vom Ostseerat als regionale Agenda 21 im Jahr 1998 verabschiedet. Damit haben

¹ Baltic 21 im Internet: www.baltic21.org

sich die Ostseeländer zur gemeinsamen Arbeit für eine **nachhaltige regionale Entwicklung im Ostseeraum** verpflichtet.

Das Umweltministerium gestaltete den Reformprozess von Baltic 21 aktiv mit, indem es bis Ende 2007 den Vertreter der Konferenz der Subregionen des Ostseeraums (Baltic Sea States Subregional Cooperation - BSSSC)¹ im Lenkungsausschuss der Baltic 21 stellte. Hierbei bestand die Hauptaufgabe der letzten Jahre darin, die Baltic 21-Arbeit zu verstetigen und konkrete Umsetzungsergebnisse zu vereinbaren und sichtbar zu machen.

So wurde beispielsweise durch intensives Betreiben des Umweltministeriums im Jahr 2005 das INTERREG III B-Projekt A.S.A.P.² als Leuchtturmprojekt von Baltic 21 anerkannt. Das Projekt hat Konzepte zur regionalen Entwicklung im Schnittpunkt von Nachhaltigkeit und demographischem Wandel erarbeitet und Partner aus Dänemark, Schweden, Finnland, Russland, Estland, Lettland und Deutschland einbezogen. An diesem Projekt beteiligten sich zahlreiche schleswig-holsteinische Partner, darunter die Abteilung Landesplanung des Innenministeriums. Das Projekt ASAP wurde im Dezember 2007 offiziell abgeschlossen.

Aktuell befindet sich die Verankerung des Aspektes Klimaschutz in der Baltic 21 im ostseeweiten Abstimmungsprozess.

Zusammenarbeit im Bereich Klimaschutz

Das Thema Klimaschutz ist auch im Rahmen der Kooperation zwischen Schleswig-Holstein und Syddanmark als ein neuer Schwerpunkt im gemeinsamen Arbeitsprogramm für 2008 vorgesehen. Die Zusammenarbeit zielt u. a. auf einen grenzüberschreitenden Austausch der Politikansätze zum Klimaschutz und auf eine Sondierung ggf. weiterführender Kooperationsansätze, etwa im Rahmen der Ostseezusammenarbeit.

Zusammenarbeit im Bereich Meeresschutz

Übergeordnetes Ziel der Zusammenarbeit im Ostseeraum ist die Stärkung des Standortes Schleswig-Holstein. Wirtschaftliche Chancen im Ostseeraum sollen gezielt genutzt und gleichzeitig die marine Umwelt nachhaltig geschützt und erhalten werden. In diesem Zusammenhang ist insbesondere die Kooperation der Ostseerainerstaaten im Rahmen der **Helsinki Kommission zum Schutz der Meeresum-**

¹ zu BSSSC s. S. 12 ff.

² Informationen zum INTERREG-Projekt s. Anhang 1

welt (HELCOM)¹ zu nennen. Das Umweltministerium ist in verschiedenen Fachgremien dieses Übereinkommens vertreten, die sich mit der Überwachung und Bewertung des Zustands der Ostsee sowie dem nachhaltigen Arten- und Habitatschutz befassen.

Aber auch die **EG-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie**, die voraussichtlich im Laufe des Jahres 2008 in Kraft treten wird, zielt auf den nachhaltigen Schutz der gesamten europäischen Meeresgewässer und damit auch der Ostsee ab. Sie stellt die Umweltsäule der Europäischen Meerespolitik dar und fordert einen europäischen Meeresschutz nach einheitlichen Grundsätzen und Kriterien. Dadurch sollen Wettbewerbsneutralität im Umweltschutz sichergestellt und marine Ressourcen nachhaltig geschützt werden. Bis zum Jahr 2020 soll der gute Zustand der Meeresumwelt erreicht sein. An der Entwicklung dieser Strategie war das Umweltministerium seit Oktober 2003 mit einem offiziell benannten Ländervertreter beteiligt und wirkte in den entscheidenden Fachgremien mit. Diese setzen ihre Arbeit mit schleswig-holsteinischer Beteiligung fort, um die Weiterentwicklung und Umsetzung der Strategie zu gewährleisten.

In dem in allen drei deutsch-dänischen INTERREG A-Regionen² gemeinsam durchgeführten Projekt "Die marine Umwelt der westlichen Ostsee (MAEWEST: Marine Environment of the Western Baltic Sea)" wurden IT-gestützte Werkzeuge für ein **verbessertes Umweltmanagement in der westlichen Ostsee** entwickelt. Neben einem operationellen Modell, das den aktuellen Zustand der Ostsee bestmöglich reproduziert, wurden mehrere Szenarienmodelle (u. a. für die Kieler und Flensburger Förde) entwickelt, mit deren Hilfe die Auswirkungen geplanter Maßnahmen auf Wasserqualität, Eutrophierungszustand und Sauerstoffgehalt simuliert werden können. Auf schleswig-holsteinischer Seite war das Landesamt für Natur und Umwelt Projektpartner für alle drei INTERREG-Regionen, auf dänischer Seite waren die Amtskommunen Sønderjylland, Fyn und Storstrøm beteiligt. Das Projekt wurde im April 2007 erfolgreich abgeschlossen.

Das INTERREG III B-Projekt³ „Baltic Haz Control“ zielte auf die Entwicklung und institutionelle Etablierung eines transnationalen Monitoringsystems für gefährliche Abfallströme in der Ostseeregion ab. Unter Projektführung der schleswig-holsteinischen Gesellschaft für die Organisation der Entsorgung von Sonderabfällen mbH (GOES) in Neumünster waren nationale Netzwerke aus Deutschland (hier Schleswig-Holstein

¹ zu HELCOM s. S. 15

² zu INTERREG A s. S. 30 ff.

³ zu INTERREG III B s. Kapitel 1.3

und Hamburg), Norwegen, Finnland, Estland, Litauen und Lettland beteiligt. In dem Projekt wurden prioritäre Abfallströme festgelegt, eine einheitliche Struktur für die Erfassung der Abfalldaten definiert und eine internetbasierte Kommunikationsplattform aufgebaut. Das Projekt endete 2007 erfolgreich und wird derzeit ausgewertet.

Zusammenarbeit im Bereich Naturschutz

Auf Anregung des Regionskontors Sønderjylland-Schleswig¹ wurde im Herbst 2005 das INTERREG A-Projekt² „**Naturerlebnis Flensburger Außenförde**“ initiiert. Zusammen mit der unteren Naturschutzbehörde des Kreises Schleswig-Flensburg, den Ämtern Gelting, Steinbergkirche und Langballig, der Stadt Glücksburg und der Stiftung Naturschutz wurde ein Projekt entwickelt, das auf deutscher Seite ein Volumen von 335.000 € hatte. Die Gesamtlaufzeit des Projektes ist vom Januar 2006 bis zum Oktober 2008. Kooperationspartner auf dänischer Seite sind die Kommune Sønderburg und die dänische Forstverwaltung in Grasten (Gravenstein). Das Gesamtvolumen auf dänischer Seite beträgt ca. 4 Mio. Kronen.

Kernziel ist die Verbesserung des Lebensraumes auf beiden Seiten der Förde durch die Schaffung von Kleingewässern und die Verbesserung der Erlebbarkeit der Natur sowie die zweisprachige Information über die Natur und ihre Zusammenhänge. Die sehr gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit der deutschen und dänischen Partner in diesem grenzüberschreitenden Naturschutzprojekt ist ein wesentlicher Maßstab für den sich abzeichnenden Erfolg des Projekts und soll weiter gepflegt und optimiert werden.

Die LIFE³-Naturschutzinitiative der Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein „Balt-Coast“ (Rehabilitation of the Baltic Coastal Lagoon Habitat Complexes)⁴ befasst sich mit **Schutz und Wiederherstellung von Küstenlagunen-Dünen-Komplexen**. In 34 Projektgebieten in Dänemark, Schweden, Estland, Litauen und Deutschland werden hierzu konkrete Maßnahmen zur Habitatverbesserung durchgeführt. Vorbereitet und begleitet werden die Maßnahmen durch intensiven Fach-Austausch der internationalen Experten mit den Stakeholdern und Managern vor Ort. Ergebnis wird u. a. die

¹ Das Regionskontor im dänischen Pattburg ist das gemeinsame Sekretariat der Region Sønderjylland-Schleswig für die Regionalversammlung, den Vorstand, die Ausschüsse und die ständigen Fachgruppen. Gleichzeitig können sich alle interessierten Bürgerinnen und Bürger, Organisationen, Einrichtungen, Behörden, Firmen usw. an das Regionskontor wenden, um Informationen einzuholen und Kontakte mit Partnern in allen möglichen Bereichen im jeweils anderen Land usw. herzustellen.

² zu INTERREG A s. S. 30 ff.

³ Das EU-Förderprogramm LIFE-Natur fördert Naturschutzprojekte zur Erhaltung oder Wiederherstellung von natürlichen Lebensräumen und von Populationen wildlebender Pflanzen und Tiere

⁴ BaltCoast im Internet: www.life-baltcoast.eu

Erarbeitung eines Leitfadens zur Renaturierung von Lagunen-Dünenkomplexen sein. Das gesamte Projekt hat eine Laufzeit bis Ende 2011.

Die LIFE-Naturschutzinitiative der Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein „Bombina“ (Baltic conservation strategy for *Bombina bombina*)¹ hat sich die **Erhaltung der vom Aussterben bedrohten Rotbauchunke** zum Ziel gesetzt. Partner aus Dänemark, Schweden, Lettland und Schleswig-Holstein beabsichtigen im Rahmen einer Verbesserung der Managementsysteme die Gefährdungen detailliert zu beschreiben und ein „best practice“-Programm für ein Artenschutzsystem zu erarbeiten. Im Anschluss werden die notwendigen Maßnahmen eingeleitet, um einen Artenrückgang aufzufangen und die genetische Variabilität der Populationen zu stabilisieren. Die genetischen Untersuchungen werden von der Universität Potsdam koordiniert, auf deren Ergebnissen ein spezielles Programm zur Unterstützungsaufzucht besonders gefährdeter Populationen stattfindet. Das Projekt hat eine Laufzeit bis Ende 2010.

2.7. Gezielte Nutzung wirtschaftlicher Chancen im Ostseeraum

Die Übersichten zur Einfuhr und Ausfuhr Schleswig-Holsteins (s. Anhang 2) belegen eindrucksvoll die enge Verflechtung des Landes mit dem Ostseeraum. Gegenüber 2006 sind hier deutliche Steigerungen zu verzeichnen - dies gilt sowohl für den skandinavischen Teil als auch für den anderen Teil des Ostseeraumes. Auch der Anteil des Ostseeraumes an den Einfuhren und den Ausfuhren Schleswig-Holsteins insgesamt bewegt sich im Jahre 2007 auf dem höchsten Niveau des betrachteten Zeitraumes.

Wie im Ostseebericht 2006² ausführlich dargestellt, sind die wirtschaftliche Stabilität der hoch industrialisierten nordischen Staaten wie die überdurchschnittlichen Wachstumsraten in den baltischen Staaten und Russland eine wichtige Grundlage für die Bedeutung dieser dynamischen Wirtschaftsregion. Als Drehscheibe zwischen den Märkten West- und Nordosteuropas gilt es, diese Chancen für Schleswig-Holstein zu nutzen.

Die unter Kapitel 1.1 beschriebene Präsenz des Wirtschaftsministeriums im Ostseeraum dient ganz wesentlich der gezielten Nutzung wirtschaftlicher Chancen im Ostseeraum. Als weitere Aktivität sind das von der Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH (WTSH) betreute Gemeinschaftsbüro in Mos-

¹ Initiative Bombina im Internet: www.life-bombina.de

² Landtags-Drucksache 16/890, im Internet über: www.landtag.ltsh.de/infothek

kau sowie das von der Industrie- und Handelskammer Schleswig-Holstein unterhaltene Firmengemeinschaftsbüro im Haus der deutschen Wirtschaft in St. Petersburg hervorzuheben.

Zusammenarbeit im Bereich Ernährungswirtschaft

Das Themenfeld Ernährung bietet Potenziale für eine stärkere Kooperation im Ostseeraum. Derzeit werden Kooperationsmöglichkeiten des Landes mit der dänischen Region Syddanmark sondiert und etabliert. Hierbei ist die grenzüberschreitende Entwicklung einer Spitzenregion der Ernährungswirtschaft mit internationaler Ausstrahlung und Berücksichtigung der strukturbildenden Potenziale der Land- und Ernährungswirtschaft im weitesten Sinne der Leitgedanke der Zusammenarbeit.

Die geplante Zusammenarbeit schließt die Bereiche Forschung und Entwicklung, Anlagenbau, Analytik, Rezepturen und Zutaten, Landwirtschaft inkl. Pflanzenzüchtung etc. ein. Hier sind viel versprechende Entwicklungen zu verzeichnen: Etwa durch das Leuchtturmprojekt Kompetenznetzwerk Ernährungswirtschaft¹, mit dem ein grenzüberschreitendes Kooperationsnetzwerk zwischen Wirtschaft und Wissenschaft aufgebaut werden soll, und die gemeinsame energetische und stoffliche Nutzung nachwachsender Rohstoffe (u. a. Gewinnung hochwertiger Wirkstoffe aus Heilpflanzen). Ferner bestehen Kooperationspotenziale in den Bereichen Aus- und Fortbildung sowie Forschung im Bereich der Urproduktion / Produktionstechnik.

Agrarfachliche Zusammenarbeit

Im Januar 2006 wurden auf der Internationalen Grünen Woche (IGW) neue Memoranden zwischen dem schleswig-holsteinischen Landwirtschaftsministerium und den Landwirtschaftsministerien von Estland und Lettland unterzeichnet. Ziel ist, den Austausch von agrarpolitischen Positionen, von Fachleuten der Agrarverwaltung und der Agrarwirtschaft weiter zu entwickeln. Ebenfalls soll der grenzüberschreitende Austausch von Jugendlichen aus dem ländlichen Raum unterstützt werden. Auf der IGW 2007 wurde die agrarfachliche Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftsministerium in Litauen ebenfalls durch ein Memorandum vereinbart.

Auf Initiative des Landwirtschaftsministeriums nehmen jährlich Studentinnen und Studenten aus Kaliningrad an einem 6-monatigen Agrarpraktikum in landwirtschaftlichen Betrieben in Schleswig-Holstein teil. Über das seit 2003 laufende Agrarmanagementprogramm werden Führungskräfte, Lehrer und Dozenten aus dem Kaliningrader Agribusiness in Schleswig-Holstein fortgebildet. Lehrkräfte und Dozenten hospitieren

¹ vgl. s. 32

in den Fachschulen der Agrarwirtschaft, während Führungskräfte marktwirtschaftliche, betriebswirtschaftliche und produktionstechnische Abläufe sowie Managementmethoden der Agrarwirtschaft in Schleswig-Holstein kennen lernen. In 2007 wurde ein zwischen der Christian-Albrechts-Universität Kiel und der Kaliningrader Staatlichen Technischen Universität seit 2003 laufendes Agrarforschungsprojekt („Praxisnahe Förderung der Aus- und Weiterbildung unter besonderer Berücksichtigung integrierter Produktionsverfahren in Kaliningrad“) abgeschlossen.

Zusammenarbeit im Bereich Energie

Schleswig-Holstein wird Fördermöglichkeiten der Europäischen Union zur Umsetzung der landesweiten energiepolitischen Aktivitäten in den Bereichen Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbarer Energien nutzen. Dies betrifft auch mögliche wirtschaftliche Aktivitäten im Ostseeraum.

Dabei wird ein in Europa und weltweit verstärkter Einsatz von erneuerbaren Energien, von Effizienztechniken und Energieeinsparmaßnahmen Schleswig-Holstein weiter Vorteile bringen, da hier technologische Kompetenzen bestehen.

Als Felder für eine wirtschaftliche Betätigung im Ostseeraum bieten sich beispielsweise an:

- die verstärkte Nutzung der Windenergie on- und offshore,
- die Umsetzung von Energieeinspar- und Energieeffizienzmaßnahmen und Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung,
- die Nutzung der Bioenergie,
- Energiemanagement in Kommunen und Unternehmen sowie
- Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit.

Multilaterale Projekte, die z.B. aus den INTERREG III B-Ostseeprogrammen gefördert werden¹, greifen diese Betätigungsfelder auf. Folgende Projekte mit schleswig-holsteinischer Beteiligung sind hervorzuheben:

BEEN (Baltic Energy Efficiency Network for the Building Stock)²

Das im Dezember 2007 abgeschlossene Projekt BEEN hatte zum Ziel, Strategien und Instrumente zur Energieeinsparung im Wohnungsbestand der Ostseeregion zu entwickeln. Beteiligt waren Partner aus den baltischen Staaten, Polen, Russland, Weißrussland und Deutschland. Aus Schleswig-Holstein waren das Wirtschaftsminis-

¹ zum EU-Programm INTERREG III B/ IV B Ostsee s. Kapitel 1.3

² Informationen zu den INTERREG-Projekten s. Anhang 1

terium unter Einbeziehung der ARGE für zeitgemäßes Bauen und der Energieagentur Schleswig-Holstein beteiligt. Ein Nachfolgeprojekt für eine Antragstellung im neuen EU-Ostseeprogramm ist in Planung.

MunEM (Sustainable Energy Management on Municipal Level)

Im Rahmen des deutsch-russischen Projekts MunEM werden kommunale Konzepte zum nachhaltigen Energiemanagement auf lokaler Ebene in Zusammenarbeit mit den Kommunen Mamonovo und Svetly sowie dem Kaliningrader Energieeffizienz-zentrum (KREEC) im Oblast Kaliningrad entwickelt. Das Projekt, mit Beteiligung des schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministeriums und den Stadtwerken Lübeck und unter Einbeziehung der Energieagentur Schleswig-Holstein, soll Anfang 2009 abgeschlossen werden. Es handelt sich um ein bilaterales Projekt zwischen Deutschland und dem Oblast Kaliningrad.

2.8. Nutzung der Hochschulkooperation zum Ausbau der „Wissensregion Ostsee“

Die schleswig-holsteinischen Hochschulen leisten vielfältige Beiträge zur Stärkung der Hochschulkooperation im Ostseeraum und unterfüttern hiermit die politische Zielsetzung, den Ostseeraum zur gemeinsamen Wissensregion auszubauen. Das hohe Qualifikationsniveau des Ostseeraums ist ein wesentlicher Faktor seiner Wettbewerbsfähigkeit und wird durch Wissensaustausch und Zusammenarbeit weiter gestärkt.

Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Bedingt durch ihre geografische Lage fühlt sich die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) besonders den Ländern Skandinaviens und des Ostseeraumes verbunden. Mit 41 Hochschulen in Europa, Amerika und Asien sind Partnerschaftsverträge geschlossen, darunter mit 15 Universitäten in den Ostseeanrainerstaaten.

Die Ostsee steht im Mittelpunkt unterschiedlicher Projekte aus fast allen wissenschaftlichen Bereichen. Die intensive fachübergreifende Beschäftigung mit Rechts- und Sozialsystemen, Geschichte, Sprachen und Literaturen Nordosteuropas spiegelt den Kristallisationspunkt "Ostseeraum", für den sich die Kieler Uni besonders stark macht.

Als "Universität an der Ostsee" sollen die Hochschulpartnerschaften im Ostseeraum gezielt gepflegt und auf der Basis von formalisierten Partnerschaften auf Leitungsebene etabliert werden. Als Ergänzung zu diesen bilateralen Verbindungen sollen verstärkt auch multilaterale Netzwerke auf- und ausgebaut werden. Dabei kommt den „synergetischen Partnerschaften“ (China, Ostseeraum, Universitäten in Partnerstädten Kiels etc.) eine besondere Bedeutung zu. Hier ist die CAU weiterhin bestrebt, die Vernetzung mit den Partnern auf lokaler bzw. regionaler Ebene weiter zu verstärken.

Norwegen ist Schwerpunkt im Rahmen der Zusammenarbeit. Seit 1986 existiert an der CAU das „Deutsch-Norwegische Studienzentrum“¹, dem die norwegischen Universitäten Oslo, Bergen, Trondheim, Tromsø sowie die norwegische Wirtschaftsuniversität Bergen angehören. Im Rahmen der Zusammenarbeit werden u. a. Sprach- und Fortbildungsaufenthalte für norwegische Studierende an der CAU organisiert.

Die Hochschulzusammenarbeit im Rahmen der seit 1965 bestehenden **Ständigen Dänischen Gastprofessur** wurde ebenso wie die anderen im Rahmen der Partnerschaften bestehenden Kooperationen und Projekte im Berichtszeitraum fortgeführt.

Am 7. November 2006 wurde ein **Hochschulpartnerschaftsvertrag mit der Universität Syddanmark** abgeschlossen (mit Hauptsitz in Odense). Im Jahre 2007 gab es mehrere gemeinsame Treffen von Vertretern beider Hochschulen sowohl in Kiel als auch in Dänemark, um die Möglichkeiten der studentischen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit zu erörtern. Diese Treffen waren z. T. eingebunden in die Delegationstreffen der Landesregierung mit den Repräsentanten der Region Syddanmark.

Zwecks Intensivierung der Zusammenarbeit wurde Ende 2007 beschlossen, ein gemeinsames Sekretariat einzurichten, das die Kooperationsaktivitäten koordinieren soll („Knowledge Region Dänemark – Deutschland“. Zur Finanzierung eines solchen Sekretariats wird ein INTERREG-A-Antrag² gestellt. Eingebunden sind in dieses Projekt von deutscher Seite auch die Hochschulen in Flensburg sowie das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein.

Die im Rahmen der **Partnerschaften mit Schweden und Finnland** bestehenden Kooperationen und Projekte wurden im Berichtszeitraum fortgeführt. Das Gleiche gilt für die **Partnerschaften mit Estland, Lettland und Litauen**, in deren Zusammen-

¹ Deutsch-Norwegisches Studienzentrum im Internet: www.uni-kiel.de/dnsz

² zu INTERREG A s. S. 30 ff.

hang die Aktivitäten der Nordelbisch Evangelisch-Lutherischen Kirche besonders hervorzuheben sind.

Die Zusammenarbeit der CAU mit der **Staatlichen Universität St. Petersburg** (SPbU), mit der seit September 2003 ein Hochschulpartnerschaftsvertrag besteht, konnte im Berichtszeitraum intensiviert werden. Seit dem Jahr 2002 gibt es eine Fakultätspartnerschaft beider Rechtswissenschaftlichen Fakultäten. Die Juristische Fakultät der SPbU war Partner des Kooperationsnetzwerks "Recht im Ostseeraum" (Förderung durch den Deutschen Akademischen Austauschdienst DAAD 2002-2003). In diesem Rahmen wurden an Petersburger Studierende und Doktoranden zahlreiche Stipendien vergeben. Die Juristische Fakultät der SPbU ist ferner Gründungspartner des Deutsch-Russischen Juristischen Instituts.

Auch das Institut für Zoologie und das Mineralogisch-Petrographische Institut und Museum pflegen seit Anfang der 90er Jahre einen intensiven Kontakt zu Fachkollegen an der SPbU.

Der internationale **Masterstudiengang POMOR an der Universität St. Petersburg** bildet seit dem Wintersemester 2002/2003 Studierende in modernen angewandten Themenfeldern der Polar- und Meereswissenschaften aus. Den internationalen Studiengang haben deutsche und russische Kollegen gemeinsam konzipiert. Neben den naturwissenschaftlichen Fächern stehen Sprachen und Moderationstechniken auf dem POMOR-Stundenplan. Das Projekt POMOR wird von den im Verbund nördlicher Universitäten zusammengeschlossenen Hochschulen unter Federführung der Universitäten Bremen, Kiel und St. Petersburg gemeinsam mit dem Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung (AWI), dem Leibniz-Institut für Meereswissenschaften (IFM-GEOMAR) und dem Institut für Ostseeforschung (IOW) durchgeführt.

Die im Rahmen der Partnerschaften bestehenden Kooperationen und Projekte mit der Staatlichen Universität Kaliningrad (seit Juli 2005 umbenannt in **Russische staatliche Immanuel Kant- Universität**) sowie der **Staatlichen Technischen Universität Kaliningrad** wurden im Berichtszeitraum fortgeführt. Bis April 2008 wurden in den Jahren 2007 und 2008 über 45 Personen zwischen der CAU und der Immanuel Kant Universität ausgetauscht.

Unter den Hochschulpartnerschaften der CAU mit polnischen Hochschulen (u.a. Medizinische Universität Posen und Wirtschaftsuniversität Warschau) nimmt die Partnerschaft mit der **Adam-Mickiewicz-Universität in Posen** einen besonderen Platz

ein. Sie ist seit vielen Jahren die an Umfang und Zahl des Austausches eindeutig intensivste Hochschul-Partnerschaft der CAU. Es bestehen vielfältige Kontakte und Austauschaktivitäten zwischen Kieler und Posener Wissenschaftlern der verschiedensten Fachbereiche. Darüber hinaus existiert ein jährlich festgelegtes Austauschprogramm. Bis April 2008 wurden in den Jahren 2007 und 2008 über 90 Personen zwischen der CAU und der Adam-Mickiewicz-Universität ausgetauscht.

Die Zahl der **Erasmus¹-Partnerschaften** ist im Berichtszeitraum abermals angestiegen. Von 340 Einzelabkommen sind 103 mit Hochschulen in den Ostseeanrainerstaaten abgeschlossen worden, was einem Anteil von ca. 30 % entspricht. Dies entspricht dem gesetzlichen Auftrag der CAU, als Landesuniversität insbesondere mit Hochschulen in den Ostseeanrainerstaaten zu kooperieren.

In den Akademischen Jahren 2006/07 und 2007/08 wurden insgesamt 126 Studienaufenthalte von Studierenden aus den Ostseeanrainerstaaten an der CAU Kiel durchgeführt. Im Gegenzug führten 151 CAU-Studierende einen Studienaufenthalt an einer Hochschule aus den Ostseeanrainerstaaten durch. Im Rahmen der ERASMUS-Partnerschaften konnte neben dem Studierendenaustausch auch der Dozentenaustausch intensiviert werden. Es wurden 17 Kurz-Lehraufträge in den akademischen Jahren 2006/07 und 2007/08 von CAU-Wissenschaftlern an Hochschulen in den Ostseeanrainerstaaten durchgeführt.

Innerhalb der Ostseeanrainer liegen die meisten Einzelabkommen mit Polen (24), Schweden (21) und Finnland (21) vor, dicht gefolgt von Dänemark (20). 29% aller ERASMUS-Studierenden an der CAU stammen mittlerweile aus Polen.

Die Medizinischen Fakultäten der Universitäten in Kopenhagen, Lund und Kiel haben im Frühsommer 1999 eine International Graduate School gegründet (jetzt **Baltic Summer School²**), die im Rahmen einer regionalen Zusammenarbeit der drei Universitäten eine langfristige Basis für die medizinische Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses (Studenten) bilden soll. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit sollen gemeinsame Forschungsprojekte zum Teil unter Einbeziehung der Industrie entwickelt werden. Die Kursorte wechseln zwischen den drei beteiligten Universitäten. Veranstaltungsort im Jahr 2006 war Kiel, 2007 Lund, im Jahr 2008 wird die Baltic Summer School in Kopenhagen, 2009 wieder in Kiel stattfinden.

¹ EU-Förderprogramm zur Hochschulzusammenarbeit

² Baltic Summer School im Internet: www.balticsummerschool.net

Universität zu Lübeck

Die Universität zu Lübeck unterhält vielfältige Beziehungen und Kooperationen in Forschung und Lehre sowie über die Lübecker Kliniken und Institute des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein in der Krankenversorgung mit den Nachbarstaaten im Ostseeraum.

Die Universität zu Lübeck und die ISNM International School of New Media¹ wirken zusammen mit den Universitäten Rostock und Bremen an der **Baltic Summer School "Technische Informatik/Informationstechnik"** mit, die 2005 erstmals in Vilnius (Litauen) durchgeführt wurde. Die Baltic Summer School fand 2007 in Riga und findet 2008 in Tallinn statt. Ein wichtiges Ziel ist die Vorbereitung von Bachelor-Studenten aus dem Baltikum und den Anlieger-Staaten auf ein weiterführendes Studium in Deutschland. Die Universität zu Lübeck ist mit ihrem Institut für Technische Informatik beteiligt.

Die Graduiertenschule "Informatik in Medizin und Lebenswissenschaften", die im Rahmen der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder ab 2007 an der Universität Lübeck eingerichtet wird, veranstaltet jährliche **Sommerakademien an Partneruniversitäten im baltischen Raum**, um auch von dort höchstqualifizierte Absolventinnen und Absolventen zu gewinnen.

Mit Schweden, Finnland und Lettland praktiziert die Universität im Rahmen des europäischen Programms ERASMUS zur Zusammenarbeit zwischen Hochschulen Studentenaustausch.

Die Universität zu Lübeck unterhält Forschungsk Kooperationen mit Wissenschaftseinrichtungen in Dänemark, Schweden, Finnland, Estland und Lettland.

Universität Flensburg

Zu den bereits bestehenden Partnerschaften der Universität Flensburg (UF) zu Hochschulen in Dänemark, Finnland, Norwegen, Polen und Schweden sind seit dem Ostseebericht 2006 weitere Partnerschaften im Ostseeraum hinzugekommen. Hierbei handelt es sich um die Universität von Arhus/Dänemark, die lettische Kunstakademie in Riga und die Riga Teacher Training and Education Management Academy. Diese Partneruniversitäten im Ostseeraum haben mit der UF im Bereich Studierenden- und Dozentenmobilität kooperiert.

¹ ISNM im Internet: www.isnm.de

Mit der **Süddänischen Universität** (Syddansk Universitet - SDU) gibt es **gemeinsame Studiengänge** in den Bereichen:

- **Kultur- und Sprachmittler (KSM)**, bei diesem gemeinsamen Studiengang findet das sechssemestrige BA-Studium in Sønderborg statt. Anschließend haben die Studierenden die Möglichkeit, weitere drei Semester in Flensburg zu studieren und das Studium mit einem Diplom abzuschließen. Der Diplomstudiengang befindet sich derzeit in einer Umstrukturierung zu einem Masterstudiengang, der dann die Bezeichnung „Kultur, Sprache, Medialität“ tragen wird. Nach erfolgreichem Abschluss des zurzeit laufenden Akkreditierungsverfahrens ist geplant, den Masterstudiengang ab dem Wintersemester 2008/09 an der Universität Flensburg anzubieten. Derzeit befinden sich 140 Studierende in dem Studiengang KSM.
- **European Studies**, dieser neue, INTERREG A¹-geförderte kooperative Studiengang hat den Betrieb im Wintersemester 2006/07 an der SDU aufgenommen (Abschluss BA). Der akkreditierte Masterstudiengang in European Studies an der Universität Flensburg wird ebenfalls seit dem Wintersemester 06/07 angeboten (39 Studierende im Wintersemester 2007/08).
- **Internationales Management**, Abschluss BA (404 Studierende im Wintersemester 2007/08).
- **Organisationsmanagement**, Abschluss MA (79 Studierende im Wintersemester 2007/08).
- **Energie- und Umweltmanagement** (195 Studierende im Wintersemester 2007/08).

Der **Career Service UF-SDU** ist die zentrale Kommunikationsplattform der Universität Flensburg und der Süddänischen Universität, die Unternehmen beiderseits der deutsch-dänischen Grenze und Studierende der internationalen Studiengänge zielorientiert in Kontakt bringt. Die Plattform dient der Vermittlung von Praktika, Abschlussarbeiten und potenziellen Arbeitsverhältnissen. Außerdem bietet sie arbeitsmarktrelevante Zusatzqualifikationen für den Berufseinstieg, die speziell auf die besonderen Anforderungen der regionalen Unternehmen zugeschnitten sind. Der Career Service UF-SDU leistet einen positiven Beitrag zur langfristigen Entwicklung des regionalen grenzübergreifenden Arbeitsmarktes.

Das **Collegium Mare Balticum (CMB)** ist eine kooperative wissenschaftliche Einrichtung der Universität Flensburg und der Süddänischen Universität. Es verfolgt die Zielsetzung, die deutsch-dänische Hochschulkooperation zu stärken und ihre Sicht-

¹ zu INTERREG A s. S. 30 ff.

barkeit im europäischen Kontext zu erhöhen. Ziel ist es, ein strukturiertes und thematisch gegliedertes Promotionskolleg zu schaffen, das Forschungsfelder mit potenziellem Modellcharakter in der Grenzregion aufgreift und Forschungsergebnisse vermittelt. Es übernimmt die Rolle eines Begegnungszentrums für Wissenschaft und Kultur.

Über das INTERREG-A-Projekt¹ „**Virtuelles Museum**“ haben die Universität Flensburg und die Süddänische Universität gemeinsam eine dreisprachige (dänisch, deutsch und englische) Internetpräsentation der Geschichte der deutsch-dänischen Grenzregion aus dänischer und deutscher Perspektive entwickelt. Die Fachhochschule Kiel ist ebenfalls an dem Projekt beteiligt.

Die gemeinsame Einrichtung der Universität Flensburg und des IQSH² für Unterrichtsentwicklung, Lernkultur und Evaluation - EULE - hat in Kooperation mit der Deutschen Auslandsgesellschaft mit Sitz in Lübeck ein Programm für Lehramtsstudierende aus Polen und Schweden entwickelt. Im Rahmen eines 10-wöchigen „**Mini-Referendariats**“ für **angehende Deutschlehrerinnen und -lehrer aus Polen und Schweden** absolvieren diese ein umfangreiches Praktikums- und Seminarprogramm im Raum Flensburg und haben die Gelegenheit, sich in das Campusleben an der Universität zu integrieren³. Das Austauschprojekt wird durch das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland finanziell gefördert und ist als Pilotprojekt Bestandteil einer umfassenden Strategie des Auswärtigen Amtes, das Interesse an der Ausbildung zur Deutschlehrkraft in den Ostseeanrainerstaaten zu wecken und zu erhöhen. Es gibt Absichtserklärungen, in den Folgejahren weitere Programme mit Studierenden aus den skandinavischen und baltischen Ländern an der EULE und an der Universität Flensburg anzusiedeln.

Fachhochschule Flensburg

Die Fachhochschule Flensburg hat im Berichtszeitraum ihre Kooperationen mit Hochschulen in Dänemark, Schweden, Finnland, Polen, Estland, Lettland und Litauen weitergeführt.

In Schweden konnte mit der Universität Växjö eine neue Partnerhochschule im Bereich Biotechnologie-Verfahrenstechnik gewonnen werden. Im Bereich Krankenhausmanagement/eHealth wurden Kooperationsvereinbarungen mit der Seinäjoki Universität für Angewandte Wissenschaften (Finnland), der Medizinischen Universität Kaunas (Litauen) und der Medizinischen Hochschule Gdansk (Polen) geschlossen.

¹ zu INTERREG A s. S. 30 ff.

² Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein

³ vgl. S. 54

Diese durch das EU-Programm ERASMUS geförderten Kooperationen bestehen vor allem im Austausch von Studierenden und Dozenten sowie in der Zusammenarbeit in Forschung und Lehre.

Das seit 2002 vom Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr geförderte und von der InWEnt (Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH)¹ durchgeführte Programm „Studien- und Praxisjahr für Studierende aus den baltischen Ländern in Schleswig-Holstein“ wird 2008 auf Partnerhochschulen in Polen ausgeweitet.

Fachhochschule Kiel

Die Fachhochschule Kiel (FH Kiel) praktiziert im Rahmen des EU-Programms ERASMUS einen intensiven und langjährigen **Studierenden- und Dozenten/innenaustausch** in den Fachbereichen Informatik und Elektrotechnik, Maschinenwesen, Soziale Arbeit und Gesundheit, Wirtschaft und im Studiengang Multimedia Production mit Hochschulen in Dänemark, Estland, Finnland, Litauen, Polen, Schweden und Russland.

Die Fachhochschule Kiel nimmt an dem Programm „**Go East**“² des Deutschen Akademischen Austausch Dienstes teil und erhält auch zwei Semesterstipendien zum Studium an der Universität Gdansk (Danzig).

Seit 1995 führt die FH Kiel einen Studierenden- und Dozenten/innenaustausch mit der TU Kaunas/Litauen durch. Das schleswig-holsteinische Bildungsministerium vergibt 11 Stipendien für ausländische Studierende aus den Baltischen Republiken. Das **Stipendiatenprogramm der Landesregierung** hat zum Ziel, die bestehenden Hochschulpartnerschaften zwischen Hochschulen in Polen, Estland, Lettland und Litauen und den schleswig-holsteinischen Fachhochschulen in Heide, Lübeck, Flensburg und Kiel auszubauen und zu intensivieren. Gleichzeitig trägt das Programm dazu bei, das Studium und die Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Baltikum und Schleswig-Holstein zu internationalisieren. Die Fachhochschule Kiel beteiligt sich im Studiengang „Internationales Vertriebs- und Einkaufsingenieurwesen“ mit drei Studienplätzen für Studierende der Technischen Universität Kaunas in Litauen. Sie werden organisatorisch betreut durch InWEnt.

¹ InWEnt im Internet: www.inwent.org

² Go East im Internet: goeast.daad.de

Northern Maritime University

Mit dem Projektvorhaben „Northern Maritime University“ (NMU), das 2008 starten soll, beteiligt sich die Fachhochschule Kiel als Koordinator am EU-Ostseeprogramm 2007-2013 und am INTERREG IV B-Programm Nordsee¹. Unter der Dachmarke „Northern Maritime University“ sollen die **seeverkehrswirtschaftlichen Kompetenzen in Lehre, Forschung und Entwicklung** der schleswig-holsteinischen Fachhochschulen in Kiel, Flensburg und Lübeck mit Hochschulen aus Dänemark, Großbritannien, Schweden, Norwegen, Polen und Estland gebündelt werden. In Ergänzung wird auch im Rahmen des Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments (ENPI)² Russland mit der Admiral Makarow State Maritime Academy am Projekt beteiligt.

Ziel des Netzwerks ist, der maritimen Wirtschaft ein breites Spektrum an Dienstleistungen im Bildungs-, Forschungs- und Beratungsbereich zu bieten. Die NMU-Partner werden ihre seeverkehrswirtschaftlichen Module in einen gemeinsamen Pool einbringen und aufeinander abstimmen. Auf der Basis einer umfassenden Qualifikationsbedarfsanalyse und in enger Abstimmung mit den „Stakeholdern“ (u. a. Reedereien, Hafenunternehmen sowie deren Verbände) werden weitere relevante Lerninhalte entwickelt und in Pilotläufen getestet. Am Ende der Projektlaufzeit soll ein gemeinsames seeverkehrswirtschaftliches Curriculum etabliert sein. Die Akteure der maritimen Wirtschaft können die Bildungsangebote des NMU-Verbundes nutzen und darüber hinaus auf das eingerichtete maritime Experten-Panel zugreifen.

Inhaltlich fügt sich das Projekt in die Zielsetzungen der Landesregierung für eine integrative Meerespolitik ein.³ So bietet die NMU unmittelbare Ansatzpunkte zur Umsetzung des 10-Punkte-Programms der Kieler Meereskonferenz zur Konkretisierung einer integrativen Meerespolitik, die in 2006 in Kiel verabschiedet wurde.

Fachhochschule Westküste

Die Fachhochschule Westküste (FWW) hat ihre Beziehungen im Ostseeraum fachlich weiter ausgebaut. Für den **Masterstudiengang "Wirtschaft und Recht in Europa"** bestehen für die Studierenden für das Auslandssemester vertraglich geregelte Studienmöglichkeiten an den Universitäten Karlstad (Schweden), Riga (Lettland) und Thorun (Polen). Ein Dozentenaustausch in diesem Bereich ist geplant.

¹ zum EU-Programm INTERREG III B/ IV B Ostsee s. Kapitel 1.3

² zu ENPI s. auch s. S. 17 f.

³ vgl. Kapitel 2.2

Die FHW unterhält Kooperationen mit der Universität Aarhus in Dänemark, der Hochschule Buskerud in Norwegen, der Universität West und der Universität Karlstad in Schweden, der Universität Tampere in Finnland, der Universität Lettlands (Riga) und der Hochschule Ventspils in Lettland sowie der Universität Thorun in Polen. Mit allen Hochschulen findet regelmäßiger Dozenten- und Studierendenaustausch statt. Die Technische und die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät arbeiten mit den genannten Hochschulen in mehreren wissenschaftlichen Projekten zusammen. Der Schwedisch-Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene an der FHW wird auch vom Schwedischen Institut in der Reihe ausländischer Hochschulen mit Schwedisch-Ausbildung genannt.

Musikhochschule Lübeck

Im Rahmen des europäischen **ERASMUS-Austauschprogrammes** wurde der Dozent/innen- und Studierendenaustausch der Musikhochschule Lübeck mit Dänemark, Schweden und Polen im Berichtszeitraum fortgesetzt.

Die Musikhochschule Lübeck ist an verschiedenen Projekten des **Zusammenschlusses von Musikhochschulen im Ostseeraum ABAM** (Association of Baltic Academies of Music)¹ beteiligt.

2.9. Positionierung Schleswig-Holsteins als Transportdrehscheibe im Ostseeraum

Durch den wachsenden Binnenhandel in der Ostseeregion sowie die stetig zunehmenden Handelsströme von und nach Nord- und Nordosteuropa wird die Ostsee zu einer der bedeutsamsten Transportregionen Europas. Infolge seiner wirtschaftsgeographischen Lage entwickelt sich Schleswig-Holstein zu einer Verkehrsdrehscheibe. Mit dem bedarfsgerechten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und deren Verknüpfung mit den Transportwegen im Ostseeraum kann die Funktion als Drehscheibe für Umschlag und Logistik gestärkt und die daraus resultierenden Standortvorteile genutzt werden.

Schlüsselprojekte sind die feste Fehmarnbeltquerung, die Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke Hamburg-Lübeck/Travemünde, der Bau der Ostsee-Autobahn A 20 einschließlich Elbquerung westlich von Hamburg sowie der leistungsfähige Ausbau der

¹ ABAM im Internet: www.abam.dk

Nord-Süd-Achsen A 7 und A 21. Ferner gilt es, die Ostseetransithäfen Kiel und Lübeck zu stärken und den Nord-Ostsee-Kanal auszubauen.

Feste Fehmarnbeltquerung

Die feste Fehmarnbeltquerung hat nicht nur für Schleswig-Holstein, sondern für ganz Nordeuropa eine herausragende verkehrswirtschaftliche Bedeutung. Anstelle von gebrochenen Verkehren wird eine leistungsfähige durchgehende Straßen- und Eisenbahnverbindung treten, mit der Skandinavien auf dem kürzesten Wege - der Vogelfluglinie - mit Kontinentaleuropa verbunden wird.

Am 29. Juni 2007 haben sich die Verkehrsminister von Deutschland und Dänemark in einer Absichtserklärung (**Memorandum of Understanding**) auf den Bau einer festen Fehmarnbeltquerung mit Fertigstellung in 2018 verständigt. Die bevorzugte Lösung ist eine Schrägseilbrücke mit einer vierspurigen Autobahn und einer zweigleisigen elektrischen Eisenbahnstrecke.

Wie die bereits seit mehreren Jahren erfolgreich betriebenen Brücken über den Store Belt und den Öresund soll das Querungsbauwerk privatwirtschaftlich im Rahmen eines Staatsgarantiemodells über Mauteinnahmen finanziert werden. Aufgrund seines höheren volkswirtschaftlichen Interesses trägt Dänemark alleine das wirtschaftliche Risiko für das Brückenbauwerk.

Auch die Europäische Union sieht in dem Projekt einen wichtigen Baustein im Trans-europäischen Verkehrsnetz (TEN). Sie hat bislang Fördermittel von 374,2 Mio. EUR für den Programmzeitraum für TEN-Projekte von 2007 - 2013 zugesagt. Es wird erwartet, dass die EU das Projekt auch im Rahmen des Folgeprogramms ab 2014 mit gleicher Quote unterstützen wird.

Für den Ausbau und die Finanzierung der Hinterlandanbindungen sind Dänemark und Deutschland auf ihren nationalen Gebieten jeweils allein verantwortlich. Die Absichtserklärung sieht vor, dass die B 207 zu einer vierspurigen Bundesfernstraße bis Puttgarden ausgebaut wird. Die Schienentrasse von Lübeck bis Puttgarden soll spätestens mit der Fertigstellung des Querungswerks in 2018 elektrifiziert und bis spätestens 2025 zweigleisig ausgebaut werden.

Der Entwurf des **Staatsvertrages** befindet sich zurzeit noch in der Abstimmung zwischen der Bundesregierung und der dänischen Staatsregierung. Eine Einigung wird bis Mitte 2008 angestrebt.

Schieneninfrastruktur

Um insbesondere den zunehmenden Schienengüterverkehr bewältigen zu können, haben folgende Maßnahmen vorrangige Bedeutung:

- Die Mitte 2006 begonnene **Elektrifizierung der Strecke Hamburg-Lübeck-Travemünde** soll Ende 2008 abgeschlossen werden. Der zweigleisige Ausbau des bestehenden Schienenengpasses zwischen Bad Schwartau und Lübeck-Kücknitz soll bis Ende 2009 realisiert werden. Mit diesem Ausbauprojekt werden die boomenden Häfen von Hamburg und Lübeck stärker miteinander vernetzt. Der Warenaustausch zwischen Gütern aus Übersee, die im Hamburger Hafen angelandet werden, und dem Ostseeraum wird verbessert.
- Bislang nimmt die Jütlandstrecke den Schienengüterverkehr von und nach Skandinavien auf. Ein Nadelöhr ist die **Eisenbahnhochbrücke Rendsburg**, die infolge der umfangreichen Grundinstandsetzung nur eingeschränkt befahren werden kann. Die Grundinstandsetzung soll bis 2013 abgeschlossen werden.

In der Metropolregion Hamburg bündeln sich Güterverkehre und eine hohe Anzahl von Personen- bzw. Regionalverkehren. Die **Achse „Pinneberg-Hamburg“**, die insbesondere im Abschnitt zwischen Pinneberg- und Elmshorn einen Schienenengpass darstellt, soll entsprechend dem schleswig-holsteinischen „Dreiaachsenkonzept“ ausgebaut werden. Im Vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) ist der dreigleisige Ausbau dieses Streckenabschnitts verankert. Derzeit wird eine Verlängerung der S-Bahn-Verbindung nach Hamburg geprüft.

Straßenverkehr

Die wirtschaftliche Expansion der Ostseeanrainerstaaten erfordert eine leistungsstarke und bedarfsgerechte Infrastruktur. Diese Anforderung soll mit der Herstellung einer bislang fehlenden Ost-West-Verbindung durch die Realisierung der A 20 erfüllt werden.

Die westliche Fortführung der bereits fertig gestellten Ostseeautobahn als **Nord-West-Umfahrung Hamburgs inklusive fester Elbquerung** ist das bedeutendste verkehrspolitische Infrastrukturvorhaben der schleswig-holsteinischen Landesregierung. Als Ost-West-Magistrale und transnationale Verkehrsachse (Teil des transeuropäischen Verkehrsnetzes) soll die A 20 zu einer wesentlichen Verbesserung der Anbindung Skandinaviens an Zentral- und Westeuropa als auch zur Bewältigung der

mit der EU-Osterweiterung einhergehenden Verkehrszuwächse beitragen. Neben der überregionalen Erreichbarkeit Norddeutschlands wird die regionale Anbindung, insbesondere von strukturschwachen Wirtschaftsräumen wie die der Westküste Schleswig-Holsteins, aufgrund der Verbindungen zu den bereits bestehenden Nord-Süd-Hauptverkehrsachsen (A1, A 7, A 21, A 23) deutlich verbessert. Die Verknüpfung der A 20 mit der A 21 (Hamburg – Stolpe/Kiel) soll dabei im Rahmen der Realisierung der südlichen Umfahrung von Bad Segeberg (zwischen Weede und Wittenborn) im Jahr 2011 erfolgen.

In Verbindung mit der **Weiterführung als Küstenautobahn A 22** auf niedersächsischem Gebiet wird eine optimale, leistungsfähige und sichere Hinterlandanbindung für die norddeutschen Seehäfen geschaffen und somit deren Wettbewerbsstellung nachhaltig gestärkt. Einzelne Abschnitte der A 20 sind planerisch weit fortgeschritten. Der erste Streckenabschnitt zwischen der A 1 (Lübeck) und Geschendorf befindet sich bereits seit Oktober 2004 im Bau. Für den anschließenden Abschnitt bis Weede ist mit symbolischem erstem Spatenstich im April 2008 die bauliche Umsetzung begonnen worden. Ziel der Landesregierung ist es, alle noch ausstehenden Planfeststellungsverfahren bis 2010 abzuschließen.

Als wichtige Nord-Süd-Verbindung (**Jütlandachse**) zwischen den skandinavischen Ländern und Mitteleuropa ist die **A 7** sowohl für die wirtschaftliche Entwicklung innerhalb des Landes als auch zur Abwicklung in- und ausländischer Transitverkehre von Bedeutung. Im Hinblick auf die starken Verkehrszuwächse, ist ein Ausbau der A 7 auf sechs Fahrstreifen in Schleswig-Holstein sowie auf sechs bzw. acht Fahrstreifen in Hamburg, zur langfristigen Sicherstellung eines leistungsfähigen und attraktiven Verkehrsnetzes, vorgesehen. Die Realisierung des Ausbaus ist zwischen Bordesholm und Hamburg in Form des so genannten A-Modells (Betreibermodell) vorgesehen. Für den nördlichsten Abschnitt ist das Planfeststellungsverfahren im Dezember 2007 eingeleitet worden. Aus heutiger Sicht ist ein Baubeginn ab 2010 denkbar.

Neben der A 7 hat der vierstreifige **Ausbau der B 404 zur Autobahn A 21** als zweite leistungsstarke Nord-Süd-Achse für den weiträumigen Verkehr ebenfalls besondere Priorität. In weiten Teilen ist der Ausbau zwischen der A 1 (Hamburg-Oldenburg) und Stolpe bereits erfolgt. In den weiteren Abschnitten wird der Ausbau in den nächsten Jahren fortgesetzt. Für die letzten Streckenabschnitte bis Kiel ist mit den Entwurfsarbeiten begonnen worden. Der Bau in den einzelnen Abschnitten beginnt abhängig

von den weiteren Planungsabläufen und der Bereitstellung der erforderlichen Finanzmittel durch den Bund.

Ostseeraum

Häfen, Schifffahrt und Wasserstraßen spielen in Schleswig-Holstein, dem Land zwischen den Meeren, eine bedeutende Rolle. Rund 25 % der deutschen Reedereien haben hier ihren Sitz. Fähr- und Frachtlinien erschließen den gesamten Ostseeraum.

Ostseetransithäfen Lübeck und Kiel

Die Häfen in Schleswig-Holstein haben sich im vergangenen Jahr gut entwickelt. Der Fährverkehr ist der Wachstumsmotor des **Kieler Hafens**, im Jahr 2007 wurden 5,3 Mio. Tonnen Güter umgeschlagen (+ 5,6 %). Nach Rückgängen im Vorjahr wurden 2007 in Kiel insgesamt wieder deutlich mehr Massengüter umgeschlagen (+ 17,9 %). Im Passagierverkehr wurden mehr als 1,6 Mio. Passagiere (+ 5,4 %) befördert. Herausragend hat sich im vergangenen Jahr der Marktbereich Kreuzfahrt entwickelt. Mit 114 Anläufen war Kiel der beliebteste deutsche Hafen; die Zahl der Passagiere stieg auf 173.000 (+ 12 %).

Die aktuellen Zahlen bestätigen den Trend weg von der Straße: Immer häufiger werden Waren aus Russland und dem Baltikum über die See befördert. Die in den vergangenen Jahren durch billige russische Lkw-Kraftstoffe eingetretenen Verschiebungen hin zu Landtransporten haben sich nicht fortgesetzt. Auch der kombinierte Ladungsverkehr Schiene-Schiff legte zu. Der Osteuropaverkehr liegt inzwischen gleichauf mit den Skandinavienlinien. Die Stena Line erzielte auf der Route Kiel Göteborg beachtliche Wachstumsraten. Die Color-Line hat der guten Nachfrage sowohl nach Kurzreisen wie auch nach Lkw-Transporten auf der Route Kiel-Oslo durch die Indienststellung des zweiten so genannten „Kreuzfahrtschiffes mit Autodeck“, der „Color Magic“ Rechnung getragen. Mit der „Fantasy“ und der „Magic“ beabsichtigt die Color Line mittelfristig 1 Mio. Passagiere auf der Oslo-Linie zu transportieren. Im Jahr 2007 transportierten die beiden Fähren rund 851.000 Passagiere.

Mit Blick auf die Zukunft plant die Landeshauptstadt Kiel die Integration des nördlich an den Ostuferhafen angrenzenden ehemaligen Ortopedia-Geländes. Hier sollen etwa vier Hektar zusätzliche Hafenfläche entstehen. Insgesamt werden in den nächsten Jahren voraussichtlich rund 50 Mio. EUR in die Hafenanlagen investiert.

Der lange Arbeitskampf im **Lübecker Hafen** hatte weniger drastische Auswirkungen als befürchtet. Die Lübecker Hafen-Gesellschaft (LHG) wartet im Jahr 2007 mit ei-

nem erfreulichen Umschlagsplus von 8,5 % auf. An ihren fünf Terminals schlug allein die LHG 29,4 Mio. Tonnen um. Weitere 3,2 Mio. Tonnen steuerten private Hafentreiber bei. Die Zahl der verladenen Lastkraftwagen und Trailer stieg um 11 % auf 877.722 Einheiten. Bei Papier und Zellulose betrug der Zuwachs 13 %, der Umschlag stieg auf 3,9 Mio. Tonnen. Die Passagierzahl im Reiseverkehr stieg um 10 % auf 357.000 Personen.

Vergleicht man die Jahre 2004 und 2007, so stieg der Gesamtumschlag in Lübeck von 27,5 Mio. Tonnen um gut 18 % auf 32,6 Mio. Tonnen.

Die gestiegenen Umschlagszahlen belegen eindrucksvoll die Notwendigkeit der umfangreichen Ausbauarbeiten im Lübecker Hafen. Anfang Januar 2007 wurde das neue über 22 Spuren verfügende „Südgate“ in Betrieb genommen. Der gesamte Verkehr vom und zum Skandinavienkai wird seitdem zwei Kilometer weiter südlich vom Travemünder Ortsrand abgefertigt und befindet sich damit noch näher am Fernstraßennetz. Mit dem weiteren Ausbau des Skandinavienkais und zukunftsweisenden Infrastrukturmaßnahmen am Seelandkai verbessert sich Lübecks Leistungsfähigkeit bei der Abwicklung der Kurzstreckenseeverkehre in Richtung Baltikum und Skandinavien weiter. Seit Mitte der 90er Jahren bis zum Jahr 2010 sind allein in den Ausbau des Skandinavienkais und der angrenzenden Gebiete insgesamt über 200 Mio. EUR investiert worden bzw. werden noch investiert.

Nord-Ostsee-Kanal (NOK)

Die Weichenstellung für die Anpassung der Oststrecke des NOK, den Neubau einer Schleuse sowie die anschließende Sanierung der (alten) Großen Schleusen in Brunsbüttel sind erfolgt. Vor dem Hintergrund des seit Jahren zunehmenden Aufwärtstrends bei den Schiffsgrößen und den zu befördernden Ladungsmengen sind die vorbereitenden Maßnahmen der Bundeswasserstraßenverwaltung für die dringend notwendigen Anpassungsmaßnahmen der Oststrecke des NOK, sowie die Einleitung der Planungsmaßnahmen für die neue große Schleuse in Brunsbüttel eine der wichtigsten positiven Entscheidungen zugunsten des Kanals.

Besondere Bedeutung hat der Kanal für die Passagen der **Feedercontainerschiffe** mit zunehmender Größe gewonnen, die ihre Ladung von den großen Nordseehäfen via Kanal in die Häfen des Ostseeraumes transportieren. Mittlerweile sind rund 35% der in Hamburg umgeschlagenen Container zur Verladung und den Weitertransport in bzw. aus dem Ostseeraum bestimmt.

Da immer mehr und größere Schiffe den NOK befahren, ist er dem heutigen Verkehrsaufkommen kaum noch gewachsen. Die folgenden Ausbaumaßnahmen sind daher vorgesehen:

- Der **Ausbau der Oststrecke zwischen Kiel-Holtenau und Königförde** soll voraussichtlich in 2011 begonnen und bis 2015 abgeschlossen werden. Danach können Schiffe mit sogenannter Panmax-Breite den NOK befahren.
- **Neubau einer Expressschleuse in Brunsbüttel**
Die dringend erforderliche Grundsanie rung der jetzt 93 Jahre alten „Neuen Schleusen“ ist ohne Einschränkung des Kanalverkehrs nur durch den Neubau einer großen „Express“-Schleuse möglich.
- Der Bund hat Mitte Mai 2008 als weiteren konsequenten Schritt den Planungsauftrag zur **Vertiefung des gesamten Kanals** um 1 Meter auf 12 Meter Wassertiefe im bestehenden Querschnitt erteilt. Nach derzeitigem Planungsstand könnte die Vertiefung im Jahr 2018 fertig gestellt werden.

2.10. Stärkung der Ostseezusammenarbeit im Bereich Gesundheitswirtschaft und Verbraucherschutz

Gesundheitswirtschaft/ eHealth

Im Rahmen der Gesundheitsinitiative der Landesregierung wurde das Projekt **„eHealth for regions - Integrated Structures in the Baltic Sea Area“** im Sommer 2007 erfolgreich abgeschlossen¹. Das Projekt hatte zum Ziel, integrierte Strukturen zur Verbesserung der Patientenversorgung im Ostseeraum zu schaffen. Mit Hilfe des Einsatzes von eHealth-Techniken wurden der Zugang und die Qualität der Gesundheitsversorgung ländlicher Regionen im Ostseeraum verbessert.

Projektpartner aus Schleswig-Holstein waren die AOK Schleswig-Holstein (Gesamtprojektleitung), der Kreis Segeberg, die Diakonissenanstalt Flensburg und das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren. Das Projekt wurde von insgesamt 17 Partnerorganisationen aus Dänemark, Finnland, Litauen, Norwegen, Polen, Schweden und Schleswig-Holstein durchgeführt. Hierfür stand für die Projektjahre 2004 – 2007 ein Finanzvolumen von 3,27 Mio. EUR zur Verfügung. Das Projekt wurde aus INTERREG III B-Mitteln² gefördert.

¹ s. auch Anhang 1

² zu INTERREG III B s. Kapitel 1.3

Der gemeinsam mit dem ebenfalls aus dem INTERREG III B Ostseeprogramm geförderten Projekt „Baltic eHealth“¹ veranstaltete Abschlusskongress in Stockholm/Schweden war die Grundlage für eine Verbreiterung des Netzwerks und zur Vorbereitung neuer Projektanträge.

Der Begriff „eHealth for regions“ wird als Bezeichnung für das etablierte **Kooperations-Netzwerk** fortgeführt. Ein Ergebnis des Projekts war die Konstituierung eines sog. „**Political Strategic Board**“ im November 2005 in Viborg, Dänemark. Das Board wird auf der Basis einer im Rahmen der Abschlussveranstaltung in Stockholm 2007 von hochrangigen Vertretungen aus Dänemark, Finnland, Polen, Litauen und Schleswig-Holstein unterzeichneten, erweiterten Vereinbarung fortgeführt. Unter Leitung des schleswig-holsteinischen Gesundheitsstaatssekretärs wurden die Fortführung der gemeinsamen politischen Abstimmung und die Etablierung eines Projekt-Sekretariats vertraglich vereinbart. Das Board ist Träger des Sekretariats, das Projekte und Antragsverfahren im Bereich eHealth koordiniert, die aus unterschiedlichen EU-Programmen gefördert werden und in denen die internationalen Projektpartner in wechselnden Zusammensetzungen zusammen arbeiten.

Gegenwärtig befinden sich mehrere Projekte im Bereich der Gesundheitswirtschaft in der Antragsphase für die neue EU-Förderperiode, die auf unterschiedliche Förderprogramme abzielen, z. B.:

„Grenzüberschreitende Zusammenarbeit für die Brustgesundheit: Prävention, Untersuchung, Behandlung und Nachsorge von Brustkrebs in Süddänemark und Schleswig-Holstein“ (INTERREG IV A-Antrag²)

In Süddänemark und Schleswig-Holstein bestehen bereits erfolgreiche Programme zur Verbesserung der medizinischen Versorgung im Bereich der Brustgesundheit: „Kraeftplan II“ (DK) und „Betrifft Brust“ (D). Das geplante Projekt soll es ermöglichen, gegenseitig von den Erfahrungen und unterschiedlichen Herangehensweisen zu lernen und die hohe Kompetenz der nördlichen Nachbarn in Prävention und Therapie zu bündeln.

Das Hauptziel des Projektes ist, die medizinische Versorgung der Bevölkerung im Bereich der Brustgesundheit zu verbessern, indem Fachwissen und Ressourcen grenzüberschreitend miteinander geteilt und Synergieeffekte genutzt werden können. Die auch grenzüberschreitende kurzfristige Zugänglichkeit von medizinischen Ressourcen und die Verbesserung der Arbeitsabläufe können zur Verbesserung der

¹ nähere Informationen im Internet: www.baltic-ehealth.org

² zu INTERREG A s. S. 30 ff.

Früherkennung von Brustkrebs und im Ergebnis zu einer Verringerung der Sterblichkeit beitragen.

Verbraucherschutz/ Marktüberwachung

Die Verbraucherschutzbehörden der Ostsee-Anrainer kooperieren grenzüberschreitend im **Ostseenetzwerk Marktüberwachung** (Baltic Sea Market Surveillance Network). Verbraucherschutzbehörden aus Dänemark, Schweden, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen und von deutscher Seite aus Hamburg und Schleswig-Holstein arbeiten für ein gleichmäßig hohes Sicherheitsniveau für alle Verbraucherinnen und Verbraucher der Ostseeregion. Diese Zusammenarbeit wird vom Nordischen Ministerrat unterstützt.

Nachdem im Jahr 2006 das Consumer Rights Protection Centre in Riga und die Haupthandelsinspektion in Warschau Mitglieder wurden, sind jetzt alle Ostsee-Anrainerstaaten vertreten.

Die künftige Zusammenarbeit wird sich auf die Kooperation mit anderen, an Marktüberwachung interessierten Behörden und Institutionen konzentrieren. 2006 lag der Schwerpunkt der in grenzüberschreitender Zusammenarbeit überprüften Verbraucherprodukte auf Batterieladegeräten und Transformatoren für Spielzeuge. Insgesamt waren 63 % der untersuchten Produkte fehlerhaft. Der Anteil der Produkte mit schweren Mängeln war relativ hoch, hier sind weitere Untersuchungen notwendig. Insgesamt hat sich über einen Zeitraum von 11 Jahren ergeben, dass der Anteil der mit Mängeln behafteten Elektrogeräte konstant bei ca. 70 % liegt. Das macht deutlich, dass die Marktüberwachung neue Konzepte benötigt. In erster Linie gilt es, solche Produkte erst gar nicht auf den europäischen Markt gelangen zu lassen. Dazu bedarf es einer engen Zusammenarbeit und eines geregelten Informationsaustausches der Marktüberwachungsbehörden mit den Zollbehörden. Wesentliches Element wird dabei der Aufbau einer gemeinsamen Datenbank sein. Die Zusammenarbeit soll in einem von der EU unterstützten Projekt, für welches im Juli 2007 Mittel bewilligt worden sind, systematisch ausgebaut werden.

2.11. Stärkung der Jugendbegegnung im Ostseeraum

Seit Jahren sind Jugendbegegnungen eines der erfolgreichsten Elemente der Ostseekooperation. Zahlreiche Organisationen, Verbände und Initiativen haben sich in der Vergangenheit entwickelt und sind aktiv im Ostseeraum. Der Landesjugendring

Schleswig-Holstein hat in der Ostseeregion ein weit gespanntes Netz an Jugendkontakten aufgebaut. Er kann auf eine über 20jährige Zusammenarbeit mit den finnischen Provinzen Ost- und Südfinnland zurückblicken. Die beim Landesjugendring angesiedelten Einrichtungen arbeiten erfolgreich in der Ostseeregion:

Das **Ostsee-Jugendbüro**¹ unterstützt erfolgreich die Zusammenarbeit zwischen Jugendverbänden und -gruppen in der Ostseeregion durch Information, Beratung und Kontaktvermittlung. Es fördert den Aufbau und die Festigung demokratischer Jugendstrukturen in den östlichen Anrainerstaaten. Die Finanzierung des Büros erfolgt weiterhin aus Mitteln des schleswig-holsteinischen Jugendministeriums.

Der **Jugendserver Schleswig-Holstein** ist eine Informationsbörse im Internet². Informationen und Orientierungshilfen zu Jugendbegegnungen, Freiwilligendiensten, Jobs, Praktika, Workcamps, Au Pair-Aufenthalten, Sprachkursen, Schulaustausch und Austauschstudium sowie über „Günstig reisen und übernachten!“ können unter der Rubrik „Internationales“ abgerufen werden.

Das im Auftrag der nationalen Jugendministerien tätige und weiterhin beim Landesjugendring Schleswig-Holstein angesiedelte **Ostseesekretariat für Jugendangelegenheiten** (Baltic Sea Secretariat for Youth Affairs)³ ist sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene aktiv. Seine Tätigkeiten beziehen sich vor allem auf die Umsetzung der Themenbereiche, die von den nationalen Jugendministerien der Ostseestaaten als Prioritäten definiert werden. Das Sekretariat ist im Herbst 2007 in den Nationalen Beirat des EU-Programms „Jugend in Aktion“⁴ berufen worden.

Die vom Landesjugendring Schleswig-Holstein jährlich ausgerichtete **Ostsee-Jugendkonferenz** ist ein wichtiges Forum für Jugendkontakte in der Ostseeregion.

Die **Ostsee-Jugendstiftung** setzt sich für die Förderung der kulturellen, sozialen und politischen Jugendbildungsarbeit ein. Sie regt den Völker verbindenden Gedanken der europäischen Einigung bei Jugendlichen in der Ostseeregion an.

¹ Ostsee-Jugendbüro im Internet: ostseejugendbuero.de

² Jugendserver im Internet: jugendserver-sh.de

³ Ostseesekretariat für Jugendangelegenheiten im Internet: www.balticsea-youth.org

⁴ EU-Programm „Jugend in Aktion“ im Internet: www.jugend-in-aktion.de

Anhang 1

Projekte mit schleswig-holsteinischer Beteiligung im Rahmen des EU-Förderprogramms INTERREG III B Ostsee (1999-2006)

„AGORA – Network Sustainable Tourism Development in the Baltic Sea Region“

Koordinierung und Vernetzung der bereits existierenden Projekte im Bereich des nachhaltigen Tourismus. Das Projekt soll eine Informations- und Servicefunktion übernehmen, um Erfahrungen zugänglich zu machen, und eine „toolbox“ für Projekte entwickeln und testen. Teilnehmende Partnerstaaten: - DE- DK- SE- FI- EE- LV- LT- RU- BY- PL

Laufzeit: 01.07.2005 - 31.12.2007

Schleswig-holsteinische Partner: Förderverein für das archäologisch-ökologische Zentrum Albersdorf, Umweltrat Fehmarn, SOCIAL-HANSA

Gesamtbudget: € 2.291.707 (Anteil INTERREG III B: € 1.638.458)

Im Internet: www.agoratourism.net

„A.S.A.P. – Efficient Administrative Structures as a Prerequisite for Successful Economic and Social Development of Rural Areas in Demographic Transition“

Verbesserung der Verwaltungsstrukturen auf regionaler und lokaler Ebene, so dass diese in der Lage sind Politiken, die an die spezielle Nachfrage der ländlichen Gebiete angepasst wurden, zu erstellen und zu implementieren.

Schleswig-holsteinische Partner: Innenministerium, Region K.E.R.N., Kreise Nordfriesland und Ostholstein.

Laufzeit: 19.12.2005 - 18.12.2007

Teilnehmende Partnerstaaten: - DE- DK- SE- FI- EE- LV- RU

Gesamtbudget: € 1.776.833 (Anteil INTERREG III B: € 941.831)

Im Internet: www.asap-bsr.eu

„BaltCoast“

Demonstration praktischer Wege, wie wirtschaftliche Entwicklung, städtischer Ausbau und Schutz der Umwelt in Küstenregionen miteinander vereinbart werden können.

Laufzeit: 01.07.2002 - 30.09.2005

Teilnehmende Partnerstaaten: - DE- DK- SE- FI- EE- LV- PL

Schleswig-holsteinischer Partner: Innenministerium

Gesamtbudget: € 3.259.098 (Anteil INTERREG III B: € 1.687.844)

Im Internet: www.baltcoast.org

„Baltic Gateway“

Integration der Seeverkehrswege der südlichen Ostsee in die Transportnetzwerke TEN, TINA und „Panneuropäische Netze Verkehr“. Schwerpunkte sind die Achsen Öresund-Berlin, NL/UK-Dänemark-Südschweden-Korridor IX B, Korridor I, E 65 Schweden-Polen-Österreich.

Laufzeit: 12.03.2003 - 11.06.2006

Teilnehmende Partnerstaaten: - DE- DK- SE- NO- LV- LT- RU- PL

Schleswig-holsteinische Partner: Lübecker Hafengesellschaft, Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

Gesamtbudget: € 2.434.599 (Anteil INTERREG III B: € 1.140.499)

Im Internet: www.balticgateway.se

„Baltic Gateway PLUS – Implementation plan for realizing the Baltic Gateway Quick Start Programme“

Vertiefung des Vorläufer-Projekts „Baltic Gateway“ (s.o.). Vorbereitung von Investitionen entlang von transnationalen Korridoren, die die Grenzen der südlichen Ostseeregion überschreiten, Vorbereitung eines „Baltic Gateway Quick Start Programme“.

Laufzeit: 01.01.2006 - 31.12.2007

Teilnehmende Partnerstaaten: - DE- DK- SE- LT- RU- PL

Schleswig-holsteinische Partner: Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Investitionsbank Schleswig-Holstein

Gesamtbudget: € 940.951 (Anteil INTERREG III B: € 472.999)

Im Internet: www.balticgateway.se

„BalticMaSTER: Maritime Safety – Transport and Environment in the South Baltic Sea Region“

Strategieentwicklung zur stärkeren Einbindung von lokalen und regionalen Regierungen bei Prävention und Bewältigung einer eventuellen Katastrophe im Bereich maritime Sicherheit.

Laufzeit: 01.07.2005 - 31.12.2007

Teilnehmende Partnerstaaten: - DE- DK- SE- FI- LT- RU- PL

Schleswig-holsteinischer Partner: Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

Gesamtbudget: € 3.628.100 (Anteil INTERREG III B: € 2.061.785)

Im Internet: www.balticmaster.org

„Baltic Sea Region Haz Control“

Aufbau eines ostseeweiten Monitoring-Systems für Sonderabfälle durch verbesserte Erfassung und Koordinierung von Sonderabfall-Strömen („HazWaste Inventory“) sowie Schaffung der Voraussetzungen für einen „Baltic Waste Management Council“.

Laufzeit: 14.06.2004 - 13.06.2007

Teilnehmende Partnerstaaten: - DE- NO- FI- EE- LV- LT

Schleswig-holsteinischer Partner: GOES – Gesellschaft für die Organisation der Entsorgung von Sonderabfällen (Leadpartner)

Gesamtbudget: € 1.047.196 (Anteil INTERREG III B: € 506.180)

Im Internet: www.europeanwasteplatform.org

„Baltic Sea Virtual Campus – BSVC“

Implementierung und Testlauf einer elektronischen Plattform für eine gemeinsame Ausbildungsinfrastruktur, um akademische Ausbildung „online“ anzubieten. BSVC soll allen Universitäten offen stehen und ihnen ermöglichen, eigene „eLearning“-Angebote zu entwerfen.

Laufzeit: 01.07.2002 - 30.06.2005

Teilnehmende Partnerstaaten: - DE- DK- SE- FI- LV- LT- RU- PL

Schleswig-holsteinische Partner: Fachhochschule Lübeck (Leadpartner), Fachhochschule Kiel

Gesamtbudget: € 3.349.000 (Anteil INTERREG III B: € 1.424.500)

Im Internet: www.bsvc.org

„BASIM – Baltic Sea Information Motorways“

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Seetransporte in der BSR durch eine bessere Koordinierung von Transportkorridoren und Informations- und Monitoring-Systemen; Beitrag zur Umsetzung des neuen EU-Konzepts „Motorways at Sea“ im Ostseeraum.

Laufzeit: 01.09.2004 - 31.07.2007

Teilnehmende Partnerstaaten: - DE- DK- FI- EE- LV- LT- RU- PL

Schleswig-holsteinischer Partner: Technikzentrum Lübeck TZL (Leadpartner), Lübecker Hafengesellschaft, ASG European Road Transport GmbH

Gesamtbudget: € 1.824.000 (Anteil INTERREG III B: € 1.011.000)

Im Internet: www.basim.org

„BEEN – Baltic Energy Efficiency Network for the Building Stock“

Verbesserung der Lebensqualität in Bezug auf mehrstöckige Gebäude aus dem Zeitraum 1950-90, um Energieverschwendung, hohe Kosten und Umweltbelastung zu reduzieren.

Laufzeit: 21.06.2005 - 20.12.2007

Teilnehmende Partnerstaaten: - DE- EE- LV- LT- RU- BY- PL

Schleswig-holsteinischer Partner: Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr
Gesamtbudget: € 1.692.090 (Anteil INTERREG III B: € 1.065.407)
Im Internet: www.been-online.net

„BERNET CATCH– Integrated Management of Catchments“

Projektziel ist, gemeinsame Instrumente und Strategien zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie auf dem Gebiet der Wassergewinnung zu entwickeln.

Laufzeit: 15.12.2004 - 14.04.2006

Teilnehmende Partnerstaaten: - DE- DK- SE- FI- RU- PL

Schleswig-holsteinischer Partner: Landesamt für Natur und Umwelt (LANU)

Gesamtbudget: € 862.072 (Anteil INTERREG III B: € 336.651)

„BIRD – Wetlands, nature reserves and cultural landscapes for rural development“

Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung ländlicher Räume und Naturtourismus: Regionale Akteure aus Landwirtschaft, Tourismus und Naturverwaltung entwickeln gemeinsam Grundsätze und Demonstrationsprojekte zu Feuchtgebieten und Kulturlandschaften unter den Aspekten des Managements, der integrativen regionalen Entwicklung, der Erlebbarkeit und der Naturpädagogik.

Laufzeit: 15.08.2007 - 14.08.2007

Teilnehmende Partnerstaaten: - DE- SE- FI- EE- LV- LT

Schleswig-Holsteinischer Partner: Landesamt für Natur- und Umwelt (LANU)

Gesamtbudget: € 4.003.452 (Anteil INTERREG III B: € 2.460.697)

Im Internet: www.o.lst.se/o/Projektwebbar/Eurowetland

„B-SME – Baltic Spatial Development Measures for Enterprises“

Ausweitung und Vertiefung der bereits bestehenden Kooperation der kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) im Rahmen des „Hanse-Parlaments“ durch Aufbau einer ostseeweiten KMU-Gemeinschaft sowie der weiterführenden Aus- und Weiterbildung

Laufzeit: 01.01.2005 - 31.12.2007

Teilnehmende Partnerstaaten: - DE- DK- SE- NO- EE- LV- LT- RU- BY- PL

Schleswig-holsteinischer Partner: Handwerkskammer Lübeck.

Gesamtbudget: € 3.296.212 (Anteil INTERREG III B: € 1.999.500)

Im Internet: www.hanse-parlament.eu/UNI121007713025739/doc37A.html

„COASTSUST – Coastal Sustainability as a Challenge“

Projektziel ist, die umweltverträgliche Nutzung, die wirtschaftliche Entwicklung und ein ökologisches Management gefährdeter Naturgebiete in Einklang zu bringen.

Laufzeit: 12.01.2005 - 11.01.2008

Teilnehmende Partnerstaaten: - DE- FI- EE- LV- LT

Schleswig-holsteinischer Partner: Biosphärenreservat Wattenmeer

Gesamtbudget: € 1.028.530 (Anteil INTERREG III B: € 632.390)

Im Internet: www.tolearn.uni-kiel.de/tolearn/index.php?id=104

„COinCO – Opportunities and Development of Infrastructure between the Nordic main Cities – net“

Identifizierung von günstigen und zuverlässigen technischen Lösungen für nutzerfreundlichen schnellen Internetzugang in ländlichen Gebieten. Nach Analyse der jeweiligen lokalen Situation sollen technische Lösungen entwickelt und in Pilotprojekten getestet sowie Schulungsmaßnahmen durchgeführt werden.

Laufzeit: 10.03.2005-09.07.2007

Schleswig-holsteinischer Partner: Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa

Gesamtbudget: € 1.062.231 (Anteil INTERREG III B: € 561.018)

Im Internet: www.coinco.nu

„COMPASS“

Das Projekt will in mittelgroßen Städten und Regionen im Ostseeraum örtliche Wachstumsbranchen und Möglichkeiten zu deren Förderung untersuchen. Eine Analyse der Kosten und der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit soll die Attraktivität für den privaten Sektor ermitteln.

Laufzeit: 17.06.2002 - 16.12.2004

Teilnehmende Partnerstaaten: - DE- DK- SE- FI

Schleswig-holsteinischer Partner: Wirtschaftsförderung Lübeck (Leadpartner)

Gesamtbudget: € 619.120 (Anteil INTERREG III B: € 309.560)

Im Internet: www.regionomics.de

„Connect Baltic Sea Region – CBSR“

Das Connect-Netzwerk in der Ostseeregion soll zur Schaffung neuer Unternehmen und damit neuer Arbeitsplätze auf den Gebieten Biotechnologie, Medizin, Umwelttechnik und Informations- und Kommunikationstechnologie beitragen.

Laufzeit: 01.06.2002 - 31.08.2005

Teilnehmende Partnerstaaten: NO-DK-SE-EE-LV-FI

Schleswig-holsteinische Partner: IZET Innovationszentrum Itzehoe, Technologie Transferzentrale Schleswig-Holstein

Gesamtbudget: € 2.755.000 (Anteil INTERREG III B: € 385.000)

„Connect Baltic Sea Region +“

Vertiefung des Vorläufer-Projekts „Connect Baltic Sea Region“ (siehe oben). Zusammenarbeit von Technologietransferzentren zur Stärkung der regionalen Wirtschaftsentwicklung mit Schwerpunkt auf der Integration westlicher und östlicher Regionen des Ostseeraums.

Laufzeit: 10.06.2004 - 09.06.2007

Teilnehmende Partnerstaaten: - DE- DK- SE- NO- FI- EE- LV- LT

Schleswig-holsteinischer Partner: Innovationszentrum Itzehoe IZET

Gesamtbudget: € 1.105.000 (Anteil INTERREG III B: € 638.000)

„Decision Support“

Optimierung von Planungsprozessen durch verbesserte transregionale Kommunikation und Entscheidungsstrukturen; Aufbau eines thematischen Netzwerks und eines „Centre of Excellence“ für bessere Beratung politischer und unternehmerischer Entscheidungen in den Bereichen Raumplanung, Transport und regionale Entwicklung.

Laufzeit: 01.08.2002 - 30.06.2005

Teilnehmende Partnerstaaten: - DE- SE- FI- EE- LV- LT- PL

Schleswig-holsteinische Partner: Technikzentrum Lübeck (Leadpartner), Universität Lübeck, IZET Innovationszentrum Itzehoe

Gesamtbudget: € 2.606.426 (Anteil INTERREG III B: € 954.612)

Im Internet: www.decision-support.de

„e-Health for Regions – Integrated regional health care structures: e-Health in the Baltic Sea Region“

Schaffung integrierter Strukturen und Arbeitsabläufe im Gesundheitswesen mit Hilfe elektronischer Informationssysteme; Aufbau eines e-Health-Netzwerks, das gemeinsame Strategien für Zusammenarbeit, Standardisierung und Wissenstransfer entwickelt, und Erprobung von gemeinsamen Pilotprojekt im Bereich Kardiologie.

Laufzeit: 07.06.2004 - 06.06.2007

Teilnehmende Partnerstaaten: - DE- DK- SE- NO- FI- LT- PL

Schleswig-holsteinische Partner: AOK Schleswig-Holstein (Leadpartner), Ministerium für Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren, Kreis Segeberg, Evangelisch-Lutherische Diakonissenanstalt Flensburg

Gesamtbudget: € 3.265.235 (Anteil INTERREG III B: € 1.728.486)

Im Internet: www.ehealthforregions.net

„EuRoB- European Route of Brick Gothic - Historical European Architecture as a common heritage and as a local and regional economic factor“

Verbesserung der Wahrnehmung von Backsteingotik als ein gemeinsames länderübergreifendes Erbe der gesamten Ostseeregion. EuRoB legt den Schwerpunkt auf dieses noch zu entwickelnde Tourismus Profil.

Laufzeit: 01.06.2002 - 31.10.2004

Teilnehmende Partnerstaaten: - DE- DK- SE- EE- LV- LT- PL

Schleswig-holsteinischer Partner: Hansestadt Lübeck

Gesamtbudget: € 1.110.400 (Anteil INTERREG IIIB: € 535.950)

Im Internet: www.eurob.org

„InLoc – Integrating Logistic Centre Networks in the Baltic Sea Region“

Verbesserung der Transportketten in der BSR sowie Vernetzung von Logistikzentren durch Strategieentwicklung für Logistikketten, Beseitigung von Engpässen in der Hafen-Hinterland-Logistik und Verbesserung der Kompatibilität der Transport- und Logistikknetzwerke.

Laufzeit: 01.08.2004 - 31.03.2007

Teilnehmende Partnerstaaten: - DE- DK- SE- FI- EE- LV- LT- RU- PL

Schleswig-holsteinische Partner: ASG European Road Transport GmbH, Lübecker Hafengesellschaft, Technikzentrum Lübeck (TZL)

Gesamtbudget: € 1.867.600 (Anteil INTERREG III B: € 1.023.825)

Im Internet: www.inloc.info

„LogVAS – Logistics Potentials for Value Added Services in Port-located Areas“

Entwicklung von Verkehrsmodellen und logistischen Karten, die die jeweilige Infrastruktur im Hafen selbst und in seiner Umgebung sowie die interregionalen und internationalen logistischen Strukturen verdeutlichen; Erarbeitung von Strategien für zukünftige Investitionen.

Laufzeit: 01.09.2005 - 29.02.2008

Teilnehmende Partnerstaaten: - DE- DK- SE- FI- LV- LT- PL

Schleswig-holsteinische Partner: Lübecker Hafengesellschaft (Leadpartner), Wirtschaftsförderung Lübeck, Seehafen Kiel, Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, KWL Koordinierungsbüro Wirtschaft in Lübeck, Universität Lübeck

Gesamtbudget: € 1.781.000 (Anteil INTERREG III B: € 990.500).

Im Internet: www.logvas.com

„Maritour – Maritime Tourism Marketing in the Baltic Sea Region“

Förderung von maritimem Tourismus im Ostseeraum durch Etablierung eines Unternehmens, das ein transnational abgestimmtes Marketing mit Schwerpunkt auf Segelaktivitäten (z.B.: Segelschiff-Veranstaltungen, Ausstellungen, Kreuzfahrttourismus) unterstützt.

Laufzeit: 01.01.2006-31.12.2007

Teilnehmende Partnerstaaten: DK-SE-LT-PL-LV-EE-RU-NO-FI

Schleswig-holsteinischer Partner: Lübeck und Travemünde Tourismus Agentur

Gesamtbudget: € 1.889.792 (Anteil INTERREG III B: € 1.090.525)

Im Internet: www.maritour.net

„NeLoC – Networking Logistics Centres in the BSR“

Förderung der Wettbewerbsfähigkeit des Logistikbereiches und Verbesserung der Rolle der Logistik-Zentren als Teil eines Logistik-Netzwerks im Ostseeraum.

Laufzeit: 18.12.2001 - 17.02.2004

Teilnehmende Partnerstaaten: - DE- DK- FI- LT- PL

Schleswig-holsteinischer Partner: Technikzentrum Lübeck.

Gesamtbudget: € 2.137.835 (Anteil INTERREG III B: € 1.017.467)

Im Internet: www.neloc.net

„NEW HANSA of sustainable Ports and Cities“

Entwicklung von zukunftsfähigen Lösungen zur Reduzierung der Umweltbelastung durch den Schiffsbetrieb sowie für die nachhaltige Entwicklung von Hafenstädten.

Laufzeit: 16.06.2003 - 15.12.2005

Teilnehmende Partnerstaaten: - DE- DK- SE- FI- LV- LT- PL

Schleswig-holsteinische Partner: Stadtwerke Lübeck (Leadpartner), Hansestadt Lübeck

Gesamtbudget: € 1.049.498 (Anteil INTERREG III B: € 561.322)

Im Internet: www.newhansa.net

„RECO – Regional Cooperation in Waste Management“

Entwicklung effizienter Einrichtungen für das Müllmanagement im Ostseeraum; Minimierung negativer ökologischer Effekte und der Gesamtkosten.

Laufzeit: 13.01.2005 - 12.01.2008

Teilnehmende Partnerstaaten: - DE- SE- FI- EE- LV- LT- RU- BY- PL

Schleswig-holsteinischer Partner: GOES Gesellschaft für die Organisation der Entsorgung von Sonderabfällen

Gesamtbudget: € 1.833.360 (Anteil INTERREG III B: € 1.121.770)

Im Internet: www.baltema.org/reco

“ScanBalt Campus– a European model case for transnational and transectoral institution building in education, research and development”

Schaffung eines branchenübergreifenden Netzwerks für Ausbildung, Wissenschaft und Entwicklung, welches Universitäten, Unternehmen, Kliniken etc. miteinander verbindet.

Laufzeit: 10.03.2005 - 09.06.2007

Teilnehmende Partnerstaaten: - DE- DK- SE- NO- FI- EE- LV- LT- RU- PL

Schleswig-holsteinischer Partner: Norgenta

Gesamtbudget: € 849.137 (Anteil INTERREG IIIB: € 462.405)

Im Internet: www.scanbalt.org

„SEAREG – Sea Level Change“

Projektschwerpunkt ist die mittelfristige und langfristige Implementierung geeigneter Gegenmaßnahmen zur Klimaveränderung. Wissenschaftliche Ergebnisse und Raumplanungsexperten sollen Entscheidungsträgern bereichsübergreifende Empfehlungen geben.

Laufzeit: 02.06.2002 - 01.04.2005

Teilnehmende Partnerstaaten: - DE- SE- FI- EE- PL

Schleswig-holsteinischer Partner: Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Gesamtbudget: € 1.591.940 (Anteil INTERREG III B: € 840.970)

Im Internet: www.gsf.fi/projects/seareg

„STRING II: South-Western Baltic Sea Transregional Area – Implementing New Geography“

Gemeinsame Entwicklung von Potenzialen der Partnerregionen und Erarbeitung gemeinsamer Strategien für Innovation, Unternehmergeist und Nachhaltigkeit angesichts der Herausforderungen einer globalisierten, sich rasch wandelnden Wirtschaft.

Laufzeit: 01.06.2002 - 30.06.2004

Teilnehmende Partnerstaaten: - DE- DK- SE- FI

Schleswig-holsteinischer Partner: Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa

Gesamtbudget: € 2.135.527 (Anteil INTERREG III B: € 1.067.763)

Im Internet: www.balticstring.net/data/main.php

Anhang 2**Einfuhr des Landes Schleswig-Holstein aus dem Ostseeraum 1999 - 2007**

Länder/	1999		2002		2004		2005		2006		2007*	
Ländergruppen	T€	%										
Einfuhr SH	10.433.687	100	11.568.899	100	16.230.987	100	18.063.131	100	21.849.239		20.199.350	100
davon:												
Dänemark	1.371.457	13,1	1.449.475	12,5	2.120.786	13,1	1.801.234	10,0	2.368.578	10,9	2.410.527	11,9
Norwegen	214.199	2,1	289.917	2,5	174.375	1,1	178.465	1,0	133.684	0,6	464.552	2,3
Schweden	908.883	8,7	1.075.449	9,3	1.214.064	7,5	1.387.730	7,7	1.559.463	7,1	1.615.280	8,0
Finnland	280.849	2,7	298.929	2,6	595.462	3,7	724.871	4,0	1.012.290	4,6	997.720	4,9
= Skandinavien	2.775.387	26,6	3.113.770	26,9	4.104.687	25,3	4.092.300	22,7	5.074.015	23,2	5.488.079	27,1
Estland	15.924	0,2	16.229	0,1	7.908	0,1	6.464	0,0	14.308	0,1	20.343	0,1
Lettland	19.951	0,2	16.922	0,1	11.786	0,1	25.561	0,2	14.172	0,1	17.096	0,0
Litauen	18.455	0,2	42.648	0,4	48.988	0,3	64.023	0,4	63.890	0,3	75.873	0,4
Polen	180.353	1,7	206.559	1,8	208.214	1,3	288.044	1,6	357.604	1,6	463.672	2,3
Russland	104.785	1,0	173.075	1,5	216.807	1,3	238.192	1,3	213.020	1,0	206.541	1,0
= insgesamt	339.461	3,3	455.433	3,9	493.703	3,0	622.284	3,5	662.994	3,1	783.525	3,8
= Ostseeraum	3.114.854	29,9	3.569.203	30,9	4.598.390	28,3	4.714.584	26,2	5.737.009	26,3	6.271.604	30,9

Ausfuhr des Landes Schleswig-Holstein in den Ostseeraum 1999 - 2007

Länder/	1999		2002		2004		2005		2006		2007*	
Ländergruppen	T€	%										
Ausfuhr SH	10.338.545	100	10.938.630	100	14.543.042	100	16.322.624	100	17.458.869	100	17.127.957	100
davon:												
Dänemark	729.490	7,0	680.007	6,2	882.371	6,1	985.591	6,0	1.210.301	6,9	1.137.676	6,7
Norwegen	203.177	2	151.338	1,4	182.391	1,3	222.977	1,4	226.496	1,3	285.534	1,7
Schweden	251.295	2,4	215.440	2,0	347.474	2,4	428.594	2,6	444.148	2,6	496.746	2,9
Finnland	78.137	0,8	87.439	0,8	127.856	0,9	141.497	0,9	162.675	0,9	175.193	1,0
= Skandinavien	1.262.099	12,2	1.134.224	10,4	1.540.092	10,6	1.778.659	10,9	2.043.620	11,7	2.095.149	12,3
Estland	10.850	0,1	16.300	0,1	26.694	0,2	27.211	0,2	54.239	0,3	71.038	0,4
Lettland	10.161	0,1	9.470	0,1	15.693	0,1	15.497	0,1	29.128	0,2	40.002	0,2
Litauen	17.460	0,2	28.833	0,1	26.889	0,2	34.543	0,2	47.601	0,3	58.797	0,4
Polen	222.525	2,2	262.168	2,4	374.474	2,6	446.464	2,7	487.599	2,8	597.183	3,5
Russland	150.987	1,5	274.143	2,5	377.921	2,6	343.321	2,1	377.579	2,2	479.558	2,8
= insgesamt	411.983	4,0	590.914	5,4	821.671	6,0	2.645.695	5,3	996.146	5,8	1.246.578	7,3
= Ostseeraum	1.674.082	16,2	1.725.138	15,8	2.361.763	16,2	2.645.695	16,2	3.039.766	17,5	3.341.727	19,6

* vorläufige Zahlen bis Dezember 2007

Quelle: Statistisches Bundesamt